



## 56. Sitzung

Mittwoch, 10. April 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

### Inhalt:

<b>Mitteilung der Präsidentin</b>		Dr. Peter Tschentscher, Senator	4300
Abwicklung der <b>Tagesordnung</b>	4289	Roland Heintze CDU	4302
		Dr. Sven Tode SPD	4303
		Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	4304
<b>Aktuelle Stunde</b>	4289		
SPD-Fraktion:		GRÜNE Fraktion:	
<b>Kita-Rechtsanspruch ab 1: Hamburg baut Vorreiterrolle bei der Kindertagesbetreuung weiter aus</b>		<b>Frühjahrsoffensive für den Radverkehr – Senat muss end- lich in die Pedale treten</b>	
		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Dr. Melanie Leonhard SPD	4289	FDP-Fraktion:	
Christoph de Vries CDU	4290	<b>Kahlschlag an der Uni: Stapel- feldts Kürzungspolitik kostet Studienplätze und Professo- renstellen</b>	
Christiane Blömeke GRÜNE	4291	(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Finn-Ole Ritter FDP	4292		
Tim Golke DIE LINKE	4293	Fraktion DIE LINKE:	
Detlef Scheele, Senator	4294	<b>Krisenopfer dürfen nicht durchs Raster fallen! Hamburg trägt Verantwortung für die aus Italien weitergeschickten afri- kanischen Flüchtlinge</b>	
		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
CDU-Fraktion:			
<b>Tarifsteigerungen 2013/14: Chaos in Hamburgs Behörden – wer muss die Fehler von Olaf Scholz ausbaden?</b>			
Dietrich Wersich CDU	4295, 4297, 4307		
Jan Quast SPD	4296		
Anja Hajduk GRÜNE	4297		
Robert Bläsing FDP	4298, 4305		
Heike Sudmann DIE LINKE	4299		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	4300, 4306		

<b>Entwurf eines Hamburgischen Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Ausschluss unzuverlässiger Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge (Hamburgisches Korruptionsregistergesetz – Hmb-KorrRegG)</b>			
– Drs 20/7202 –	4307		
Urs Tabbert SPD	4307		
Karin Prien CDU	4309		
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	4310		
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4311		
Christiane Schneider DIE LINKE	4313		
Dr. Peter Tschentscher, Senator	4313		
Beschluss	4314		
Große Anfrage der SPD-Fraktion:			
<b>Zwei Jahre Gleichstellungspolitik – was hat sich in Hamburg im LGBTI-Bereich getan?</b>			
– Drs 20/6935 –	4314		
Philipp-Sebastian Kühn SPD	4314		
Roland Heintze CDU	4316		
Farid Müller GRÜNE	4317		
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	4319		
Kersten Artus DIE LINKE	4319		
Kennntnisnahme	4320		
Antrag der SPD-Fraktion:			
<b>Verlängerung des Glasflaschenverbots</b>			
– Drs 20/7423 –	4320		
dazu			
Antrag der GRÜNEN Fraktion:			
<b>Verlängerung des Glasflaschenverbotes</b>			
– Drs 20/7571 –	4320		
Arno Münster SPD	4320		
Karl-Heinz Warnholz CDU	4321		
Antje Möller GRÜNE	4322		
Finn-Ole Ritter FDP	4323		
Christiane Schneider DIE LINKE	4324		
Beschluss	4324		
		Antrag der CDU-Fraktion:	
		<b>Ausbau Central Terminal Steinwerder (CTS) – Planung jetzt!</b>	
		– Drs 20/7398 –	4324
		Olaf Ohlsen CDU	4324, 4332
		Jan Balcke SPD	4326, 4332
		Dietrich Wersich CDU	4327
		Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	4328, 4332
		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4329
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	4330
		Beschluss	4333
		Antrag der GRÜNEN Fraktion:	
		<b>Zukunftskommission Sport – Transparenz schaffen und Parlament beteiligen</b>	
		– Drs 20/7334 –	4333
		Christiane Blömeke GRÜNE	4333, 4339
		Juliane Timmermann SPD	4334
		Frank Schira CDU	4336
		Martina Kaesbach FDP	4337
		Heike Sudmann DIE LINKE	4338
		Michael Neumann, Senator	4340
		Beschlüsse	4341
		Antrag der FDP-Fraktion:	
		<b>Klassenwiederholung unbürokratisch zulassen</b>	
		– Drs 20/7412 (Neufassung) –	4341
		Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	4341, 4349
		Gerhard Lein SPD	4342, 4350
		Dr. Walter Scheuerl CDU	4343
		Lars Holster SPD	4345
		Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	4345
		Dora Heyenn DIE LINKE	4346
		Ties Rabe, Senator	4348
		Dietrich Wersich CDU	4350
		Beschlüsse	4351
		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
		<b>Fluglärmschutz durchsetzen – Nachtruhe sichern</b>	
		– Drs 20/7403 –	4351
		dazu	

Antrag der Fraktionen der CDU und  
der FDP:

**Fluglärmenschutz in Hamburg  
weiter verbessern**

– Drs 20/7574 – 4351

Dora Heyenn DIE LINKE 4351, 4356

Dr. Monika Schaal SPD 4353

Dennis Thering CDU 4354

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 4355

Dr. Kurt Duwe FDP 4356

Beschlüsse 4357

Antrag der CDU-Fraktion:

**Unterrichtsausfall systema-  
tisch erfassen, analysieren und  
vermeiden**

– Drs 20/7397 – 4357

und

Antrag der CDU-Fraktion:

**Nachhilfe an Schulen evaluie-  
ren!**

– Drs 20/7401 – 4357

Dr. Walter Scheuerl CDU 4357

Lars Holster SPD 4358

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 4359

Anna-Elisabeth von Treuenfels  
FDP 4360

Dora Heyenn DIE LINKE 4360

Beschlüsse 4361



**Beginn: 15.03 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen heute gleich zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind uns fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Kita-Rechtsanspruch ab 1: Hamburg baut Vorreiterrolle bei der Kindertagesbetreuung weiter aus

von der CDU-Fraktion

Tarifsteigerungen 2013/14: Chaos in Hamburgs Behörden – wer muss die Fehler von Olaf Scholz ausbaden?

von der GRÜNEN Fraktion

Frühjahrsoffensive für den Radverkehr – Senat muss endlich in die Pedale treten

von der FDP-Fraktion

Kahlschlag an der Uni: Stapelfeldts Kürzungspolitik kostet Studienplätze und Professorenstellen

und von der Fraktion DIE LINKE

Krisenopfer dürfen nicht durchs Raster fallen! Hamburg trägt Verantwortung für die aus Italien weitergeschickten afrikanischen Flüchtlinge

Ich rufe jetzt das erste Thema auf, zu dem Frau Dr. Leonhard das Wort wünscht, das sie jetzt auch hat.

**Dr. Melanie Leonhard SPD:**\* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 1. August dieses Jahres tritt bundesweit der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr in Kraft. Hamburg wird auch diesen Rechtsanspruch besser und umfassender ausstatten als andere Bundesländer und als vom Bundesgesetz verlangt.

(Beifall bei der SPD)

Statt vier Stunden, wie im Bundesgesetz verlangt, gibt es in Hamburg einen Anspruch auf fünf Stunden täglich oder auf 25 Stunden in der Woche, individuell vereinbar, sowie ein Mittagessen – und das beitragsfrei. Ob Krippe oder ausdrücklich Kindertagespflege, wir werden die Wahlfreiheit der Eltern gewährleisten. Sie selbst sollen entscheiden, ob und in welcher Form sie diesen Anspruch auf Betreuung umsetzen möchten. Damit haben alle Kinder, unabhängig davon, ob die Eltern berufstätig

sind oder nicht, einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen – und das gilt sowohl für die Krippe als auch für Kinder von drei bis sechs Jahren – die Eltern ermutigen, ihre Kinder an früher Bildung und Betreuung teilhaben zu lassen, ob in Kita oder Tagespflege, um gerechte und bessere Lebens- und Bildungschancen, mehr Integration und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Entscheidend für eine erfolgreiche frühe Förderung sind eine gute Qualität der Bildungsangebote und eine möglichst große Bildungsangebotsvielfalt.

In Hamburg profitieren inzwischen mehr als 21 000 Kinder im Krippenalter von einer Betreuung in einer Kita oder in der Kindertagespflege. Wir erreichen hier eine Betreuungsquote von weit mehr als 40 Prozent.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Sehr gut!)

Das ist ein Spitzenwert im Westen Deutschlands bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Hamburgs Eltern werden also einen Kinderbetreuungsplatz finden, der ihnen nach dem Gesetz zusteht. Das ist Wahlfreiheit auch für die Lebensentwürfe der Eltern.

(Beifall bei der SPD)

SPD-Fraktion und Senat werden aber auch die nächsten Schritte gehen. Die Gebührenfreiheit für die fünfstündige Betreuung plus Mittagessen wird im August 2014 kommen. Damit werden Familien noch einmal entscheidend entlastet, direkt und messbar.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Investition in kleinere Gruppen und der Einführung von "Kita-Plus" Anfang 2013 bauen wir auch die Qualität der Betreuungsangebote weiter aus. Auch diesen Weg werden wir weitergehen.

Eine Anmerkung sei in diesem Zusammenhang noch erlaubt. Würde man rechnerisch die 1,2 Milliarden Euro, die im Bundeshaushalt für das Betreuungsgeld veranschlagt sind und inzwischen auch schon mit 2 Milliarden Euro bemessen werden, bundesweit in den Ausbau von früher Bildung und Betreuung investieren, könnte hier sehr viel mehr erreicht werden als jetzt schon.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen investiert die Bundesregierung lieber in die Zufriedenheit der CDU und in deren überkommenes Familienbild. Wir finden es bedauerlich und gesellschaftlich problematisch, dass im Bund hier nicht die Vernunft gesiegt hat.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr de Vries.

**Christoph de Vries CDU:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst waren wir etwas verwundert über den Titel "Kita-Rechtsanspruch ab einem Jahr – Hamburg baut Vorreiterrolle bei Kinderbetreuung aus".

(*Sören Schumacher SPD:* Richtig! – *Dirk Kienscherf SPD:* Wir machen noch mehr!)

Es ist doch ein offenes Geheimnis, dass es sich um einen bundesweiten Rechtsanspruch handelt, der ab dem 1. August gilt. Und auf den Weg gebracht wurde dieser wegweisende Ausbau der Krippenbetreuung in Deutschland 2008 durch die CDU und durch Bundesfamilienministerin Ulrike von der Leyen.

(Zurufe von der SPD: Ursula! – *Gabi Dobusch SPD:* Mit den Frauen haben Sie es nicht so!)

Und das ist ihr großer Verdienst.

(Beifall bei der CDU)

– Ursula von der Leyen, wenn es Sie erfreut. Ich wollte nur sehen, ob Sie aufpassen, das hat doch geklappt.

Auch Hamburg hat von diesem visionären Schritt, den Frau von der Leyen gegangen ist, profitiert, denn unter Frau von der Leyen war Familienpolitik nicht Gedöns wie bei Bundeskanzler Gerhard Schröder. Sie ist diesen visionären Schritt gegangen, und das ist ein Segen für die Krippenbetreuung in Deutschland und die frühkindliche Betreuung gewesen. Das war unser Verdienst, das Verdienst der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann ich mir gar nicht vorstellen, dass sich die SPD mit fremden Federn schmücken will. Das will ich gar nicht unterstellen, das entspräche auch nicht dem Naturell von Frau Leonhard. Es sind die Sternstunden einer Partei, wenn der politische Mitbewerber eine der größten familienpolitischen Errungenschaften, die die CDU auf den Weg gebracht hat,

(*Gabi Dobusch SPD:* Die CDU, dass ich nicht lache!)

zur Aktuellen Stunde anmeldet und in den Mittelpunkt der politischen Debatte rückt. Es freut uns sehr, dass die Hamburger SPD damit unsere vorbildliche und moderne Familienpolitik lobt, sie unterstützt und ihr auch die verdiente Anerkennung zukommen lässt.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD:* Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen!)

Das ist wahre Größe, liebe Kollegen von der SPD. So viel Unterstützung hätten wir im Vorfeld der Bundestagswahl gar nicht erwartet und erhofft. Aber selbstverständlich nehmen wir diese Schützenhilfe dankend an.

(Beifall bei der CDU)

Eigentlich müsste der Titel lauten: Die CDU baut Vorreiterrolle bei Kinderbetreuung aus, aber wir wollen nicht kleinlich sein.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Anerkennung ist angekommen, auch für das, was wir in Hamburg geleistet haben. Zwischen 2001 und 2010 gab es 19 000 neue Kita-Plätze, die Ausgaben hierfür wurden um 200 Millionen Euro gesteigert.

(Beifall bei der CDU)

Und warum das alles? Weil wir 2003 das Kita-Gutscheinsystem eingeführt haben, und das ist das Ergebnis.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Weil die Bürger das entschieden haben! Sie hätten es nie getan!)

Und wir haben, was es zuvor in keinem anderen Bundesland gab, einen Anspruch auf eine bis zu zwölfstündige Betreuung für berufstätige Eltern eingeführt; das war wirklich vorbildlich.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Es waren unsere Senate zwischen 2001 und 2011, die die Kinderbetreuung auf Vordermann gebracht und dafür gesorgt haben, dass Hamburg die Vorreiterrolle einnimmt. Deswegen kann das Credo auch nur lauten: Ob im Bund oder in jedem Land, Familienpolitik und Kita-Politik sind bei der CDU in bester Hand.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir schon von der SPD so viel Zustimmung erhalten, dann wissen wir, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir warten nur noch, bis Sie zur Einsicht gelangen und dann auch das Betreuungsgeld als familienpolitischen Fortschritt mit unterstützen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Schauen wir uns doch einmal die bundespolitische Gemengelage an. Es ist der Kanzlerkandidat Steinbrück, der uns wirklich jede Woche Freude bereitet mit seinen Eskapaden und öffentlichen Äußerungen, der Ihre Partei immer ein Stück weit demontiert und vor allen Dingen auch sich selbst. All das zusammengenommen gibt uns großen Anlass zur Zuversicht, dass wir das Vertrauen der Menschen bei der Bundestagswahl in Deutschland wieder erringen und gemeinsam mit der FDP auch eine komfortable Mehrheit erreichen.

**(Christoph de Vries)**

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Melanie Leonhard SPD*: Das stimmt nicht!)

Bei aller Übereinstimmung muss ich Ihnen doch noch eines ins Stammbuch schreiben. Ich glaube, bei der Qualität hat die SPD noch etwas Nachholbedarf, denn Qualität ist mindestens genauso wichtig wie Quantität; ich will nur drei Stichpunkte nennen.

Kita-Inspektion: Wir wollten sie 2011 einführen, Sie haben sie bis heute nicht auf die Reihe bekommen. Frühkindliche Sprachförderung: Wir wissen, dass wir eher anfangen müssen, für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen; auch dort ruht noch still der See. Und schließlich die Krippenbetreuung: Dort haben wir unter den westlichen Bundesländern die schlechteste Betreuungsrelation in ganz Deutschland. Das muss dringend geändert werden. Sie sehen, es ist noch viel zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das erinnert mich an das Esso-Motto: Packen Sie es an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit**: Nun hat das Wort Frau Blömeke.

**Christiane Blömeke GRÜNE**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich musste eben ein bisschen schlucken, ich finde die Debatte ein wenig unerträglich.

(*André Trepoll CDU*: Und jetzt kommen Sie noch!)

Es scheint mir, als hätte der Wahlkampf schon im vollen Rennen begonnen. Ich finde es etwas bedauerlich, das anhand eines solchen Themas zu tun. Es geht gar nicht um Profilierung der einen oder der anderen Partei.

(Zurufe von der CDU – *Sören Schumacher SPD*: Verteilen Sie erst mal Kopfnoten!)

Ich glaube, dass wir diesen Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr allen Parteien verdanken, denn alle haben gemeinsam daran gezogen, das umzusetzen, was ab August in Kraft tritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Wahlkampf dauert noch lange genug, er wird nach der Sommerpause beginnen. Ich finde es schwierig zu hören, was man sich alles auf die Fahnen schreibt, wer nun recht hat oder nicht. Da will man sich gegenseitig übertrumpfen. Ich denke, am Ende sind die Kinder und die Familien die Gewinner und nicht irgendeine politische Partei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Punkt gebe ich Herrn de Vries recht. Ich habe mich auch ein bisschen gewundert, dass die

SPD das Thema heute anmeldet, und mich gefragt, aus welcher Not heraus denn das geschieht.

(*Gerhard Lein SPD*: Was heißt hier Not!)

In der Tat wird – Herr de Vries, da haben Sie recht – hier nichts weiter als ein Bundesgesetz umgesetzt. Das muss umgesetzt werden, und nun nimmt die SPD dieses Thema und tut so, als wäre es ihr Verdienst.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Wir haben's gemacht!)

Wer schon einmal in die Pressemitteilungen des Senats geschaut hat, der wundert sich. Da ist das Kunststück vollbracht worden, auf zwei Seiten nicht ein einziges Mal die Bundesregierung zu erwähnen. Das finde ich beachtlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wurde drum herum geschrieben, was man in Hamburg alles mache. Nicht einmal unten im Informationskasten stand, dass das ein Bundesgesetz war. Ein bisschen peinlich ist das schon.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Wir bewegen doch zurzeit wirklich ganz andere Themen in Hamburg. Ich hätte mich sehr gefreut, Herr Dressel, wenn Sie wahrhafte Themen in der Bürgerschaft angemeldet hätten. Die Tarifsteigerungen brennen allen unter den Nägeln; Ha-pag-Lloyd ist auch ein Thema.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Jörg Hermann CDU* – *Sören Schumacher SPD*: Das beurteilen immer nur Sie!)

Ein ganz wichtiges Thema, Herr Dressel, das auch überall Einzug hält, ist die Flüchtlingspolitik. Ich würde mich freuen, wenn Sie das anmelden würden und nicht die Umsetzung eines Bundesgesetzes.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der LINKEN)

Aber auch ich will nicht kleinlich sein. Inhaltlich ist diese Umsetzung, der Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr, wirklich ein großer Schritt. Endlich können alle Kinder, unabhängig von der Lebenslage ihrer Eltern, ab dem ersten Lebensjahr die Kita besuchen. Und das ist wirklich ein Meilenstein in der Kindertagesbetreuung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vergessen wir aber bitte andererseits nicht das, was auch schon angesprochen würde. Sie rühmen sich wegen des Platzausbaus. Herr Kienscherf liebt es besonders, immer zu sagen "wir Sozialdemokraten". Herr de Vries hat eben deutlich gemacht, dass es nicht "wir Sozialdemokraten" waren, die das alles umgesetzt haben, sondern es war die Vielzahl der Fraktionen, wobei Herr de

**(Christiane Blömeke)**

Vries meinte, es wäre nur die CDU gewesen, aber sei's drum.

Mir ist wichtig, noch etwas über die Qualität in der Kindertagesbetreuung zu sagen. Seit der Senat in Hamburg regiert, gibt es nämlich eine Schieflage. Es wird auf den Ausbau gesetzt, aber die Qualität hinkt hinterher.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Sören Schumacher SPD*: Das stimmt doch gar nicht!)

Frau Leonhard, Sie sagen jetzt, dass das nicht stimme, weil Sie in den sozialen Brennpunkten mehr Personal eingesetzt hätten. Das ist auch richtig und gut so, das will ich gar nicht bestreiten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

– Herr Dressel, es stand aber in Ihrer Redeliste nicht, dass Sie klatschen sollen. Das haben Sie spontan gemacht, gut.

Das ist nur die eine Seite. Aber solange im Krippenbereich, in dem jetzt die Plätze ausgebaut werden, fünf Kinder von einer Erzieherin gewickelt, getröstet und gefüttert werden müssen, solange können die Eltern nicht guten Gewissens ihre Kinder überall abgeben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Eltern zur Arbeit gehen können und wissen, dass ihr Kind dort gut betreut wird. Das liegt nicht an den Erziehern und Erzieherinnen, denn die tun wirklich alles dafür, die Kinder gut zu betreuen. Aber wenn es an Personal fehlt, und das ist so im Krippenbereich, dann können auch Erzieher und Erzieherinnen nicht mehr als arbeiten und möglicherweise darüber hinaus sogar krank werden. Da müssen Sie ansetzen, verehrte SPD-Fraktion, das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Eigentlich hatte ich mir vorgenommen zu sagen, dass Ihr Senator einmal eine Woche in den Krippenbereich einer Kita gehen und dort die Kinder trösten, wickeln und füttern sollte und dann einmal sehen sollte, wie ihm das gefällt mit fünf Kindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat Herr Ritter das Wort.

**Finn-Ole Ritter** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Blömeke, Sie hatten so schön neutral angefangen, und dann ging es doch wieder weiter wie immer.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber ich möchte eines hinzufügen, damit auch keine Partei fehlt. Der Grundstein für das, was wir heute feiern,

(Vereinzelter Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der SPD)

wurde mit dem Kita-Gutscheinsystem gelegt, und das hat die FDP mit ihrem Bildungssenator eingeführt; vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Wenn sich die SPD nun auch auf die Schulter klopf, dann sollte sie sich ehrlicherweise bei den Urhebern dieses Gutscheinsystems bedanken, die diese Vorreiterrolle erst möglich gemacht haben.

Dass es eine Kraftanstrengung war, den Ausbau weiter voranzutreiben, möchten wir Liberale dem Senat gern zugestehen. Wir können zu Recht Hamburgs Vorreiterrolle hervorheben, und das sollten wir auch alle gemeinsam tun.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ist es aber an der Zeit, sich nicht weiter hinter den schönen Zahlen zu verstecken. In der Drucksache fällt eines auf: Da werden die betreuten Kinder gezählt, die Betreuungsquote wird ausgerechnet und die pädagogische Fläche in Quadratmetern ausgemessen. Wir haben uns an dieser Stelle alle gemeinsam schon unzählige Male über die tolle Betreuungsquote gefreut. Jetzt müssen wir uns endlich auf Qualität und die Verbesserung konzentrieren.

(Beifall bei der FDP)

Zur Qualität in den Kitas gibt es in der Drucksache nur einen ganz kurzen Absatz, der auf die überarbeiteten Bildungsempfehlungen hinweist. Ein Hinweis auf diese neuen Bildungsempfehlungen ist beim Thema Qualität leider nicht ausreichend.

Wir Liberale haben konkrete, konstruktive Vorschläge gemacht, die zur Qualitätsverbesserung beitragen, zum Beispiel durch eine wissenschaftliche Begleitung des Krippenausbaus und eine noch bessere Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte. Das wollen wir mit der Einrichtung eines Stiftungslehrstuhls zur frühkindlichen Bildung vorantreiben. Dieser Antrag wurde im Übrigen fraktionsübergreifend angenommen.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem möchten wir eine praxisnähere Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher und einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leisten. Deshalb haben wir als zweiten Punkt ein Modellprojekt für eine duale Ausbildung vorgeschlagen, wie es in anderen Bundesländern schon erfolgreich praktiziert wird.

Beim Betreuungsschlüssel allerdings hat Hamburg leider überhaupt keine Vorreiterrolle. Die Wissenschaft empfiehlt einen Betreuungsschlüssel von 1:3 beziehungsweise 1:4. Unterschiedliche Erhebungen für Hamburger Kitas kommen auf einen



**(Finn-Ole Ritter)**

Schlüssel von 1:5,1 oder je nach Berechnungsmethode sogar auf 1:6,7. Zufriedenstellend sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Herr de Vries erwähnte bereits das Thema Kita-Inspektion. Herr Scheele, dies wird uns seit Amtsantritt von Ihnen versprochen, es steht aber kein Wort davon in der Drucksache. Auch der Landeselternausschuss hat diese existierende Kita-Aufsicht vergangene Woche als zahnlosen Tiger bezeichnet. Die FDP-Fraktion hat den Senat in einem Antrag aufgefordert, Ankündigungen nun endlich Taten folgen zu lassen. Herr Scheele, ich fordere Sie an dieser Stelle noch einmal auf, endlich beim Thema Kita-Inspektion tätig zu werden.

(Beifall bei der FDP und bei *Christoph de Vries* CDU)

Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der SPD, ich spreche Sie einmal direkt an: Wenn Sie sich das nächste Mal gegenseitig auf die Schultern klopfen, dann sollte der Anlass die Umsetzung des Kita-TÜVs sein. Schöne Zahlen, die über viele Jahre unter wechselnder politischer Verantwortung gewachsen sind, geben jedenfalls keinen Anlass mehr für Eigenlob. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat Herr Golke das Wort.

**Tim Golke** DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ritter, damit haben Sie ein kleines Eigentor geschossen. Es ist richtig, die FDP, Herr Senator Lange, haben wahrscheinlich nicht allein das Kita-Gutscheinsystem erfunden und damals gewissermaßen diejenigen, die nicht irgendeinen typisierten Betreuungsbedarf vorweisen konnten, vor der Kita-Tür stehen gelassen. Das und nichts anderes repariert die Bundesregierung, und da machen wir mit, und es repariert gerade diese Bürgerschaft mit den Rechtsansprüchen, unabhängig von einem typisierten Betreuungsbedarf. Das möchte ich einmal festhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass es ab 2014 beitragsfrei sein soll, tragen wir mit, und das ist richtig so.

(Beifall bei der LINKEN – *Dietrich Wersich* CDU: Da müssen Sie auch nicht viel mittragen!)

Ansonsten könnte man zu dieser Debatte auch sagen, dass wir alle es waren, aber wir waren es auch alle allein, die es erfunden haben.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Der Senat setzt nun um, was wir gemeinsam mit dem Landeselternausschuss, den Gewerkschaften

und den Verbänden schon in der Volksinitiative angestrebt haben.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Und wer hat die initiiert?)

– Ihr mal wieder.

Ob Sie es von sich aus auf den Weg gebracht hätten, sei dahingestellt. Ihre bedingungslose Unterstützung der Schuldenbremse, die Stellenstreichungen und die Kürzungen in der sozialen Infrastruktur lassen erahnen, dass Sie ohne Druck innerhalb und außerhalb der Parlamente nicht einmal Mindeststandards umgesetzt hätten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind auch grundsätzlich noch vorsichtig, ob tatsächlich genügend Plätze bereitstehen werden, um den Rechtsanspruch in der Realität sicherzustellen. Hamburg mag da mit 5000 neu geschaffenen Plätzen noch gut dastehen. Hier stehen wir mit Berlin relativ weit vorn, aber die angegebenen 43 Prozent Krippenplätze bleiben eine Prognose, so gibt es die Drucksache auch vor. Und es ist fraglich, ob wir diese Quote erreichen werden.

Viele Baustellen werden vom Senat auch nur teilweise und meist zaghafte umgesetzt. Ein Beispiel ist die Frage der Fachkräfte. Wir hatten letztes Jahr auf die Probleme hingewiesen, die durch den Rechtsanspruch für Krippenkinder ab dem ersten Lebensjahr, aber auch durch "Kita-Plus" und den Ausbau der Ganztagsbetreuung entstehen. Der Beruf der Erzieherin beziehungsweise des Erziehers ist eine anspruchsvolle Tätigkeit. Fachleute haben errechnet, dass Erzieherinnen im Durchschnitt mit 59 Jahren das Handtuch werfen. Auch schon vorher verlassen viele Fachkräfte den Beruf. Die Tätigkeit ist nicht nur von Teilzeitbeschäftigung geprägt, sie ist auch unterbezahlt. Viele ältere Beschäftigte werden in den nächsten Jahren ausscheiden; darauf gehen Sie nicht ein.

Und endlich thematisiert der Senat auf unseren Druck hin auch die Themen Abbau von prekärer Beschäftigung und Erhöhung der Ausbildungskapazitäten. Aber das allein wird nicht zum Erfolg führen. Die Erzieherausbildung auch noch zu verkürzen, wird weder dem Beruf noch der Qualität der Betreuung gerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte, dass die Erzieherinnen und Erzieher, Hauswirtschafterinnen und Hauswirtschafter, die auch meinen Sohn für viele Stunden in der Woche betreuen und ihm und anderen Kindern Entwicklung, Selbstbestimmung und Leben ermöglichen, nicht am Monatsende

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Das kommt doch nicht von Ihnen!)

**(Tim Golke)**

ihrerseits Sorge haben müssen, ihre eigenen Kinder gesund ernähren zu können. Dafür ist ihre Arbeit nun wirklich viel zu wertvoll.

(Beifall bei der LINKEN)

Die zweite Baustelle ist die Qualität in der Krippenbetreuung; das hat Herr Ritter schon angesprochen. Wenn gesagt wird, dass Hamburg bei den geschaffenen Plätzen Vorreiter in Westdeutschland sei, möchte ich dem etwas entgegensetzen. In Bezug auf die Qualität ist Hamburg an letzter Stelle. Hamburg hat den schlechtesten Personalschlüssel aller westlichen Bundesländer im Bereich der Krippe. Selbst das von Ihnen in der Senatsmitteilung angeführte Deutsche Jugendinstitut gibt einen Mindestdarstellungsschlüssel von 3:1 Erziehern an. Wir liegen bei etwa 5:1. Und dann reden Sie davon, dass Kitas anerkannte Bildungsorte sein sollen. Das hat doch eher etwas mit Aufbewahrungsstätten zu tun, von Bildungsorten kann keine Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Verzeihung, Herr Golke. Meine Damen und Herren! Der Geräuschpegel wird immer stärker. Schenken Sie dem Redner bitte etwas mehr Aufmerksamkeit. – Fahren Sie fort, Herr Golke.

**Tim Golke** DIE LINKE (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Mit dem jetzigen Personalschlüssel im Krippenbereich werden die neuen Hamburger Bildungsempfehlungen nicht umzusetzen sein. Solche Personalschlüssel reichen höchstens aus, um Kinder satt und sauber zu halten. Zu guten Bildungsorten werden die Kitas damit aber noch lange nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben auf die miesen Personalschlüssel hingewiesen und angemahnt, auch die mittelbare pädagogische Arbeit wie Elterngespräche nicht nur in die Bildungsempfehlungen zu schreiben, sondern sie auch zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund hat unsere Fraktion auch einen Antrag eingebracht, der morgen abgestimmt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat das Wort Herr Senator Scheele.

**Senator Detlef Scheele:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen. Die erste richtet sich an Frau Blömeke. Da oben sitzt meine große Tochter, sie ist 24. Sie kann bestätigen, dass ich vor 23 Jahren gut wickeln konnte. Wir machen das, wir gehen in die Kitas. Alle Fraktionssprecher familienpolitischer

Art kommen mit und wir machen da einen Tag. Eine Woche sollten wir denen nicht zumuten, aber einen Tag sollten wir das gemeinsam machen. Machen Sie das? – Sehr gut.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vorbemerkung, denn mir kamen langsam die Krokodilstränen, Herr de Vries. Ich erinnere mich an irgendeine Gebührenerhöhung im Kita-Bereich, die auch Ergebnisse hatte. Also dass das nun unmittelbar im Sinne der Eltern und Kinder war, was Sie abgeliefert haben, daran kann ich mich beim besten Willen nicht erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im letzten Jahr zum 1. August den Rechtsanspruch ab zwei Jahren eingeführt. Wir haben heute zusammengesessen und geschaut, wo wir stehen. 68 Prozent der Kinder im Alter zwischen zwei und drei Jahren besuchen eine Krippe; das ist ein gutes Ergebnis. Wir werden 75 Prozent erreichen; das ist ein noch besseres Ergebnis. Und wir werden bei dem Alter zwischen ein und zwei Jahren 50 Prozent Abdeckung erreichen und insgesamt über 43 Prozent. Das ist bundesweit in den alten Bundesländern der Spitzenwert.

Es ist nicht so, dass wir nur ein Bundesgesetz umsetzen, Frau Blömeke, das wissen Sie auch. Schauen Sie sich in den Kommunen in Deutschland um. Dort findet teilweise eine Geisterfahrenderdebatte darüber statt, ob vormittags und nachmittags getrennt wird. Das tun wir alles nicht, das ist Politik des Hamburger Senats, die auf unseren politischen Beschlüssen basiert und auf 500 Millionen Euro, die wir jährlich in diesem Bereich einsetzen. Das ist viel mehr als bei jedem anderen Senat vorher.

(Beifall bei der SPD)

Und wir machen nächstes Jahr noch mehr; Frau Leonhard hat darauf hingewiesen. Ab dem 1. August 2014 wird die fünfstündige Betreuung inklusive Mittagessen kostenlos sein. Nach meiner Kenntnis gibt es das in Rheinland-Pfalz und hier und sonst nur ganz vereinzelt an wenigen anderen Orten. Das ist vorbildlich und hilft den Eltern tatsächlich.

Wir würden auch gerne noch mehr machen. Wenn es dieses unselige Betreuungsgeld nicht gäbe, dann hätten wir mehr Geld, das man in den Krippenausbau stecken könnte. Und weil wir das Geld in den Krippenausbau stecken wollen, klagen wir vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diesen Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns über Qualität reden. Es ist ein sehr mechanistisches Weltbild, immer den Schlüssel vorzutragen. So einfach ist die Welt aber nicht, sie ist etwas komplizierter. Sie besteht aus dem grund-

**(Senator Detlef Scheele)**

ständigen Schlüssel in den Kindertageseinrichtungen, sie besteht aus "Kita-Plus", für das wir in diesem ersten Halbjahr 300 Erzieherinnen und Erzieher einstellen werden, und sie besteht aus 106 Kindertagesstätten, die ebenfalls jeweils über eine halbe Stelle zusätzlich verfügen, um den Sprachförderbedarf in besonderen Stadtteilen abzudecken. Insofern ist es deutlich anders, als Sie versuchen, es darzustellen; wir achten auf die Qualität.

Auch mit den Bildungsempfehlungen achten wir auf die Qualität. Diese Bildungsempfehlungen sind Bestandteil der Fortbildung, die wir selbst durchführen, sie sind Bestandteil der Hochschulausbildung von Erzieherinnen, Erziehern und Sozialpädagogen und greifen von Anfang an in eine vernünftige Fortbildung sowohl der Ausbildung als auch der Durchführung von Erzieherberufen ein. So etwas hat es noch nicht gegeben. Wenn man das liest, dann sieht man, dass die Fortentwicklung der ersten Bildungsempfehlung dazu führt, dass das operationalisierbar ist. Hier sind nicht 100 Seiten vollgeschrieben und jeder kann sich das herausuchen, was er möchte, sondern das ist die Grundlage für die Qualitätsentwicklung und auch für den kommenden Kita-TÜV, weil man hieran ablesen kann, ob in einer Kita ordentlich gearbeitet wird oder nicht. All das zusammengenommen, die generelle Ausstattung, "Kita-Plus", die Schwerpunkt-Kitas und diese Bildungsempfehlungen, die partizipativ mit den Verbänden erarbeitet sind, finde ich vorbildlich.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt. Von den 300 Erzieherinnen und Erziehern, die wir für "Kita-Plus" suchen, sind 80 Prozent der Stellen heute schon besetzt. Das spricht dafür, dass die Hypothese des Senats, dass es zwar schwierig ist, die Plätze zu besetzen, dass es aber gelingt und wir keinen generellen Fachkräftemangel haben, stimmt. Die Stellschrauben, an denen wir gedreht haben – Umschulung, berufsbegleitende Ausbildung, Verkürzung der Ausbildungszeit von Erzieherinnen und Erziehern, doppelter Erzieherabschlussjahrgang, Aufstockung der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – führen dazu, dass das, was wir für Eltern und Kinder, für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für eine gute Berufstätigkeit und eine gute Fachkräftestrategie ins Werk setzen wollen, damit Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gleichberechtigt aufwachsen können, personell so ausgestattet ist, dass es tatsächlich klappen kann.

Wir werden den Rechtsanspruch als eine der wenigen großen deutschen Städte zum 1. August in hervorragender Weise umsetzen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema.

Dann kommen wir zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der CDU-Fraktion:

**Tarifsteigerungen 2013/14: Chaos in Hamburgs Behörden – wer muss die Fehler von Olaf Scholz ausbaden?**

Das Wort hat Herr Wersich.

**Dietrich Wersich** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vorweg: Die CDU will den Schuldenstopp 2015. Wir haben bei den Haushaltsberatungen unser Konzept vorgelegt, wie das geht:

(Heiterkeit bei der SPD)

ohne Kahlschlag und mit ausreichendem Puffer, allerdings mit weniger Handlungsspielraum für den Senat.

(Beifall bei der CDU)

Was aber die etwa 60 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt verunsichert, ist nicht der Schuldenstopp, sondern es hat andere, durch Beschlüsse der SPD hausgemachte Ursachen. Es war zuerst der Beschluss, pauschal 250 Stellen im Jahr abzubauen, ohne den Mut für eine Aufgabenkritik zu haben. Jetzt ist es die Entscheidung der SPD, die Tarifvorsorge der Beschäftigten zu plündern, um damit SPD-Prestigeprojekte zu finanzieren. Diese Entscheidung war falsch, und das wissen heute alle in der Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir haben den Senat bereits dabei erwischt, wie er versucht hat, uns zu betrügen, was den Abbau der 250 Stellen angeht, der so nicht stattgefunden hat.

(*Ksenija Bekeris* SPD: Moment! Betrügen? – Zurufe von der SPD)

Aber der Senat verweigert jetzt auch die Transparenz über die Auswirkungen der Tarifsteigerung. Er sagt uns zwar, dass diese die Stadt 149 Millionen Euro kosten wird, aber er verweigert uns die Information, was das für jedes einzelne Politikfeld und jede einzelne Behörde bedeutet. Ist das Ihre Auffassung von Herrschaftswissen? Ich finde, es ist eine unerträgliche Überheblichkeit der Macht, uns nicht mitzuteilen, was das für die einzelnen Behörden bedeutet.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Zum Stichwort Personal in den Bezirken. Wir haben gefragt, in welchen Bezirksämtern das bereitgestellte Personalbudget nicht ausreicht, um die Personalkosten zu decken. Die Antwort des Se-

**(Dietrich Wersich)**

nats: Er sehe von einer Antwort ab, weil er die Frage für hypothetisch halte.

Meine Damen und Herren! Jede Behörde, jedes Bezirksamt kontrolliert seine Ausgaben ständig, die wissen, wo sie stehen. Uns liegen die Schreiben zwischen den Bezirken und den Behörden vor, aus denen hervorgeht, dass bereits vier Bezirke ihre Personalausgaben so weit überschritten haben, dass sie quasi einen Einstellungsstopp für neue Mitarbeiter haben. Das ist doch nicht hypothetisch, das ist Realität. Und da frage ich Sie, Herr Bürgermeister, der Sie heute nicht da sind: Wissen Sie eigentlich, was in Ihren Behörden passiert, oder wollen Sie nur uns und die Öffentlichkeit an der Nase herumführen?

(Beifall bei der CDU)

Die SPD hält dem entgegen, die Bezirke bekämen mehr Geld; auch hier täuschen Sie sich und die Öffentlichkeit. Wir haben doch die Liste von vor einem Jahr, in der die Finanzbehörde alle Bedarfe der Bezirke und alle Mehraufgaben sauber aufgelistet und ermittelt hat, wie viel Geld den Bezirken fehlt. Es sind 41 Millionen Euro in diesem und im kommenden Jahr, schwarz auf weiß festgehalten von Ihrer Finanzbehörde. Dieser Umgang mit Fakten, diese Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit ist eine Verwahrlosung der politischen Sitten in Hamburg

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, da müssen Sie gerade reden!)

und nicht gutes Regieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Und warum machen Sie das? Ich glaube, das hat nur einen Zweck und ein Ziel: Sie wollen das politische Chaos, das Sie in den Behörden anrichten, verdecken. Sie wollen die Folgen Ihrer eigenen Politik vertuschen und schrecken dabei nicht vor gezielter Desinformation zurück, Statistiken werden geschönt, Zahlen und Fakten verweigert. Ich finde das unerträglich,

(Dirk Kienscherf SPD: Ihre Rede ist unerträglich, Herr Wersich!)

das ist ein undemokratisches Verhalten gegenüber Parlament und Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Und ich finde, dass es hier nicht nur um politische Hygiene geht,

(Dirk Kienscherf SPD: Davon haben Sie ja keine Ahnung!)

sondern auch darum, dass diese Politik auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt ausgetragen wird und dass sie zum Schaden wichtiger Funktionen dieser Stadt erfolgt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb fordern wir als CDU: Der Senat muss eine umfassende Transparenz über die finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses schaffen, für jede Behörde, für jedes Bezirksamt und die öffentlichen Unternehmen. Der Senat muss uns darstellen, welche Rücklagen und Rückstellungen er bei der Finanzbehörde hat, die noch nicht festgelegt sind, denn eine Nachbewilligung wird unausweichlich sein, und er muss der Bürgerschaft sein eigenes politisches Handlungskonzept vorlegen, wie er die Folgen dieser Mehrkosten auffangen will. Das ist die Aufgabe des Senats, Schönwetter ist vorbei. Herr Bürgermeister, nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung wahr,

(Dirk Kienscherf SPD: Das machen wir doch, ganz anders als Sie!)

auch für die Risiken und Nebenwirkungen Ihrer Politik. Fangen Sie endlich an mit gutem Regieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Quast.

**Jan Quast SPD:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Wersich, wenn man hört, mit welchen Vokabeln Sie um sich werfen, dann wird eines deutlich: Das Chaos, das in den Hamburger Behörden nicht existiert, findet bei Ihnen im Kopf statt,

(Beifall bei der SPD)

und offensichtlich nicht nur in Ihrem Kopf, sondern auch in Ihrer Partei, wie wir in den letzten Wochen bei der Personalpolitik verfolgen konnten.

(Beifall bei der SPD – Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Ich hoffe, dass ich jetzt keinen Zwist in der CDU-Fraktion ausgelöst habe, nicht, dass Ihnen jemand in den Rücken fällt.

Um wessen Fehler geht es denn, wenn wir in Hamburg von Personalpolitik reden? Baden wir nicht tatsächlich das aus, was CDU und GAL in der letzten Legislaturperiode angerichtet haben,

(Zurufe von der CDU)

als Sie innerhalb von drei Jahren 3000 neue Stellen in Hamburg geschaffen haben?

(Beifall bei der SPD)

Heute rechnen Sie uns vor, was wir alles abbauen müssten.

(Birgit Stöver CDU: Sie wollten abbauen, nicht wir!)

**(Jan Quast)**

Ist es denn nicht so, dass der CDU/GAL-Senat einen Haushaltsplan aufgestellt hat, der um das Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten abgesenkt war, dass er aber nicht den Mut aufgebracht hat, dieses auch im Gesetz zu verankern, sodass wir einen Haushaltsplan vorgefunden haben, der von vorne bis hinten falsch war? Das ist das, was hier in den letzten Jahren passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns unserer Verantwortung für diese Stadt sehr bewusst.

(*Birgit Stöver CDU*: Das merkt man aber nicht!)

Wir nehmen sie wahr. Und deswegen gilt auch das, was wir vor den Tarifverhandlungen gesagt haben: Wir werden diesen Tarifabschluss für die Beamtinnen und Beamten eins zu eins übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind verlässliche Partner der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt. Das unterscheidet uns von dem, was Sie in den letzten Jahren angeordnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Für die hinter uns liegenden Verhandlungen der Tarifpartner hat der Senat Mitte 2012 im Rahmen des Üblichen – das ist eine langjährige Praxis – Vorsorge getroffen, indem er das Mittel der Tarifierhöhungen der letzten Jahre im Personalbudget eingeplant hat und nicht die Forderungen der Gewerkschaften. Das ist nämlich nicht klug, wenn man verhandeln will.

Die über dem Ansatz liegenden Personalkosten werden nun in den Behördenetats aufgefangen werden müssen, denn eines gilt: Die Ausgabenlinie, die wir vorgegeben haben, um die Schuldenbremse 2019/2020 zu erreichen, wird eingehalten.

(Beifall bei der SPD – *Katja Suding FDP*: Und wie?)

Höhere Tarifabschlüsse werden nicht durch neue Schulden finanziert.

(*Katja Suding FDP*: Aber wie denn?)

Es ist jetzt Aufgabe der Behörden, im Haushaltsvollzug die nötigen Spielräume zu erwirtschaften. Dabei wird ihnen helfen, dass neben den im Personalbudget bereits eingepreisten 1,5 Prozent die früheren zentralen Verfügungsmittel dezentralisiert worden sind.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

**Jan Quast SPD**: Ja.

**Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU**: Wie hoch ist denn der Betrag, den die Schulbehörde bei den Lehrern einsparen muss, und wie hoch ist der Betrag, den die Innenbehörde bei der Polizei einsparen muss?

(Zuruf von der SPD: Gar nichts!)

**Jan Quast SPD** (fortfahrend): Herr Wersich, wir haben immer deutlich gemacht, dass wir in unserem Haushalt nicht nur eine kluge Politik verfolgen, sondern auch in bestimmten Bereichen, die für die Stadt besonders wichtig sind, zurückhaltend vorgehen. Insofern brauchen wir heute nicht über Beträge zu reden. Sie sollten lieber auf das hören, was ich Ihnen jetzt weiter erzählen werde,

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU)

dass wir nämlich in den letzten Jahren durch die Personaleinsparungen in den Behörden, die Sie bestreiten, Spielräume geschaffen haben, um auch künftig Mittel freizusetzen, weil dieser Personalabbau, den wir betrieben haben und auch weiter werden betreiben müssen, nicht im Budget der Behörden abgesenkt worden ist, sodass alle Behörden Spielräume haben – die einen mehr, die anderen weniger – beziehungsweise sich werden erwirtschaften müssen.

(*Dietrich Wersich CDU*: Wie viel denn nun? Wie groß ist die Aufgabe? Sie sind doch Haushaltspolitiker!)

Meine Damen und Herren! Diese Aufgabe ist sicherlich keine einfache, aber wenn sie einfach wäre, dann könnten wir sie ja Ihnen überlassen, so machen wir das lieber selbst.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit**: Dann hat jetzt Frau Hajduk das Wort.

**Anja Hajduk GRÜNE**: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben schon zu Beginn der Haushaltsberatungen gesagt, dass die größte Unehrlichkeit in der Haushaltspolitik dieses Senats – und das ist schon beachtlich, da es sich bei der die Regierung tragenden Fraktion um die SPD handelt – im Personalbereich steckt. Es zeigt sich, dass die Entscheidung des Senats, keine zentrale Vorsorge für die Tarifierhöhungen zu treffen, falsch ist. Herr Quast, wenn Sie sich gegen das Wort chaotisch wehren, dann müssten Sie zumindest zugeben, dass die Lage unübersichtlich ist, wenn man einmal darauf schaut, wie ausweichend der Senat auf die berechtigten Anfragen des Parlaments antwortet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

**(Anja Hajduk)**

Wir haben für die Haushaltsberatungen vorgelegt, dass rund 45 Millionen Euro im Bereich Personal als Verstärkungsmittel für Tariferhöhungen, die wir auch für richtig halten, notwendig seien und wir es für richtig hielten, diese auch vorzusehen. Und es zeigt sich, dass für das Jahr 2013 wohl genau 45 Millionen Euro benötigt werden. Sie wollten das nicht, haben sich aber andere große zentrale Töpfe beispielsweise im Einzelplan 9.2 geschaffen, die dann aber eher für Kosten vorgesehen sind wie zum Beispiel die jährlichen Verluste aus der falschen Hapag-Lloyd-Entscheidung oder dem Verhandlungsmanagement in Sachen Elbphilharmonie.

*(Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie doch verursacht!)*

Ich spreche das bewusst an, denn man muss sich auch einmal überlegen, warum Sie diese zentrale Vorsorge gestrichen haben und warum Sie diese Verantwortung einfach in die Behörden schieben. Das ist in dieser Größenordnung skandalös und es ist, gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, verantwortungslos gegenüber der Verwaltung in dieser Stadt.

*(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei Katja Suding FDP)*

Denn wenn das Wort des Bürgermeisters gilt, dass der Tarifaabschluss eins zu eins übertragen wird – damit hat er sich groß hervorgetan und es den Gewerkschaften schriftlich gegeben –, er sich aber auf unsere Frage hin, wie das gehen solle und welche Konsequenzen das habe, wegduckt, dann provoziert das Zufallsentscheidungen. Dann wird dort, wo eine Stelle wegen Pensionierung wegfällt, diese zur Streichung freigegeben, ohne dass darauf geschaut wird, ob das inhaltlich sinnvoll ist oder falsch. Das ist eine Politik, die ich verantwortungslos nenne – vorher dicke Briefe schreiben und nachher bei der Umsetzung keine genaue Antwort parat haben.

*(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei Katja Suding FDP)*

Da ist es dann auch berechtigt wie Herr Wersich zu argumentieren, dass es frech ist, dem Parlament die vorhandenen Informationen vorzuenthalten, wie sich das pro Behörde auswirkt. Sie verwickeln sich da auch in einen Widerspruch, weil Sie vorher Ihre eigenen Konsolidierungspläne daran ausgerichtet haben und ausrechnen konnten, dass Sie 12,5 Millionen Euro konsolidieren wollen. Dass Sie dann Auswirkungen von Tariferhöhungen nicht ausrechnen können, ist natürlich eine Falschaussage. Das ist unanständig gegenüber dem Parlament; das hat Herr Wersich richtig bezeichnet.

*(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei Robert Bläsing und Katja Suding, beide FDP)*

Das passt dazu, als was sich die Haushaltspolitik des Senats peu à peu entpuppt. Vom Grundsatz her haben Sie eine durchaus plausible Strategie entwickelt: 1 Prozent Steigerung pro Jahr, und mit den immer noch konservativ geschätzten höheren Einnahmen werden die Lücken im Haushalt geschlossen. Wenn man dann aber genauer auf die tatsächlichen Steigerungen während des Jahres schaut, dann kann man sehen, dass sie im Personalhaushalt weit höher sein werden. Also müsste der Senat schon beantworten, womit er das Versprechen, die Tariferhöhung eins zu eins umzusetzen, finanzieren will. Und da kann ich nur sagen: So entschlossen Olaf Scholz vor der Wahl Parolen wie "pay as you go" ausgegeben hat und so entschlossen von ihm verkündet wurde, die Tariferhöhung eins zu eins umzusetzen, so hasenfüßig sind Ihre Antworten heute und so hasenfüßig präsentiert sich der Bürgermeister in dieser Frage.

*(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Katja Suding FDP)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Bläsing.

**Robert Bläsing FDP:**\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Erste Bürgermeister hat im Wahlkampf für mehr Klarheit geworben. Wenn ich mir jedoch die erste Hälfte der Legislaturperiode ansehe, bleibt nur eines übrig: Auf Ankündigungen folgen keine Resultate, sondern nur weitere Ankündigungen. Das hat nichts mit Klarheit zu tun.

*(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)*

So hieß es im Frühjahr 2011 noch, der Senat wolle mindestens 250 Stellen pro Jahr im öffentlichen Dienst streichen. Weder in 2011 noch in 2012 haben Sie dieses Ziel erreicht, Herr Finanzsenator, ganz im Gegenteil. Der Personalbestand ist um über 800 Stellen angewachsen. Jetzt beschränken Sie den Personalabbau kurzerhand einzig auf die Kernverwaltung,

*(Heike Sudmann DIE LINKE: Wollen Sie Ihre Stelle zur Verfügung stellen?)*

und auch hier tricksen Sie herum. Zum Tarifergebnis hatten Sie einst angekündigt, dass Tarifsteigerungen von über 1,5 Prozent zu einem stärkeren Personalabbau führen würden. Auch diese Ankündigung hatte keinen Wert, das müssen wir heute feststellen.

*(Beifall bei der FDP)*

Und warum hat sie keinen Wert? Weil Sie den Personalabbau nicht in den Griff bekommen, weil Sie ideenlos sind, weil Sie vor Ihrer eigenen Klientel, den Kolleginnen und Kollegen von Herrn Rose in den Gewerkschaften, kapituliert haben.

**(Robert Bläsing)**

(Beifall bei der FDP – Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann?

**Robert Bläsing** FDP: Bitte schön.

**Zwischenfrage von Heike Sudmann** DIE LINKE:\* Vielen Dank. – Ich bin immer sehr erstaunt, wenn Sie von Personalabbau sprechen. Ich habe die bitterböse Frage, ob Sie Ihre eigene Stelle zur Verfügung stellen wollen.

(*Dietrich Wersich* CDU: Wenn er ein besseres Angebot bekommt, sofort!)

**Robert Bläsing** FDP (fortfahrend): Das ist eine ziemlich perfide Frage, Frau Kollegin. Ich bin, falls es Sie interessiert, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes geworden, bevor ich in die FDP eingetreten bin, und habe mich da auch, so würde ich es selber einschätzen, durch Leistung, Eignung und Befähigung hervorgetan. Dass Sie als Personalratsvorsitzende jedoch Briefe an das Hohe Haus schreiben, man möge doch bitte nicht so viele Schriftliche Kleine Anfragen stellen und selber eine nach der anderen stellen, ist doch das eigentlich Skandalöse, Frau Sudmann.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich habe noch die Worte von Herrn Scholz aus dem Jahr 2011 im Ohr: Wer Führung bestelle, der müsse wissen, dass er sie auch bekomme. Ich erkenne an dieser Stelle jedoch keine Führung, ich sehe nur einen heillos überforderten Senat.

Wir hingegen haben diese Herausforderung akzeptiert. Wir sind in der Bürgerschaft eine konstruktive Opposition. Wir haben daher frühzeitig auf Fehlplanungen in der Haushalts- und Personalpolitik hingewiesen und konstruktiv kritisch, wie wir sind, Vorschläge für substantielle Umsteuerungen vorgelegt und Sie aufgefordert, Aufgabenkritik durchzuführen. Das haben Sie abgelehnt.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben Sie aufgefordert, ein Personalabbaukonzept vorzulegen – das haben Sie abgelehnt. Wir haben Sie aufgefordert, dass Tarifsteigerungen nicht zulasten der Sach- und Fachaufgaben gehen dürfen – das haben Sie abgelehnt. Wir haben Sie aufgefordert, öffentliche Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg auf den Prüfstand zu stellen – auch das haben Sie abgelehnt.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Sehr gut!)

Von all diesen Vorschlägen wollten Sie nichts wissen, und jetzt sitzen Sie vor dem Scherbenhaufen Ihrer eigenen desolaten Politik.

(Beifall bei der FDP – *Dirk Kienscherf* SPD: Sitzen wir doch gar nicht!)

Mit dem Tarifergebnis von plus 2,65 Prozent in diesem Jahr und plus 2,95 Prozent im nächsten Jahr kommen auf die Stadt Mehrkosten von 150 Millionen Euro zu. 150 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben im Doppelhaushalt 2012/2013 ist eine Riesensumme, die nicht einfach mit dem vagen Hinweis auf Mittelbewirtschaftung innerhalb der Behörden erbracht werden kann. Damit lassen Sie die Behörden im Regen stehen. Wir fordern Sie daher erneut auf, endlich einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Denn es sind nicht nur die Tarifsteigerungen, es sind auch Kostensteigerungen von mindestens 200 Millionen Euro bei der Elbphilharmonie, 300 Millionen Euro an Kostenexplosionen bei zahlreichen Hafenprojekten und Kosten von gut 95 Millionen Euro bei der erfolglosen Hapag-Lloyd-Zukauf-Geschichte. Das alles schlägt sich im Haushalt zu Buche und summiert sich auf 750 Millionen Euro, von denen heute niemand weiß, wo sie herkommen sollen.

Herr Bürgermeister und Herr Finanzsenator, Sie sind schlechte Zocker und keine guten Haushälter, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie müssen einen Nachtragshaushalt vorlegen, damit die Einnahmeausfälle im laufenden Haushalt konkret beziffert werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch heute beweisen Sie, dass die Ankündigungspolitik der SPD mittlerweile legendär ist, und das nicht im positiven Sinne. Sie waren zu keinem Zeitpunkt bereit, irgendetwas außer Versprechungen zu liefern. Wenn Sie endlich bereit sind zu liefern, wenn Sie ein Personalkonzept auf den Tisch legen und in allen Bereichen der Verwaltung eine Aufgabenkritik durchführen, dann sind wir bereit als konstruktive Opposition, mit Ihnen zusammen nach Lösungen zu suchen.

(Beifall bei der FDP – *Dirk Kienscherf* SPD: Das beruhigt uns ja!)

Übernehmen Sie Verantwortung – übrigens auch eines dieser Schlagworte, die der Bürgermeister so gerne im Wahlkampf betont hat – für die zukünftigen Generationen. Stoppen Sie die Verteilung von Geschenken in Millionenhöhe. Werden Sie endlich der von Ihnen gewollten Führungsrolle gerecht. Die Absichtserklärungen, die Sie eine nach der anderen vorbringen, werden uns an dieser Stelle nicht

**(Robert Bläsing)**

weiterbringen; das ist einfach nur Prokrastination. Hier wird auf die lange Bank geschoben und das Geld gleichzeitig mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Jetzt hat Herr Hackbusch das Wort.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir als LINKE freuen uns, dass dieses Thema angemeldet wurde und debattiert wird. Wir haben von Anfang an gesagt, dass das bei der Umsetzung der Planung für 2013/2014 eines der kritischsten Themen werden wird, und das hat sich in der Form auch bewiesen. Wir alle gemeinsam stellen fest – das werden auch die Sozialdemokraten mitbekommen haben –, dass es sowohl in den Bezirken als auch in der Verwaltung große Schwierigkeiten gibt, das von Ihnen vorgelegte Personalkonzept umzusetzen; alle haben damit Probleme. Dementsprechend ist es Ihre Aufgabe, Herr Quast, sich damit auch auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen einmal klar machen, was Sie versuchen, uns glaubhaft zu machen. Sie behaupten, Sie hätten alles im Griff im Hinblick auf diese 1,5 Prozent, um uns dann auf die Vorhaltungen von Herrn Wersich hin zu sagen, Sie könnten uns keine Informationen darüber geben, wie das im Personalbereich umgesetzt werden kann. Es ist ohne Frage so, dass der Personalbereich und die Zuwendungsempfänger diejenigen sein werden, die die Kürzungen im Wesentlichen bezahlen müssen. Ihre einzige Antwort dazu ist, dass das die einzelnen Behörden erwirtschaften sollen. Da müssen wir doch gemeinsam feststellen, dass das Chaos ist,

(Beifall bei der LINKEN und bei *Katja Suding FDP*)

weil im Moment keiner feststellen kann, welche Behörde das wo erwirtschaften kann. Wir haben nachgefragt, aber es gibt keine Behörde, die uns dazu Antworten gegeben hat. Dementsprechend müssen Sie doch feststellen, dass es auf diese Art und Weise nicht funktioniert. Sie müssen uns entweder sagen, wo Sie eine Aufgabenkritik machen wollen, oder Sie müssen uns sagen, dass Sie an diesem Punkt im Moment gescheitert sind. Das sind die einzigen Möglichkeiten. Sie stehen vor einem Scherbenhaufen, da hat Herr Wersich recht.

Ich gebe ausdrücklich zu, dass ich die Kritik der FDP unlauter finde, schreihalerisch zu verkünden, was Sie alles kürzen wolle, ohne Vorschläge zu machen. Aber auch die Kritik der CDU und der GRÜNEN ist unlauter zu fordern, die Schuldenbremse schon früher durchzusetzen, aber zu sa-

gen, sie wüssten auch nicht so recht wie, dafür gebe es geheime Kassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Politik ist nicht überzeugend.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Ihre auch nicht!*)

Sie wissen, dass das nur der Anfang ist; das ist doch die Hauptschwierigkeit, vor der wir stehen. Es geht zwar jetzt um 1,5 Prozent, aber Sie haben festgelegt, dass das für die nächsten acht Jahre gilt. Das erste Mal kann man 1,5 Prozent vielleicht noch machen, in acht Jahren geht es dann aber um 12 Prozent weniger im öffentlichen Dienst, und dafür müssen Sie ein Konzept vorlegen und können nicht nur sagen, dass das die Behörden erwirtschaften sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch schlimmer gilt das für die Zuwendungsempfänger. Die Zuwendungsempfänger bekommen nicht einmal die 1,5 Prozent, sondern 0,88 Prozent und 0 Prozent. Bezogen auf die nächsten acht oder zehn Jahre bedeutet das, dass sie 15 oder 20 Prozent weniger Geld zur Verfügung haben werden, und das bei steigenden sozialen Aufgaben. Und darauf keine Antwort zu haben, ist ein Armutszeugnis dieses Senats.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Senator Dr. Tschentscher.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Beitrag von Herrn Wersich kann ich nur sagen: Je schlechter die Argumente, umso aggressiver der Ton. Das einzig Neue, was ich heute erfahren habe, ist, dass Sie für den Schuldenstopp 2015 eintreten; bisher haben Sie immer gesagt, der Schuldenstopp solle 2013 kommen. Aber für beide Forderungen haben Sie keine geeigneten Haushaltspläne vorgelegt. Stattdessen laufen Sie und Ihre Bezirksabgeordneten durch die Stadt und fordern überall höhere Ausgaben und mehr Personal.

(Beifall bei der SPD – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Und dass Sie unseren Personalabbau von jährlich 250 Stellen in der Kernverwaltung gegenrechnen gegen die Stellen der Lehrerinnen und Lehrer, die wir im Schulfrieden gemeinsam beschlossen haben, ist eine ganz unlautere Argumentation, Herr Wersich. Dann sagen Sie doch, dass Sie den Schulfrieden aufkündigen wollen und dass Sie die kleineren Klassen, die alle Fraktionen im Hause beschlossen haben, ablehnen.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Steht da alles drin!*)



**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

Den Stellenaufwuchs für den Schulfrieden haben wir und auch der Vorgängersenaat in den Haushaltsplänen von Anfang an ausgewiesen.

Die Bezirke haben 140 Stellen mehr als zu Beginn 2012. Sie haben 2014 40 Millionen Euro mehr in ihrem Budget als 2012. Das Einzige, was sie nicht mehr haben, sind Einsparvorgaben, die die CDU gemeinsam mit der GAL 2010 und 2011 in die Pläne der Bezirke hineingeschrieben hat ohne Rücksicht auf die wichtigen Aufgaben, die dort wahrzunehmen sind.

(Beifall bei der SPD)

In unseren Haushaltsplänen werden alle Punkte, auch die Reservepositionen, ausgewiesen. Sie haben bis vor Kurzem übrigens noch kritisiert, liebe CDU-Fraktion, dass wir zu hohe Reservemittel bunkerten, die viel zu übertrieben seien für die vor uns liegenden Aufgaben. Insofern ist Ihre Argumentation auch an dieser Stelle nicht plausibel.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Nee!*)

Wir werden Ihnen, nachdem das Resteverfahren abgeschlossen ist, die Reste für 2012 vortragen, und wir haben auch Ihre Anfragen zu den Mehrbedarfen für jede einzelne Behörde und jeden einzelnen Landesbetrieb beantwortet. Ich habe gerade noch einmal mit den modernen Methoden eines Handys herausgefunden, dass es sich um die Schriftliche Kleine Anfrage 20/7195 handelt. Notieren Sie die Nummer, Herr Heintze, Sie waren gemeinsam mit Herrn Wersich auch Fragesteller. Wir haben Ihnen für jede Behörde und für jeden Landesbetrieb schriftlich geantwortet, welche rechnerischen Mehrbedarfe sich aus dem Tarifabschluss ergeben. Bleiben Sie bei der Wahrheit, wenn Sie solche Behauptungen in die Welt setzen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Senator Dr. Peter Tschentscher** (fortfahrend): Nein, Herr Wersich kann sich gerne noch einmal melden und die Debatte voranbringen.

(*Farid Müller GRÜNE: Das ist aber nicht souverän!*)

Zu Hapag-Lloyd: Frau Hajduk, wenn Sie jede Gelegenheit wahrnehmen, dem wichtigsten und einem der wertvollsten Unternehmen Hamburgs hier Vorwürfe zu machen, dann kann ich das nur bedauern. Von den 40 Millionen Euro, die Sie immer hier anführen

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das stand in der Zeitung!*)

– Herr Tjarks, hören Sie mir zu –, sind 25 Millionen Euro ausdrücklich dem Engagement von über 700 Millionen Euro zuzurechnen, das Sie – ich kritisiere das gar nicht – gemeinsam mit der CDU eingegangen sind.

(*Anja Hajduk GRÜNE: Das macht das Problem nicht kleiner!*)

Dieses wichtige Unternehmen bei jeder passenden Gelegenheit anzugreifen, ist eine abwegige Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt vermutlich kein anderes Bundesland, in dem der Tarifabschluss so ruhig und ohne jede Aufregung angenommen wurde wie in Hamburg. Den Beschäftigten war klar, dass dieses Ergebnis nicht nur für die Angestellten übernommen wird, sondern dass es auch für die Beamten gilt. So hat es der Bürgermeister festgelegt, und so wird es auch gemacht. Alle anderen Länder beginnen jetzt eine aufgeregte Diskussion darüber, was es wohl bedeutet, sie demonstrieren, schreiben Briefe. Und wir haben hier eine ganz klare Regelung, zu der wir auch stehen.

(*Anja Hajduk GRÜNE: Welche Auswirkungen hat das?*)

Ebenso klar, Frau Hajduk, war von Anfang an, dass wir die Tarifsteigerung innerhalb des vorgegebenen Gesamtausgabenrahmens finanzieren müssen, und wir haben auch gesagt, dass dies umso schwieriger sei, je höher der Tarifabschluss ausfalle. Sie können sich vorstellen, dass ich das auch gegenüber den Finanzministerinnen- und Finanzministerkollegen deutlich gemacht habe, die verhandelt haben. Am Ende war das Ergebnis rechnerisch 2,65 Prozent für 2013 und 2,95 Prozent für 2014. Der Tarifabschluss ist hoch, aber er ist nicht völlig maßlos oder unvorhergesehen. Für uns ist wichtig, dass der größte Teil des Abschlusses mit einer Steigerung von 1,5 Prozent pro Jahr in unseren Haushaltsplänen bereits abgedeckt ist. Das unterscheidet uns von vielen Ländern, die keine Vorsorge in diesem Umfang getroffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Unser Vorgehen war auch deshalb plausibel, weil wir den durchschnittlichen Anstieg der Tarife aus den vergangenen Jahren in den Haushaltsplänen abgebildet haben. Gewerkschaftsforderungen in Haushaltsplänen abzubilden, wäre dagegen abwegig; dann bräuchte man mit Tarifverhandlungen gar nicht mehr zu beginnen.

(*Farid Müller GRÜNE: Das ist doch absurd!*)

Auch für die über 1,5 Prozent hinausgehenden Steigerungen gibt es ein verabredetes Vorgehen. Die Mehrbedarfe sollen und können überwiegend im Haushaltsvollzug durch die Ressorts aufgefangen werden. Das liegt nicht nur daran, dass früher

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

zentral veranschlagte Verstärkungsmittel von vornherein den Behörden zur Verfügung gestellt wurden, sondern wir haben den Abbau von jährlich 250 Vollkräften vorgenommen, ohne diesen von vornherein als Minderausgabe in die Haushaltspläne zu schreiben. Wir haben gesagt, dass dieser Personalabbau den Behörden helfen wird, ihre Konsolidierungsanforderungen zu bewältigen, und das ist jetzt der Fall. Der Personalabbau von 500 Vollkräften in den vergangenen zwei Jahren und der sehr sparsame Umgang mit den Haushaltsmitteln hat 2012 zu Resten in zweistelliger Millionenhöhe geführt, die wir Ihnen noch genauer vorrechnen, sobald das Resteverfahren abgeschlossen ist, und die wir jetzt verwenden können, um zusätzliche Bedarfe auszugleichen.

*(Katja Suding FDP: Das ist aber nicht das, was Sie vorhatten!)*

Darüber hinaus wird der Personalabbau in dem verabredeten Umfang in der Kernverwaltung fortgesetzt,

*(Katja Suding FDP: Da haben Sie 2011 etwas anderes gesagt!)*

und da er nicht vom Budget abgesenkt war, wird auch das zur Verfügung stehen, um die Mehrbedarfe aus dem Tarifabschluss zu bezahlen. Ein zusätzlicher Personalabbau über die 250 Vollkräfte pro Jahr hinaus ist nicht ausgeschlossen,

*(Katja Suding FDP: Warum haben Sie es denn damals gesagt?)*

aber Aufgabenkritik, Entflechtung und auch sparsamer Umgang mit den finanziellen Mitteln bleiben die wesentliche Aufgabe der Behörden im weiteren Haushaltsvollzug.

*(Beifall bei der SPD)*

Die Opposition scheint geradezu enttäuscht zu sein, dass nach dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst kein Chaos ausbricht, dass alle Zusagen des Bürgermeisters an die Beamten ohne Verwerfungen eingehalten und die finanziellen Auswirkungen innerhalb des Finanzkonzepts des Senats abgebildet werden. Planloses Sparen und Giftlisten gibt es nicht, und ein Nachtragshaushalt ist nicht erforderlich. – Vielen Dank.

*(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)*

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Heintze hat das Wort.

**Roland Heintze CDU:\*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Senator, ich muss gestehen, dass ich nicht weiß, über welche Darlegung der Zahlen Sie reden, und ich glaube, dass der Staatsrat der Senatskanzlei hinterher noch etwas geändert hat, was Sie vielleicht in der Beantwortung dort anders eingereicht hatten.

*(Beifall bei Anja Hajduk und Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE)*

Ich habe nämlich mit den herkömmlichen Mitteln der Papierform einmal nachgeschaut, und da ist bei der Nummer, die Sie nannten, mitnichten aufgeschlüsselt, was dieses in welcher Behörde, in welchem Betrieb und wo sonst auch immer bedeutet. Sie haben lediglich genannt, welche Betriebe und Behörden es in der Freien und Hansestadt gibt, und Sie haben eine Zahl genannt, die wir schon kannten, auch wenn das drei Runden an dem Tag gedauert hat, an dem der Tarifabschluss bekanntgegeben wurde. So weit das Chaos – 149 Millionen Euro und das war es. Sie sollten sich die Nummer 20/7195 aufschreiben und das nacharbeiten.

*(Beifall bei Birgit Stöver CDU)*

Ich kann nur allen empfehlen, die hier zugehört haben, dieser Täuschung nicht aufzusitzen.

*(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)*

An Täuschungen gab es eine ganze Menge in dieser Rede, Herr Finanzsenator. Sie sagten, es gebe keine Einsparvorgaben. Das heißt bei Ihnen jetzt globale Minderausgaben, ist auf Rekordstand und bedeutet nichts anderes, als dass Sie konkrete Einsparvorgaben durch vage Einsparziele ersetzt haben. Was daran die bessere Politik sein soll, Herr Finanzsenator, müssen Sie uns noch einmal im Haushaltsausschuss erklären, hier ist es nicht deutlich geworden.

*(Beifall bei der CDU)*

Und dann die vielen Reservemittel, Herr Senator. Sie haben hier gesagt, wie könne die Opposition denn kritisieren, dass Sie Reserven gebildet hätten, andererseits aber fordern, dass Sie Reserven bilden müssten. Sie haben nicht zugehört. Die Opposition hat kritisiert, dass Sie Ihre Reservemittel für Personalausgaben, die anstehen könnten, gesperrt und für Prestigeausgaben reserviert haben. Das ist Täuschung, was Sie hier betreiben.

*(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)*

Ich erinnere mich an den Tag, den Sie als Tag der hohen Ruhe beschreiben. Da kam der Tarifabschluss, Hamburg war vorbereitet, alles ganz entspannt. Sie waren im Urlaub, der Bürgermeister auch, dann kam diese Meldung auf den Markt, die in der Tat nicht überraschend war, und dann ging das große Deuten los. Das Personalamt sagte als Erstes gegenüber dem NDR, das seien 216 Millionen Euro. Als wir nachgefragt haben, sagte der Senat, es seien 149 Millionen Euro, und dann sagte der Senator gegenüber der "Bild"-Zeitung, man habe noch Geld aus dem Vorjahr gefunden und es reiche, egal wie viel es sei. Wenn Sie das vorbereitet nennen, Herr Senator, dann haben wir eine andere Definition von vorbereitet sein. Das war alles

**(Roland Heintze)**

andere als vorbereitet, das war unvorbereitet. Sie wurden kalt erwischt, und Sie haben es bis heute nicht geschafft, das nachzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das passt aber zu Ihrer Vorgehensweise "Ich mache meine Welt, wie sie mir passt", denn Sie haben in Ihrer Rede auch unterschlagen, dass Sie sich selbst in diese Lage gebracht haben. Sie haben nur 1,5 Prozent eingeplant, die Tarifabschlüsse waren aber höher zu erwarten. Sie sind der Höhe nach aus unserer Sicht auch in Ordnung, aber Sie haben nur mit 1,5 Prozent gerechnet, und wir haben immer darauf hingewiesen. Sie haben die Personalreserven gestrichen beziehungsweise gesperrt, und Sie waren es, der fahrlässig zugesagt hat, jegliche Tarifierhöhung 1:1 zu übernehmen. Was das mit Vorbereitung zu tun hat, weiß ich nicht. Es hat dazu geführt, dass Sie die Behörden in dieser Stadt jetzt in eine unmögliche Situation bringen, indem Sie sich nämlich zusammen mit dem Bürgermeister abducken, keinerlei politische Führung übernehmen und sagen, das seien Behörden, die müssten das schon irgendwie hinbekommen, aber man dürfe Sie jetzt nicht fragen wie, das machten die Kolleginnen und Kollegen in den Amtsstuben. Herr Bürgermeister und Herr Senator, wenn das politische Führung und Vorbereitung sein soll, dann haben Sie an dieser Stelle eine Definition von politischer Vorbereitung und Führung, die der Stadt nicht hilft, die auf Kosten der öffentlichen Mitarbeiter dieser Stadt geht, und zwar voll, und mit der Sie in den Behörden absolutes Chaos veranstalten. Und hier noch zu behaupten, Sie hätten Zahlen genannt, das empfinde ich als Frechheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen hier die Möglichkeit gegeben, mit dem Antrag, den wir stellen, dieses Chaos nicht eintreten zu lassen. Wir wollen wissen, was denn die Auswirkungen sind. Ich lerne jetzt, dass Sie das vermutlich – zumindest zeigt das der Blick auf die Senatsbank – nacharbeiten werden. Dann haben Sie die Rückstellungen, die Sie wieder einführen können, und wir wollen ein politisches Schwerpunktkonzept. Es ist nichts einfacher, als die Regierungsfraktion zu bitten, diesen CDU-Antrag durchzuwinken. Tun Sie uns und den 60 000 Beschäftigten dieser Stadt einen Gefallen und stoppen das Durchwurschteln auf Kosten dieser Menschen. Fangen Sie an, politische Führung zu übernehmen, und zwar in allen Behörden und nicht nur im Bürgermeisteramt. Das würde der Stadt wirklich helfen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Dr. Tode hat das Wort.

**Dr. Sven Tode SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heintze, das Sympathischste an Ihnen ist das Zitat von Pippi Langstrumpf gewesen, und wahrscheinlich ist Ihre Haushaltspolitik auch so gedacht: Zwei mal drei macht vier, widewidewitt und drei macht neune. So ist wahrscheinlich Ihre Haushaltspolitik gewesen, unsere ist etwas anders geplant.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hajduk, ich weiß nicht, ob Sie vielleicht schon Tarifverhandlungen geführt haben, jedenfalls hat Ihre Finanzministerin in Schleswig-Holstein, die sicherlich auch in der Kommission der Finanzminister dabei war, keinerlei Vorsorge für die Tarifabschlüsse getroffen,

(Zuruf von Anja Hajduk GRÜNE)

ganz im Gegensatz zu diesem Senat, der 1,5 Prozent eingeplant hat.

(Beifall bei der SPD – Jens Kerstan GRÜNE:  
Aber die sagen jetzt immer ganz genau, wo eingespart wird, auf die Stelle genau!)

– Herr Kerstan, wenn Sie mich ausreden ließen, wäre das schön.

Frau Hajduk, Sie müssen sich überlegen, ob Sie nun informiert sind, was passiert und wo Gelder eingespart werden oder nicht. Wenn Sie einerseits beklagen, Sie seien nicht informiert und andererseits sagen, es werde bei Pensionen gekürzt, und zwar mit dem Rasenmäherprinzip, dann passt das nicht zusammen. Entweder Sie wissen es nicht oder Sie wissen es doch, und das ist nicht der Fall. Wir haben schon 2011 eine Aufgabenkritik vorgelegt, und in verschiedenen Behörden ist das bereits erfolgt. Denken Sie zum Beispiel an die Wissenschaftsbehörde, da ist bereits eine ausführliche Aufgabenkritik erfolgt.

(Roland Heintze CDU: Die Senatorin ist immer noch da!)

Es wird dort auch einen entsprechenden Stellenabbau geben, und es wird eine ganz klare Aufgabenkritik erfolgen, nicht nach Pension, sondern nach Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Mir scheint aber, dass wir als Sozialdemokraten hier noch einmal das Wesentliche und Wichtigste hervorheben müssen, dass wir nämlich Flächentarifverträge grundsätzlich befürworten, und selbstverständlich sind auch die Ergebnisse aus dem öffentlichen Dienst zu respektieren. Sie sind nicht nur zu respektieren, sondern sie sind auch ein wichtiger volkswirtschaftlicher Gewinn, denn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben lan-

**(Dr. Sven Tode)**

ge genug keine Reallohnsteigerung erreicht. Das ist hier erfolgt, und das ist insgesamt erst einmal zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden es auch nicht erreichen, dass Sie bei uns einen Keil zwischen den sozialdemokratischen Grundsatz der Geltung von Tarifverträgen einerseits und der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung andererseits treiben. Wenn man Ihnen zuhört, Herr Heintze, könnte man fast vermuten, dass Sie diese Tarifsteigerung den Beamten und Beamtinnen vorenthalten hätten,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)

genauso wie es vielleicht schon beim Weihnachtsgeld der Fall war. Das wissen wir auch, und da haben wir gegengesteuert.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich erfordern die Tarifabschlüsse zwingend Einsparungen an anderer Stelle, aber diese werden eben nicht mit dem Rasenmäherprinzip umgesetzt, und der Senator hat ziemlich deutlich gesagt, wie sie vorgesehen sind.

(Jens Kerstan GRÜNE: Deutlich hat er gar nichts gesagt!)

Personalabbau ist kein Selbstzweck, Personalabbau gibt es auch nicht mit theatralischen Einschnitten, und er geht nicht nur über Pensionsabbau, sondern natürlich über eine ganz klare Aufgabenkritik, die wir schon auf den Weg gebracht haben. Die Auswirkungen der Tarifsteigerung werden wir auf keinen Fall auf dem Rücken der Beschäftigten austragen,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sondern?)

das ist ein wesentlicher Punkt. Deshalb werden wir im Zuge gründlicher aufgabenkritischer Prozesse in den einzelnen Behörden und Einrichtungen und unter Einbeziehung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen prüfen, welche Aufgaben eventuell reduziert werden können und welche wegfallen können. Das haben wir bereits bei der Entflechtungsdrucksache, bezogen auf die Bezirke, getan.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Was muss denn eingespart werden?)

Meine Damen und Herren! Es bleibt dabei: Politik der ruhigen Hand statt Aktionismus, langfristige Finanzplanung statt ein Sich-Überbieten beim Erreichen der Schuldenbremse. Jetzt sprechen Sie nicht mehr von 2013, sondern von 2015, zu Anfang sprach die CDU einmal von 2016. Dieser ganze Aktionismus hilft uns hier überhaupt nicht weiter, sondern wir brauchen eine konsolidierte und vernünftige Finanzpolitik.

Opposition ist immer auch ein Stück weit Regierung in der Warteschleife. Dazu brauchen wir aber Alternativkonzepte, und wenn man hier über Per-

sonal und Tarifsteigerungen spricht und dann auf Hapag-Lloyd und die Elbphilharmonie verweist, dann ist das nicht wirklich ein Konzept, wie Sie mit Tarifsteigerungen in dieser Stadt umgehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Was sind denn die Konzepte der CDU? Keine Tarifierhöhungen bezahlen?

(Dennis Gladiator CDU: Stellen Sie Ihr Konzept mal vor!)

Das Weihnachtsgeld ganz zu streichen, ist das das Konzept gewesen? Wir haben 60 Prozent in die Tarifkonzepte eingebaut, sodass sie auch nicht wieder gestrichen werden können; in den Besoldungstabellen sind diese 60 Prozent eingearbeitet. Nullrunden im öffentlichen Dienst, ist das Ihr Konzept?

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Sven Tode** SPD (fortfahrend): Stadt und Bürger honorieren den klaren und ruhigen Weg des Abbaus der Neuverschuldung und das Erreichen der Schuldenbremse. Andere Fraktionen haben das erkannt und die Verfassungsänderung mitgetragen, Sie von der CDU sind dagegen konzeptlos. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Dr. Tjarks hat das Wort.

**Dr. Anjes Tjarks** GRÜNE:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am bemerkenswertesten an der Rede des Finanzsenators fand ich die Tatsache, wie lange man reden kann und zum eigentlichen Inhalt überhaupt nichts sagt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Katja Suding FDP)

Wenn man sich dafür lobt, Hamburg sei das einzige Bundesland, wo alles friedlich abgelaufen sei, dann möchte ich Ihnen auch sagen, warum das so ist: weil Sie nämlich mit der Wahrheit nicht herausrücken und nicht sagen, wer das gegenfinanzieren soll. Wenn Sie das tun würden, was Sie hier nicht getan haben, dann wäre es bei Weitem nicht mehr so friedlich in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Dann haben Sie doch noch etwas dazu gesagt. Wenn man sich die Differenz zwischen Ihrer Veranschlagung und dem Tarifabschluss anschaut, dann geht es 2013 um 45 Millionen Euro und 2014 um 104 Millionen Euro. Dazu haben Sie gesagt,

**(Dr. Anjes Tjarks)**

diese 104 Millionen Euro würden Sie im Rahmen des Haushaltes auffangen, um dann hinterherzuschieben, 2012 hatten Sie so viele Reste. Das ist wirklich eine nachhaltige Finanzpolitik: 100 Millionen Euro auffangen, weil man einmal im Jahr mehr Reste hat. Sehr geehrter Herr Tschentscher, das ist das Gegenteil von nachhaltiger Finanzpolitik, und es wird der Tag kommen, an dem Sie die Karten in dieser Stadt auf den Tisch legen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich zu dieser denkwürdigen Schriftlichen Kleinen Anfrage 20/7195, in der die CDU-Fraktion abgefragt hat, welche Auswirkungen die Tarifsteigerungen denn auf die Einzelpläne hätten. Ich weiß nicht, ob Sie hier gerade eine noch nicht zensierte Vorfassung in der Hand gehabt haben, aber ich kann nur Folgendes daraus vorlesen – Zitat –:

"Die Überlegungen, in welcher Weise sich die Tarifeinigung auf das Zahlenwerk auswirkt, sind noch nicht abgeschlossen."

Das ist zumindest die Anfrage, wie sie dem Parlament zur Kenntnis gegeben wurde. Das ist aber noch nicht genug, wir selbst haben zehn Tage später einmal nachgefragt. Da waren die Überlegungen auch noch nicht abgeschlossen, und Sie haben plötzlich gesagt:

"Die zusätzliche [...] Belastung durch den [...] Tarifabschluss lässt sich belastbar nicht gegenüber anderen das Personalkostenbudget beeinflussenden Faktoren abgrenzen."

Auf gut Deutsch: Plötzlich kann man das nicht einmal mehr sagen, und ich muss Sie ganz offen fragen, wie der Senat eigentlich behaupten kann, dass eine Konsolidierung des Haushalts über Personalkosten sicherzustellen ist, wenn Sie nicht einmal die Einzelposten auf die Behörden herunterrechnen können. Ich kann mir nicht vorstellen, wie es möglich ist, die Differenz, bezogen auf das gesamte Personalkostenbudget, zu ermitteln, wenn Sie das nicht in Bezug auf die einzelnen Behörden können. Ich habe eher das Gefühl, dass Sie an dieser Stelle mauern. Sie sind nicht klar, und Sie sind auch nicht aufrichtig. Im Gegenteil stellt sich Ihr Bürgermeister, der heute nicht da ist, hier hasenfüßig nicht seiner Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Die SPD-Fraktion hat versucht, ein Konsolidierungskonzept darzulegen, das aber außer ihr selbst scheinbar keiner verstanden hat.

(*Jan Quast SPD*: Herr Tjarks, das traue ich Ihnen aber zu!)

Aufgabenkritik – Fehlanzeige. "Pay as you go" und "pay as you go" im Personalhaushalt – doppelte Fehlanzeige. Und dafür trägt ausnahmsweise kei-

ner der Senatoren die Verantwortung, das ist der Bürgermeister selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Was sind denn Ihre Vorschläge?)

Ich finde es bemerkenswert, Herr Kienscherf, wie fleißig dieser Senat Ausnahmebereiche und Schonbereiche definiert und dann nicht sagt, wo eigentlich genau gespart werden soll. Sie lassen die Verwaltung mit dieser Politik im Regen stehen, die Bezirke sind dafür doch das beste Beispiel. Wenn Sie 90 Prozent Personalkosten haben, dann haben Sie ein Problem, an dieser Stelle weiter zu konsolidieren, und es ist schon leicht peinlich, dass der Bürgermeister seinen eigenen Parteifreunden hier einen Maulkorb verpasst hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dennis Gladiator CDU*)

Unterm Strich: Wenn man den Bürgermeister in seiner eigenen Plakatkampagne beim Wort nimmt – Klarheit, Wahrheit und daraus resultierende Verantwortung –, dann würde ich mir vorstellen, dass man hier eine andere Politik macht und er der Stadt einmal sagt, wie er diese Maßnahmen eigentlich gegenfinanzieren will. Das wäre Klarheit, Wahrheit und auch Verantwortung, und dann – darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel – bleibt es in unserer Stadt nicht so friedlich, wie Sie das gerne hätten. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU – Zuruf von *Gerhard Lein SPD*)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Bläsing hat das Wort.

**Robert Bläsing FDP:**\* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzsenator, der Erste Bürgermeister ist nun auch gekommen – um mir zu lauschen, wahrscheinlich.

(Zurufe von der SPD – Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Herr Bläsing hat das Wort, und die Farbgebung seiner Krawatte spielt hier keine Rolle.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Bläsing, Sie haben das Wort.

**Robert Bläsing FDP:** – Eine Entchenkrawatte.

Herr Finanzsenator, dass Sie nach zwei Jahren Regierung immer noch auf eine schwere Kindheit verweisen, die dieser Senat angeblich hatte, dieses Argument wirkt langsam einfach nur noch lächerlich.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

**(Robert Bläsing)**

Wie unglaublich Sie an dieser Stelle sind, Herr Dr. Tschentscher, kann man sehen, wenn man sich einfach eine "Bild"-Zeitung von vor einem Jahr, April 2012, anschaut. Ich habe auch ein schlaues Tablet, ich habe es noch einmal herausgesucht. Da stellen Sie eine direkte Korrelation zwischen den Tarifsteigerungen und dem Stellenabbau her, das heißt, wenn der Tarifabschluss mehr als 1,5 Prozent beträgt, dann müssen halt zur Not mehr als die geplanten 250 Stellen gestrichen werden. Das haben Sie öffentlich erklärt, und nun soll das alles plötzlich nicht mehr wahr sein, Herr Finanzsenator. Das ist doch alles ein bisschen kurios.

(Beifall bei der FDP)

Ich stelle fest, dass Ihre Personal- und Haushaltspolitik außer Rand und Band ist. Aber man konnte das schon beim Beispiel "pay as you go" sehen, da haben Sie auch insinuiert, das sei alles eine ganz logische Geschichte, wenn irgendwo etwas mehr genommen werde, dann werde an anderer Stelle im Gegenzug etwas abgebaut. Das hat sich nun auch als Schimäre erwiesen, denn da haben Sie mittlerweile gesagt, alles finanziere irgendwie alles. Wenn das hier die Ansage für gutes haushaltspolitisches Regieren sein soll, na dann prost Mahlzeit.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben nun schon selbst Bereiche definiert, aber ich stelle fest oder zumindest haben Sie es bisher nicht anders darlegen können, dass die Suppe, also das Mehr an Tarifsteigerungen, jetzt alle Behörden gleichermaßen auslöffeln sollen. Das ist doch jetzt wohl die Konsequenz. Wenn es nicht so ist, dann stellen Sie es doch dar. Das haben Sie nicht gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Ich stelle fest, dass alle Behörden jetzt gleichzeitig genauso sparen sollen wie die Behörden, die Sie nicht als Schonbereich definiert haben. Und ich stelle auch fest, dass eine Intervention der SPD-Fraktion an der Stelle einmal mehr ausbleibt. Im Gegenteil wird hier wieder alles fleißig bejubelt, Herr Dr. Tode, Herr Quast, hurra, hurra, der Senat macht alles richtig.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Da gehen Sie nicht mehr Ihrem Verfassungsauftrag nach, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(*Jan Quast SPD*: Zur Opposition haben Sie den Verfassungsauftrag, Herr Bläsing, nicht wir!)

Wir haben mit Ihnen zusammen, Hand in Hand mit den GRÜNEN übrigens, die Schuldenbremse in die Verfassung eingebracht, und ich habe mittlerweile größte Zweifel, dass Sie daran wirklich festhalten. Ich habe eher das Gefühl, dass Sie auf den

Pfaden der Schuldenkönigin aus Nordrhein-Westfalen, Frau Hannelore Kraft, wandeln. In die Richtung geht das wohl, das muss man zumindest befürchten, wenn ich mir das so ansehe.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Frank Schira**: Herr Hackbusch hat das Wort.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht die allgemeinen Schuldenköniginnen-Fragen beantworten, sondern auf zwei, drei Aspekte aus der Debatte eben eingehen. Herr Tode, ich habe mich sehr gefreut, dass es sozialdemokratischer Grundsatz ist, sich über die übernommene Tarifierhöhung zu freuen. Ich möchte Sie aber daran erinnern, dass Sie zwar diese Tarifsteigerungen für die Kernverwaltung übernehmen, dass Sie das aber im Zusammenhang mit den sozialen und kulturellen Institutionen in dieser Stadt, die das dringend nötig haben und die mit 0,88 Prozent oder 0 Prozent abgespeist werden, nicht gesagt haben.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Dort wäre das absolut notwendig, dort leisten Zehntausende Menschen eine wichtige Arbeit in dieser Stadt, und Sie sparen auf deren Kosten.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Aber das waren nicht die Tarife!)

Das ist das eine. Auch das gehört zu den Tarifen dazu, wir können Ihnen noch einmal genauer darlegen, wie das alles zusammenhängt, weil die sich daran orientieren.

Das Zweite ist aber die klare Aufgabenkritik. So, wie Sie das definiert haben, werden wir jetzt natürlich mit Interesse in allen Behörden nachfragen, wo sie wie genau ausgesehen hat.

(*Jan Quast SPD*: Tun Sie das!)

Wir haben in allen Bereichen entdeckt – und wir haben überall nachgefragt –, dass dies bisher nicht stattgefunden hat. Das ist ein schönes Wort, aber es ist nicht vorhanden.

Ich will Sie als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch einmal daran erinnern, was denn im Moment Ihre Arbeit ist, die Sie häufig als Abgeordnete machen. Ich sehe mit großer Freude und auch durchaus mit Verständnis, wie Sie gegenwärtig versuchen, verschiedene kleine Sachen bei Zuwendungsempfängern und Institutionen in den Bezirken irgendwie noch zu retten. Ich merke, wie viel Arbeit von Ihnen da hineingeht und wie sehr Sie sich anstrengen. Und Sie merken doch bei dieser Arbeit, dass es gegenwärtig ein zu kleiner Teppich ist, den Sie dort bewegen, dass diese Aufgabenkritik eben nicht vorhanden ist, dass Sie überall zerrren müssen und für die einzelnen Institutionen in

**(Norbert Hackbusch)**

Ihren Wahlkreisen mit uns gemeinsam häufig kämpfen. Das belegt doch, dass genau diese Aufgabenkritik als solche nicht vorhanden ist. Und das ist deswegen ein Problem – nicht für dieses Jahr, das wird alles noch gehen, aber für die Perspektive –, weil es um acht Jahre Perspektive geht. Auf eine Perspektive von acht Jahren 10 Prozent weniger Bürokratie – da weiß ich nicht, wie das gehen soll, das müssen Sie darstellen. 15 bis 20 Prozent weniger für die sozialen und kulturellen Institutionen dieser Stadt, das müssen Sie darstellen. Diese Stadt wird nicht wiederzuerkennen sein, wenn Sie sich durchsetzen; das werden wir verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Wersich hat das Wort für zwei Minuten.

**Dietrich Wersich** CDU: Meine Damen und Herren! So etwas haben wir bisher im Parlament selten oder noch nie erlebt, dass der Finanzsenator glaubt, er hätte dem Parlament – das war einer der Kernvorwürfe – die Auswirkungen auf alle Behörden dargestellt, und er sich dann nicht nur eines Besseren hat belehren lassen müssen, sondern – wir alle sind in den letzten Minuten Zeugen des Schauspiels geworden, wie die hektische Kommunikation auf der Senatsbank deutlich gemacht hat –, dass diese Transparenz gegenüber dem Parlament offenbar durch direkte Einflussnahme der Senatskanzlei verhindert worden ist.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Dass Sie, Herr Finanzsenator, das nicht wissen und es hier so offenbar wird, das erfordert, dass Sie noch einmal ans Rednerpult treten und dem Parlament sagen, wie es wirklich ist.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD:* Ach, hören Sie doch auf!)

Dieses weist auch auf die Einflussnahme der Senatskanzlei in Bezug auf die Unterdrückung wichtiger Informationen in dieser Angelegenheit hin, und es ist heute ein bemerkenswerter Vorgang, der Sie viel von dem Image kostet, das Sie bisher haben.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD:* Was Sie alles gemacht haben!)

Der zweite Vorwurf war, dass das Chaos in den Behörden nur in unseren Köpfen existieren würde. Mir liegen eine ganze Reihe von Schreiben vor – aus der Bezirksverwaltung, der Finanzbehörde –, die genau dieses Chaos belegen. Sie sagen, dass die Stellen der Lebensmittelkontrolleure nicht nachbesetzt werden dürfen, dass die ASD-Stellen nicht nachbesetzt werden können, dass das Personal zur Vorbereitung des Volksentscheids und

der Bundestagswahl nicht eingestellt werden kann oder dass die Nachwuchskräfte nicht übernommen werden dürfen. Das haben wir schwarz auf weiß, und da können Sie nicht sagen, das Chaos bestehe nur in den Köpfen der Opposition. Nein, es besteht in Ihren Behörden und ist die Folge Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Als Letztes nenne ich Ihnen dafür einen weiteren Beleg. Mir liegt ein E-Mail-Schriftverkehr zwischen Staatsräten und Bezirksamtsleiter vor, in dem es heißt, wegen des Artikels in der "Hamburger Morgenpost": "Der Senat riskiert die Gesundheit der Kinder" wurde offen über die Frage diskutiert, wie die Steuerungsfähigkeit trotz der haushalterischen Vorgaben erhalten bleiben kann, sowohl für den Bereich der Hilfen zur Erziehung als auch für die Eingliederungshilfe. Man plant, dazu eine haushaltswirksame Drucksache in die Bürgerschaft einzubringen. Das sind die Sorgen und Nöte Ihrer Mitarbeiter. Diese Schönrederei, die wir hier erlebt haben, hilft nicht. Sie müssen dazu Stellung nehmen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Da vereinbarungsgemäß die Fortsetzung der Aktuellen Stunde am morgigen Donnerstag entfällt, ist somit die Aktuelle Stunde beendet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 16, Drucksache 20/7202, Senatsantrag: Entwurf eines Hamburgischen Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Ausschluss unzuverlässiger Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge (Hamburgisches Korruptionsregistergesetz).

**[Senatsantrag:**

**Entwurf eines Hamburgischen Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Ausschluss unzuverlässiger Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge (Hamburgisches Korruptionsregistergesetz – HmbKorrRegG) – Drs 20/7202 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Tabbert, und Herr Tabbert hat das Wort.

**Urs Tabbert** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Ent-

**(Urs Tabbert)**

schließungsantrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion zur Abgeordnetenbestechung und der Verabschiedung des Transparenzgesetzes im vergangenen Jahr debattieren wir heute über einen weiteren Meilenstein zur Korruptionsbekämpfung: die Wiedereinführung eines Korruptionsregisters. Wiedereinführung muss man sagen, denn Hamburg hatte bereits ein Korruptionsregister, das allerdings die CDU-Alleinregierung 2006 leider wieder abgeschafft hat. Zwar ist auch meiner Fraktion klar, dass es sich hierbei nicht um ein Allheilmittel handelt und dass es noch wünschenswerter wäre, ein bundesweites Korruptionsregister einzurichten, wie ich es heute ausgerechnet einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion entnommen habe. Allerdings habe ich mir bei dieser Lektüre etwas die Augen gerieben, denn man fragt sich, warum die aktuelle Bundesregierung von CDU/CSU und FDP nicht schon längst ein derartiges Register eingerichtet hat. Offenbar hat jedenfalls der Einfluss der Hamburger CDU im Bund dafür bislang nicht ausgereicht.

(Beifall bei der SPD)

Weil Korruption nicht an Ländergrenzen halt macht, ermöglicht der heute debattierte Gesetzentwurf die Kooperation mit vergleichbaren Stellen in anderen Bundesländern. Insbesondere in unserem Nachbarland Schleswig-Holstein hat die Zusammenarbeit in Sachen Korruptionsregister bereits konkrete Gestalt angenommen und ist ein weiteres Paradebeispiel dafür, wie sinnvolle Nord-Kooperation funktionieren kann.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne würden wir uns natürlich freuen, wenn sich auch unser Nachbarland Niedersachsen demnächst an einem gemeinsamen Register beteiligen würde.

Worum geht es? Es geht in allererster Linie um den Schutz des ehrbaren Kaufmanns. Unser Ziel ist es, Korruption und unfaire Wettbewerbsvorteile gegenüber ehrlichen und ehrbaren Unternehmern effektiv zu bekämpfen. Dies erfordert eine transparente Auflistung eben jener Unternehmer, die sich nicht an Recht und Gesetz halten. Wer seine Geschäfte durch Korruption und anderes wirtschaftskriminelles Handeln tätigt, darf nicht belohnt, sondern muss konsequent von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf einen ebenso pauschalen wie unrichtigen und mehrfach geäußerten Vorwurf eingehen, Frau Kollegin Prien.

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Herr Tabbert, einen kleinen Moment. Der Geräuschpegel ist einfach zu hoch. Herr Tabbert

hat das Wort, und ich bitte Sie, sich entsprechend zu verhalten. Herr Tabbert, Sie haben das Wort.

**Urs Tabbert** SPD (fortfahrend): Danke.

Es dürften nicht alle Unternehmen unter Generalverdacht gestellt werden, sagten Sie, Frau Prien. Das geschieht aber auch gar nicht. Dafür empfehle ich einen Blick in den Gesetzentwurf, Paragraph 2 Absatz 3. Für eine Eintragung in das Register ist nämlich eine rechtskräftige Verurteilung oder ein bestandskräftiger Bußgeldbescheid erforderlich. Im Übrigen darf auch kein vernünftiger Zweifel am Vorliegen einer schweren Verfehlung verbleiben. Jeder Jurist weiß, dass dies auch die Anforderung an ein gerichtliches Urteil ist. Von Generalverdacht ist also keine Spur zu sehen, nicht mal von einem Verdacht, wie Sie es angedeutet haben.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth* FDP: Das ist falsch, was Sie vortragen, Herr Tabbert!)

– Lesen Sie den Paragraphen 2 Absatz 3. Das können wir im Faktencheck einmal klären, Herr Kollege Kluth.

Es ist schon – ich spreche einmal für Westernfreunde – ein rauchender Colt erforderlich, damit ein Unternehmen in dem geplanten Register überhaupt Eingang findet. Wie gesagt, wir können das gern überprüfen. Wichtig ist uns aber auch, offenbar im Gegensatz zur CDU, dass es nicht bloß zur Verfolgung einzelner Straftäter kommt, sondern dass auch Aufsichts- und Organisationsverschulden sowie das Handeln von geschäftsführenden oder leitenden beziehungsweise das Unternehmen rechtlich vertretenden Personen dem gesamten Unternehmen zugerechnet wird. Wenn zum Beispiel ein Bauleiter korrupt im vermeintlichen Interesse eines Unternehmens handelt, dann ist das eben mehr als dessen persönliche Privatsache. Auch der Einwand, das Gesetz gefährde Arbeitsplätze, erweist sich bei näherer Betrachtung als Scheinargument.

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Im Gegenteil!)

Allein durch die Einführung eines Korruptionsregisters wird kein öffentlicher Auftrag weniger vergeben werden. Dies zeigen auch die positiven Erfahrungen in anderen Bundesländern wie zum Beispiel Berlin oder Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Der relativ geringe bürokratische Aufwand, der durch Einführung des Registers entsteht, ist aus unserer Sicht in jedem Fall durch den gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen gerechtfertigt, denn wer sein Unternehmen gewissenhaft führt, der muss honoriert und vor Wettbewerbsnachteilen durch schwarze Schafe geschützt werden. Wir wollen ausdrücklich schwarzen Schafen die Rote Karte zeigen.



**(Urs Tabbert)**

(Beifall bei der SPD)

Das Register ist zudem ein starkes präventives Signal, da ein Eintrag eine abschreckende Wirkung erzielen wird. Auch das ist uns ein wichtiges politisches Anliegen, meine Damen und Herren. Unlauterer Wettbewerb definiert sich aber nicht nur über Korruptionsdelikte. Deshalb ist es gut und richtig, dass das neue Register weit gefasst ist und zum Beispiel auch Verstöße gegen das Mindestarbeitsbedingungsgesetz, Geldwäsche und Straftaten gegen die Umwelt einbezieht. Insofern kann man durchaus überlegen, ob nicht eine Umbenennung des Gesetzes, da es eben um mehr als Korruption geht, vielleicht angezeigt wäre. Das können wir dann gegebenenfalls im Ausschuss diskutieren. Um schließlich keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, betone ich: Dies ist kein Gesetz gegen die Wirtschaft, dies ist ein Gesetz für die Wirtschaft. Wer dies anders sieht, der muss zum einen erklären, welches gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Interesse daran bestehen kann, dass einige schwarze Schafe von öffentlichen Vergaben und Aufträgen profitieren – dabei geht es meist um beträchtliche Summen aus Steuergeldern –, wohingegen die überwiegende Mehrheit der ordentlich und gewissenhaft wirtschaftenden Unternehmen faktisch von denselben Vergaben ausgeschlossen ist. Wir setzen deshalb ausdrücklich, auch im Verein mit der Wirtschaft, das heißt etwa der Handelskammer, auf Kooperation mit den potenziell betroffenen Akteuren, zum Beispiel durch sogenannte Compliance-Zertifikate. Diese sollen dazu führen, dass von einer Registeranfrage abgesehen werden kann, und ich betone – kann. Hieran wurde bereits von grüner Seite etwas voreilig, wie ich finde, Kritik geäußert, denn man muss sehen, dass ein derartiges Compliance-System unter dem Regime eines Korruptionsregisters natürlich etwas anderes ist als ohne ein solches Regime. Wenn das Register dazu führt, dass sich mehr Unternehmen um das Thema Compliance kümmern, etwa durch Ausdehnung des Vier-Augen-Prinzips auf kritische Unternehmensprozesse und Entscheidungen, dann kann uns das allen doch eigentlich nur recht sein, wobei eines klar bleibt: Kein Compliance-Zertifikat soll ein Unternehmen davor schützen können, dass wichtige, eintragungsrelevante Tatsachen in das Korruptionsregister bei einer Vergabeentscheidung maßgeblich berücksichtigt werden. Dies sieht das Gesetz im Übrigen auch nicht vor.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt noch eine Reihe von Punkten, die man vertiefter diskutieren kann. Meine Fraktion beantragt deshalb, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss zu überweisen, wobei uns wichtig ist, dass dann die thematisch mitbetroffenen Ausschüsse für Justiz, Wirtschaft und Stadtentwicklung dazu geladen werden. Ich hoffe auf ei-

ne konstruktive Beratung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Frau Prien.

**Karin Prien** CDU:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es steht außer Frage, dass es auch für die CDU-geführten Senate in den vergangenen zehn Jahren ein außerordentlich wichtiges Anliegen war, gegen Wirtschaftskriminalität und Korruption in unserer Stadt vorzugehen. Das haben Sie freundlicherweise in der Begründung zu Ihrer Drucksache auch hervorgehoben. Insofern brauchen wir uns nicht gegenseitig vorzuwerfen, dass wir kein Interesse an der Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität hätten.

Ich will besonders hervorheben, dass es auch die Hamburger Wirtschaft ist, die sich in eigener Verantwortung um die Bekämpfung von schwarzen Schafen und Korruption kümmert. Das ist in Hamburg eine gute Tradition. Sie, Herr Tabbert, haben gesagt, es ginge letztlich um den Schutz des ehrbaren Kaufmanns. Darin sind wir uns einig, und darin sind wir uns, Gott sei Dank, auch mit der Hamburger Wirtschaft einig. Die allermeisten Unternehmen in unserer Stadt sind verantwortungsbewusst, sind gesetzestreu und haben es sicherlich nicht verdient, von Ihnen mit einem Generalverdacht überzogen zu werden. Ich will Ihnen gleich auch erklären, warum Sie das mit Ihrem neuen Gesetz tun.

(Beifall bei der CDU)

Sie tun es schon deshalb – das haben Sie sogar schon erkannt, wie ich erfreulicherweise Ihrer Rede entnehmen konnte –, weil Sie dieses Register, das Sie schaffen wollen und das sicherlich kein Allheilmittel ist, Korruptionsregister nennen. Warum tun Sie das? Es geht doch um ein Vergaberecht. Es geht darum, Unternehmen bei vergaberechtlichen Entscheidungen zukünftig aufgrund von Kriterien, die Sie übrigens heute schon bei Vergabeentscheidungen anwenden können, nicht zu berücksichtigen. Sie tun so, als ob die neue eierlegende Wollmilchsau erfunden wurde. Das ist sachlich falsch, und insofern sollte man das auch sagen. Der Ausdruck Korruptionsregister ist irreführend und deshalb nicht angemessen, aber das werden wir im entsprechenden Ausschuss noch beraten können. Sie wissen genau wie wir, dass die Verwendung von Begriffen Bewusstsein schafft. Sie reden einer allgemeinen Korruptionshysterie, die wir in unserem Land momentan beobachten können, das Wort. Wir lehnen das ab und meinen, dass wir den Unternehmen in unserem Land, die zum größten Teil gesetzestreu sind, damit Unrecht tun und das lassen sollten.

**(Karin Prien)**

(Beifall bei der CDU)

Der Paramentsdokumentation habe ich entnehmen können, dass das Korruptionsregister eines Ihrer Lieblingsbabys, besonders das von Herrn Dressel, in den vergangenen Legislaturperioden war. Das war die Sau, die regelmäßig durchs Dorf getrieben wurde. Ich finde es erstaunlich, dass Sie sich jetzt auf dieses 2004er-Korruptionsgesetz berufen, obwohl alle Experten sagen, dass es handwerklich wirklich miserabel gemacht wurde, und im Ergebnis hat es zu keiner einzigen Eintragung geführt. Das ist also vielleicht eine Referenz, auf die sich nicht berufen sollten.

(Beifall bei der CDU – Urs Tabbert SPD: Warum haben Sie denn kein besseres gemacht?)

In der Sache sind wir tatsächlich der Auffassung, dass es sinnvoll wäre, und das vertreten wir als Hamburger CDU schon seit vielen Jahren, ein Bundeskorruptionsregister einzuführen. Wir alle wissen, dass Vergabeverfahren national oder sogar europaweit ausgeschrieben werden. Man braucht keinen Flickenteppich an Korruptionsregistern. Deshalb macht Ihr Gesetzesvorstoß auch dem Grunde nach keinen Sinn.

(Urs Tabbert SPD: Herr Mißfelder sieht das aber anders!)

Sinn hätte es vielleicht noch gemacht, das im norddeutschen Verbund zu lösen. Das ist Ihnen leider auch nicht gelungen. Aufgrund der Tatsache, dass im Deutschen Bundestag im Februar in den entsprechenden Ausschüssen überall die Einrichtung eines Bundeskorruptionsregisters verhandelt wurde, ist doch zu fragen, warum Sie das jetzt machen. Das ist doch Aktionismus, das ist keine solide Politik, Sie sollten davon ablassen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen die Flickenteppichlösung, weil es Ihnen nicht gelungen ist, die anderen norddeutschen Länder und auch die übrigen Bundesländer mit ins Boot zu holen. Das macht es aber nicht besser. Insofern haben wir große Probleme mit der Einführung eines isolierten hamburgischen Korruptionsregisters. Darüber hinaus ist der Gesetzentwurf selbst – anders, als Sie, Herr Tabbert, uns eben haben glauben lassen wollen – bei den Ausgangsvoraussetzungen doch nicht richtig gelungen, denn Sie knüpfen nicht nur an ein rechtskräftiges Urteil oder einen Strafbefehl an. Darüber könnte man diskutieren. Sie knüpfen sehr wohl auch an Paragraph 153a StPO an. Wir alle wissen aus den Diskussionen der vergangenen Tage, dass auch hier die Unschuldsvermutung gilt und eben nicht ein hinreichender Tatverdacht bewiesen wäre. Die Anknüpfung an den Paragraphen 153a StPO halten wir für außerordentlich bedenklich.

(Urs Tabbert SPD: Das sieht die Rechtsprechung anders, das wissen Sie, nicht!)

Insofern würden wir auch über diese Frage selbstverständlich noch im Ausschuss diskutieren wollen. Alles in allem halten wir es für sinnvoll, dieses noch nicht wirklich ausgefeilte Gesetz im Ausschuss zu beraten. Wir werden uns an der Beratung kritisch und konstruktiv beteiligen. Wir wollen einmal sehen, ob dann etwas Ordentliches dabei herauskommt.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Tjarks hat das Wort.

**Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:\*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg braucht ein Korruptionsregister. Wir haben mit großer Sympathie diesen Antrag zur Kenntnis genommen. Ich glaube, es war fast der erste Antrag, den die SPD-Fraktion in dieser Legislaturperiode in die Bürgerschaft eingebracht hat. Insofern ist die Aussage von Frau Prien nicht ganz ungerechtfertigt, dass Herr Dressel dort hinterher ist. Wir freuen uns erst einmal, dass Sie es nach zwei Jahren, das war zugegebenermaßen lange, geschafft haben, vielleicht auch gegen Teile des eigenen Senats ein bisschen etwas auf den Weg zu bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Für uns ist klar, dass kriminelle Handlungen wie Korruption und Schwarzarbeit – wie man das Gesetz am Ende nennt, ist uns gleichgültig, vielleicht haben Sie einen besseren Vorschlag – nicht nur strafrechtliche Folgen für die handelnden Personen haben dürfen. Wir glauben auch, dass sich Unternehmen ihrer Verantwortung stellen müssen. Wir sagen hier sehr klar: Deutschland und Europa müssen alte Rechtstraditionen überdenken, nach denen Straftaten nur Einzelpersonen zugeordnet werden. Dafür sprechen Fälle, wie es sie zuletzt mehrfach in der großen deutschen Industrie gab. Ich verweise auf Siemens, die im Ausland massiv geschmiert haben, oder ThyssenKrupp, die mehrere Kartellverfahren an der Backe haben, von denen im Übrigen auch die Stadt Hamburg betroffen ist. Wir hatten mehrere Bankenskandale, die wirklich viel Geld gekostet haben. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, ein Unternehmensstrafrecht in Deutschland einzuführen, und ein Korruptionsregister ist ein richtiger Schritt dahin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht nur auf Korruption beschränkt, sondern berücksichtigt viele andere Straftatbestände wie Abgeordnetenbestechung, Betrug, Urkundenfälschung, Schwarzarbeit. Wir finden diesen Ansatz richtig, haben uns aber gefragt, wieso beispielsweise Verstöße gegen das Kartellrecht nicht aufgenommen sind. Das gilt ins-

**(Dr. Anjes Tjarks)**

besondere, wenn man den Fall ThyssenKrupp bedenkt, die deutschlandweit in Bezug auf Eisenbahnschienen, auf Aufzüge, auf Rolltreppen, wovon sie auch viele in Hamburg gebaut haben, ein Kartell aufgebaut haben. Warum dieses Unternehmen dann am Ende nicht von diesem neuen Gesetz betroffen sein soll, können Sie uns gern im Ausschuss erklären.

Wir finden es auch richtig, dass gemeinsam mit Schleswig-Holstein und vielleicht auch mit Niedersachsen ein Korruptionsregister angegangen werden soll. Wenn ein Unternehmen aus Norderstedt auf der Schwarzen Liste landet, dann sollten Hamburger Behörden davon erfahren. So weit sind wir einverstanden. Unsere Kritik ist – Herr Tabbert, Sie sprachen das schon an –, dass man das Gefühl hat, Ihnen hätte das Hinterhaus massiv dazwischengefunkt. Sie haben einen Wirtschaftssenator, der sich vor seiner Zeit als Wirtschaftssenator massiv dagegen geäußert hat. Als Wirtschaftssenator hat er sich gar nicht mehr dazu geäußert. Man bekommt auch das Gefühl, dass er es ein bisschen verzögert und verschleppt hat. Wir finden, Sie haben einen grundlegenden Bug in Ihr Gesetz eingebaut.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Bug?)*

– Für Sie, Herr Ritter: Der Fehler, Millenium-Bug.

Wir glauben, dass der Fehler dieses Registers das Compliance-Verfahren ist. Unternehmen haben die Möglichkeit, sich durch einen Compliance-Kodex der Überprüfung zu entziehen. Niemand weiß, wie dieser Compliance-Kodex aussieht. Er wird auch nicht vom Senat erarbeitet, schon gar nicht von der Bürgerschaft, sondern von der Handelskammer, die das Korruptionsregister ablehnt. Sie haben gesagt, dass dieser Compliance-Kodex dazu führen kann, dass solche Unternehmen nicht überprüft werden. Die Betonung liegt auf "kann", richtig, aber genau deswegen macht man diese Regelung doch, damit es am Ende auch dazu führt. Es stellt sich natürlich schon die Frage, welche Unternehmen sich an die Handelskammer wenden, damit diese Regelung kommt. Das könnten natürlich genau solche Unternehmen sein, die am Ende im Zwielficht stehen. Es muss nicht, aber es kann dazu führen, dass dieses Korruptionsregister deshalb wieder dort landet, wo das vorige schon war, nämlich in der Unwirksamkeit. Das würden wir gern verhindern. Wir glauben, dass an dieser Stelle nachgearbeitet werden muss, und dazu haben wir die Ausschussberatung.

Ein weiterer Punkt, der uns sehr umtreibt, ist die Frage der Ausschreibungen. Wenn man, wie im Bereich Reinigungsgewerbe, Ausschreibungen gar nicht vornimmt, dann bringt natürlich ein Korruptionsregister auch nichts, weil nie überprüft wird, ob etwas rechtmäßig abgelaufen ist. Auch hier müssen Sie unseres Erachtens nacharbeiten. Unterm Strich: Wir wollen ein wirksames Korruptionsregis-

ter. Wir würden uns freuen, wenn man dieses Compliance-Verfahren noch einmal überdenkt und vielleicht auch ausbuchstabiert, bevor man es verabschiedet, und wir würden uns wünschen, wenn möglichst viele Fraktionen in diesem Haus daran mitarbeiten würden.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Dr. Kluth hat das Wort.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth** FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kann eigentlich zum Thema Korruptionsbekämpfung keine zwei Meinungen geben. Der Bund, die Länder und die Kommunen geben jedes Jahr etwa 400 Milliarden Euro im Rahmen von öffentlichen Aufträgen aus. Dass dabei die Vergabe sauber und rechtlich einwandfrei läuft, liegt nicht nur im Interesse der Steuerzahler, das liegt vor allen Dingen auch im Interesse derjenigen Unternehmen, die sich dabei rechtstreu und anständig verhalten. Die FDP hat daher schon im Jahr 1997 unter Federführung des liberalen Justizministers Schmidt-Jortzig das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption im Bundestag durchgesetzt.

*(Beifall bei der FDP)*

Nun kann man sich die berechtigte Frage stellen, ob dieses Gesetz heute, also 16 Jahre später, noch ausreichend ist. Der Bundestag hat dazu gerade im Februar eine Expertenanhörung durchgeführt. Die Zahlen, die dort unter anderem vom Bundeskriminalamt vorgetragen wurden, sind in der Tat alles andere als erfreulich. Der Schaden durch Wirtschaftskriminalität liegt danach bei 4,6 Milliarden Euro pro Jahr, allein der Schaden durch Korruption bei 276 Millionen Euro. Alles spricht also dafür, mehr gegen Korruption zu unternehmen. Ich und die FDP-Fraktion unterstützen daher ausdrücklich die von Transparency International mitangestoßene Diskussion.

*(Beifall bei der FDP)*

Auf einem ganz anderen Blatt steht aber die Frage, ob dieser vom Senat vorgelegte Gesetzentwurf dabei ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wer sich den Gesetzentwurf sorgfältig durchliest, der kann eigentlich nur zu einem Ergebnis kommen: Er ist es nicht. Wie auch schon beim Spielhallenge-setz oder beim Passivraucherschutzgesetz zeigt sich, dass gut gemeint häufig der größte Feind von gut gemacht ist. Das ist auch hier so. Der vorliegende Entwurf ist jedenfalls aus unserer Sicht politischer und auch handwerklicher Murks. Das werde ich Ihnen an mehreren Punkten erläutern.

*(Beifall bei der FDP)*

Erstens: Es fehlt für den Gesetzentwurf bislang an jeder Faktengrundlage. Korruption, Steuerhinter-

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

ziehung und auch Sozialversicherungsbetrug sind auch schon jetzt strafbar. Daher stellt sich die Frage, welchen Nutzwert darüber hinaus ein Register hat. Denn wer eine neue Einrichtung oder ein neues Gesetz schaffen will, der muss erst einmal den öffentlichen Nutzen unter Beweis stellen, also konkret die Frage stellen, welche wissenschaftlichen Evaluationen eigentlich aus Nordrhein-Westfalen oder aus Berlin über die dort bestehenden Register vorliegen. Solche Evaluationen gibt es nicht. Sie finden auch in der Gesetzesbegründung des vorliegenden Gesetzentwurfs hierzu kein Wort. Ohne solch eine Grundlage ist Ihre Initiative zunächst einmal nichts anderes als reiner Aktionismus.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens: Sie wollen ein Register schaffen, in dem insgesamt, ich habe es nachgezählt, 53 verschiedene Straftatbestände eingetragen werden sollen, angefangen bei Vermögensdelikten über Steuerhinterziehung bis hin zur Bildung terroristischer Vereinigungen oder Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Das bedeutet einen unglaublichen Aufwand für die Hamburger Justiz, die dieses Register mit Verfahren und Angaben füttern soll. Datenschutzrechtlich ist das problematisch und außerdem völlig überflüssig, denn es gibt doch schon das Bundeszentralregister, in dem genau diese Straftaten, die jetzt noch einmal erfasst werden, bereits registriert sind. Es reicht also eigentlich die Genehmigung aus, bei Ausschreibungsverfahren ein polizeiliches Führungszeugnis einzuholen, Paragraph 30 Bundeszentralregistergesetz. Ein Korruptionsregister braucht es jedenfalls dazu nicht.

(Beifall bei der FDP)

Drittens: Wir haben nicht nur ein Bundeszentralregister, sondern es gibt auch das Bundesgewerbezentralregister. Auch hier hätte dem Senat ein Blick in das Gesetz nicht geschadet, denn auch dort werden bereits heute Gewerbeuntersagungen und eine Vielzahl anderer Straftaten und Ordnungswidrigkeiten mit Gewerbebezug gespeichert, ausdrücklich auch Verstöße gegen das Schwarzarbeitsgesetz, ausdrücklich auch Verstöße gegen Paragraph 266a StGB, also Sozialversicherungsbetrug, oder Verstöße gegen die Paragraphen 15 und 15a Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, also genau die Straftatbestände, die Sie jetzt im hamburgischen Register noch einmal, also doppelt, speichern lassen wollen. Auch hier gilt: Eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister reicht aus; eines neuen Registers bedarf es dazu nicht.

(Beifall bei der FDP)

Viertens: Das ist schon gar nicht mehr witzig. In das Register sollen nicht nur – Herr Tabbert, hier haben Sie dem Parlament eben etwas Falsches vorgetragen – rechtskräftige Urteile oder Bußgeldbescheide eingetragen werden, sondern es sollen

nach Paragraph 4 Absatz 1 Satz 1 bei Straftatbeständen nach Paragraph 2 schon die Einleitung des Ermittlungsverfahrens ausreichen. Das ist nichts anderes als die Aufgabe des Grundsatzes der Unschuldsumutung. Das ist außerdem geradezu eine Einladung, seinen Wettbewerber durch falsche Beschuldigungen oder anonyme Denunziation aus dem Rennen zu schießen. Das ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht in Übereinstimmung zu bringen und wird daher mit der FDP nicht zu machen sein.

(Beifall bei der FDP)

Fünftens: Das Gleiche gilt – Frau Prien hat es schon angesprochen – für Eintragungen von nach Paragraph 153a StPO eingestellten Verfahren. Für alle Nichtjuristen, das sind solche Verfahren, die gegen eine Auflage oder eine Geldbuße eingestellt werden, weil entweder kein öffentliches Strafverfolgungsinteresse besteht oder die Schuld gering ist. Was wird die Folge sein, wenn ernsthaft auch solche Einstellungen nach 153a StPO zukünftig in das Register eingetragen werden? Logisch, niemand wird sich mit solchen Verfahrenseinstellungen zukünftig noch einverstanden erklären können. Das aber wäre ein rechtspolitischer Irrweg und bedeutet erhebliche zusätzliche Belastungen für unsere Gerichte, bei denen – darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig – die Verfahrensdauern ohnehin schon viel zu lang sind.

(Beifall bei der FDP)

Sechstens: Was nutzt ein Flickenteppich von 16 isolierten landesweiten und zwei bundesweiten Registern? Ich glaube, gar nichts, denn Korruption macht bekanntlich nicht an Ländergrenzen halt.

Siebtens: Auch in diesem Fall ist "pay as you go" für diesen Senat Schnee von gestern. In der gesamten Drucksache findet sich daher kein Wort über den Personalaufwand und die Kosten der Registerführung oder auch Kosten bei der Justiz und der Verwaltung, die dieses massiv füttern sollen.

Achtens: kein Bürokratienkostencheck. Es gibt kein Wort dazu, welche Kosten das Gesetz für diejenigen Unternehmen verursacht, die sich bereits jetzt anständig und korrekt an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen.

Neuntens: Dass ein hamburgisches Register Korruptionstäter tatsächlich abschreckt, ist bislang weder bewiesen, noch ist es menschlich nachvollziehbar. Denn selbstverständlich sind Korruption, Steuerhinterziehung und Sozialversicherungsbetrug bereits heute strafbar und in schweren Fällen mit mehrjährigen Haftstrafen oder hohen Geldstrafen bedroht, ohne dass dies bislang eine durchschlagende Abschreckungswirkung gezeigt hätte.

Zehntens und Letztens: Die FDP hält es daher für besser, nicht nur auf Repression zu setzen. Wir wollen nicht nur die schwarzen Schafe zählen,

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

sondern lieber die weißen Schafe belohnen. Wir halten es daher für den besseren Weg, anstelle eines überflüssigen, kostenträchtigen und zumal bürokratischen neuen Korruptionsregisters lieber ein Positivregister für solche Unternehmen zu schaffen, die gute Compliance-Konzepte nachgewiesen haben. Wir freuen uns auf spannende Diskussionen im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Frau Schneider hat das Wort.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

**Christiane Schneider** DIE LINKE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in dieser und der letzten Legislaturperiode bereits öfter über die Frage der Korruptionsbekämpfung diskutiert. Frau Prien, Sie sprachen von Korruptionshysterie. Tatsächlich ist aber Korruption auch in der Bundesrepublik Deutschland ein großes wirtschaftliches Problem. Ich finde interessant, dass wir unterschiedliche Zahlen haben – wenn Sie sich alle unterhalten, dann spreche ich eben nur zu Frau Prien –, aber vor ungefähr einem Jahr erschien in der "Welt" ein Bericht, laut dem Forscher davon ausgehen, dass in der Bundesrepublik Deutschland zurzeit jährlich ein wirtschaftlicher Schaden von 250 Milliarden Euro für die gesamte Wirtschaft verursacht wird. Und solch einen Schaden kann sich keine Gesellschaft leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Korruption ist auch ein großes Problem für die Demokratie, daran möchte ich erinnern. Wenn private Unternehmen staatliche Stellen schmieren und ihre Profitinteressen damit direkt auf staatliches Handeln durchgreifen, dann untergraben sie demokratische Entscheidungsprozesse, und zwar zum Nachteil der Öffentlichkeit. Ein Problem gibt es also auf jeden Fall. Deshalb finden wir es grundsätzlich gut, dass jetzt ein Gesetzentwurf vorliegt.

Frau Prien, ich möchte auch Sie daran erinnern, warum dieser jetzt vorliegen muss und warum wir das gut finden. 2008 ist der Versuch einer Bundesregelung gescheitert; darauf wird in der Gesetzesbegründung hingewiesen. Der Bundesrat hatte damals vergeblich angemahnt, den Gesetzentwurf zur Modernisierung des Vergaberechts zu erweitern und die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung eines bundesweiten Registers für schwere Verfehlungen von Bieterern zu schaffen. Nun umgeht der Senat die Blockadepolitik von Schwarz-Gelb auf Bundesebene und legt einen Gesetzentwurf vor, der die Kooperation mit Nachbarländern oder eben eine bundesweite Lösung offenhält. Das begrüßen wir prinzipiell.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen auch – und hier stimme ich mit Herrn Kluth überhaupt nicht überein –, dass unser Einwand, den wir in der letzten Legislaturperiode gegen einen Gesetzentwurf der SPD – Sie waren damals in der Opposition – in der Bürgerschaft zur Debatte gestellt haben, im jetzigen Gesetzentwurf berücksichtigt ist. In Ihrem damaligen Entwurf trug die SPD der Unschuldsvermutung nicht ausreichend Rechnung. Es ging darum, dass der Eintrag in das Register bereits dann erfolgt, wenn die Anklage zugelassen wird. Das Problem ist jetzt behoben. Herr Kluth, bei dem Paragraphen 4 geht es nicht um den Eintrag in das Register, sondern um die Mitteilung an die Informationsstelle, und zwar über die Eröffnung und den Abschluss eines Verfahrens. Das betrifft nicht die Unschuldsvermutung, sondern ist wirklich etwas anderes als der Eintrag in ein Informationsregister.

Ein großes Problem, auf das ich bei dieser Gelegenheit hinweisen möchte, ist mit einem Hamburger Gesetz generell nicht zu lösen. Deutschland hat nach wie vor weder die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert noch das Strafrechtsabkommen über Korruption des Europarats. Dazu bedarf es unter anderem und vor allem einer Erweiterung des jetzigen Paragraphen 108e des Strafgesetzbuches, nämlich der Abgeordnetenbestechung, was von Schwarz-Gelb bisher verhindert wird. Die jetzige Fassung des Paragraphen 108e beschränkt den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung auf den eher kleineren Teilbereich des Stimmenkaufs beziehungsweise Stimmenverkaufs. Auch die Empfehlungen des Europarats, mehr Transparenz im Bereich der Parteienfinanzierung zu schaffen, werden missachtet. Das ist kein geringes Problem für die Demokratie, muss jedoch auf Bundesebene geregelt werden, und zwar hoffentlich nach den nächsten Wahlen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die politische Wirkung, die von der Einrichtung eines Korruptionsregisters in Hamburg ausgeht, ist sicher hilfreich für die bedingungslose und umfassende Bekämpfung von Korruption. Die einzelnen Regelungen des Gesetzentwurfs können wir dann gern im Ausschuss erörtern.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Senator Dr. Tschentscher.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Vorhaben des Korruptionsregisters spricht für sich. Frau Prien, ich würde wegen des Begriffs "Korruptionsregister" nicht gleich weglaufen. Es geht um Wirtschaftskriminalität und Korruption, aber nicht nur – insofern

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

haben Sie recht –, sondern es geht auch um wettbewerbswidriges Verhalten, illegale Beschäftigung und viele andere Dinge dieser Art. Das wirkt für Unternehmen auf den ersten Blick schwierig, aber wir haben die Hinweise der Kammern und Verbände aufgenommen. Es ist gut für die Mehrzahl der Betriebe, wenn die schwarzen Schafe, die es leider gibt, von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen werden, ohne dass man etwas vergisst und übersieht. Weil das Konzept so überzeugend ist, hat es Freunde gefunden. Wir wollen das gern gemeinsam mit anderen Ländern betreiben. Es gibt schon ein deutliches Interesse in Schleswig-Holstein, vielleicht auch in Niedersachsen. Der Sinn der Übung ist, dass man die Daten gemeinsam erhebt, gut aufbereitet und nutzt, um bei der öffentlichen Auftragsvergabe die vielen gut arbeitenden Unternehmen in einem fairen Wettbewerb zu beauftragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/7202 an den Haushaltsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zum Punkt 7 der Tagesordnung, Drucksache 20/6935, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Zwei Jahre Gleichstellungspolitik – was hat sich in Hamburg im LGBTI-Bereich getan?

**[Große Anfrage der SPD-Fraktion:  
Zwei Jahre Gleichstellungspolitik – was hat sich in Hamburg im LGBTI-Bereich getan?  
– Drs 20/6935 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Kühn, bitte.

**Philipp-Sebastian Kühn SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meiner Fraktion, dem Senat, aber auch mir persönlich war es sehr wichtig, dieses Thema heute zur Debatte anzumelden, weil wir über das Thema Regenbogenpolitik oder LGBT selten genug in diesem Hohen Hause sprechen. Sie haben sicher mitbekommen, dass die Diskussion zu diesen Themen in den vergangenen Wochen und Monaten an Dynamik gewonnen hat, gerade wenn man dieses mit den Debatten in den anderen europäischen Ländern vergleicht, auch wenn die Ergebnisse – zumindest aus Sicht der SPD-Fraktion – noch nicht befriedigend sind. Aber dass wir diese Diskussion

überhaupt und auf solch einem Niveau führen, ist grundsätzlich begrüßenswert.

Begrüßenswert ist auch die Entscheidung, die heute in Frankreich getroffen wurde. Sie zeigt, dass die Diskussion, die wir in der Bundesrepublik über die Öffnung der Ehe führen, keine rein deutsche ist, sondern dass sie in einem größeren europäischen Kontext stattfindet. Es ist begrüßenswert, dass der französische Senat dem neuen Gesetz für Frankreich nach der Entscheidung der Nationalversammlung von vor ein paar Wochen zugestimmt hat. Das ist ein Beispiel, dem die Bundesrepublik Deutschland und vor allem auch die Bundesregierung endlich folgen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen in der Bundesrepublik einen etwas anderen Weg. Hier haben vor allem in dieser Frage Gerichte Grundsatzentscheidungen zu fällen beziehungsweise müssen Betroffene über Gerichte ihre Rechte einklagen. Das ist ganz grundsätzlich ein unbefriedigendes Verständnis von Rechtsstaat. Es kann nicht sein, dass der Staat oder eine Regierung darauf bauen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte, für deren Durchsetzung man selbst nicht die politische Kraft hat, vor Gerichten einklagen müssen. Wir alle sollten gemeinsam für eine andere politische Kultur werben und selber dazu unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion hat dieses Thema aber nicht nur angemeldet, weil uns das Thema wichtig ist, sondern weil es nach zwei Jahren SPD-Regierung eine sehenswerte und beachtliche Bilanz gibt. Hamburg ist in der Bundesrepublik zu einem Vorreiter geworden. Es ist gemeinsam mit Berlin und anderen Bundesländern eines der Bundesländer, die in diesem Land mit Initiativen – etwa im Bundesrat zur Öffnung der Ehe, aber auch zum Paragrafen 175 – beispielgebend sind und hierbei eine Arbeit leisten, die für andere beispielhaft ist.

(Beifall bei der SPD)

Über das Thema Öffnung der Ehe ist hinlänglich diskutiert worden. Ich will aus Sicht der SPD-Fraktion nur festhalten, dass ich dem Senat und vor allem der Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek persönlich sehr dankbar bin, dass sie sich mit einem hohen persönlichen Engagement im Bundesrat, aber auch bundesweit in diese Debatte eingebracht hat und mit klugen Argumenten die Diskussion sinnvoll bereichert hat, was man weiß Gott nicht von allen Beiträgen zu dieser Diskussion behaupten kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle auf einen Punkt eingehen, der mir persönlich – das mag mit meinem Background als Historiker zu tun haben – sehr wichtig ist. Hamburg hat sich entschieden, den Paragrafen

**(Philipp-Sebastian Kühn)**

175, vor allem seine Anwendung zwischen den Jahren 1949 und 1969, aufzuarbeiten und hat damit eine Entscheidung getroffen, wie sie bislang kein anderes Bundesland getroffen hat. Man muss, das gestatten Sie mir an dieser Stelle bitte, zur historischen Einordnung kurz einiges sagen.

Das Erstaunliche bei der Strafrechtsprechung gegen Homosexuelle ist, dass im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik die Rechtsprechung und Rechtsauffassung wesentlich liberaler als unter den Nationalsozialisten war. Die Nationalsozialisten haben 1935 nach dem Röhm-Putsch eine massive Verschärfung der Rechtsprechung durchgeführt, wie sie in anderen europäischen Ländern so nicht stattgefunden hat. Das Besondere am Paragraphen 175 ist aber nicht – das ist zumindest für die Historiker keine Überraschung –, dass die Nationalsozialisten dieses neue Gesetz nach dem Röhm-Putsch mit einer massiven Anti-Homosexuellen-Propaganda in der deutschen Bevölkerung zu verankern versucht haben, sondern dass der Paragraph 175 nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ohne irgendeine Änderung in die Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland übernommen und von 1949 bis 1969 auch hier in Hamburg konsequent verfolgt wurde. Die letzte Zahl, mit der ich historisch argumentieren möchte: Zwischen 1935 und 1945 sind im Deutschen Reich 50 000 Urteile nach Paragraph 175 erfolgt, in der Zeitspanne zwischen 1949 und 1969, also in zwanzig Jahren Bundesrepublik, sind genauso viele Urteile, nämlich 50 000, gesprochen worden. Man kann also feststellen, dass in 20 Jahren Bundesrepublik genauso viele Menschen nach Paragraph 175 verurteilt wurden wie nach zehn Jahren nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. Es ist richtig und wichtig, dass diese Stadt diesen Punkt aufarbeitet, auch wenn das rechtsphilosophisch eine schwierige Frage ist. Denn hätte man 1949, 1959 oder Anfang der Sechzigerjahre eine Befragung unter der Hamburger Bevölkerung gemacht, so hätte eine Mehrheit diesen Paragraphen für richtig befunden. Es ist für uns alle kollektiv eine große Herausforderung, diesen historischen Aspekt zu betrachten und festzustellen, dass das, was damals die Mehrheit als richtig empfunden hat, nach heutiger Perspektive nicht mehr rechtens sein kann. Es ist eine Herausforderung für den Rechtsstaat zu erkennen, dass sich das, was einmal als Recht empfunden wurde, im Nachhinein als Unrecht herausstellt. Dass Hamburg diesen mutigen Schritt geht, ist richtig, wichtig und sehr begrüßenswert.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus* und *Christiane Schneider*, beide *DIE LINKE*)

Zu guter Letzt will ich noch kurz auf einen weiteren wichtigen Aspekt eingehen, nämlich auf die Frage der Städtepartnerschaft mit Russland. Man kann sich nach zwei Jahren Halbzeitbilanz nicht um die

Auseinandersetzung mit dem Thema Sankt Petersburg und Russland allgemein drücken, denn die aktuelle Gesetzgebung in Russland hat verheerende Auswirkungen. Es ist nicht mehr möglich – und das ist vielleicht ein Beispiel, was für viele hier im Hause gut nachvollziehbar ist –, sexuelle Präventionsarbeit gezielt für Schwule und Lesben zu machen. Das ist ein gewaltiges Problem. Russland hat ungefähr 145 Millionen Einwohner und nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation 1,3 Millionen HIV-Infizierte, und zwar deshalb – ich will dieses Argument hier einmal bringen –, weil diese sogenannten Gesetze gegen Schwulenpropaganda in Russland dazu führen, dass dort überhaupt keine Präventionsarbeit mehr gemacht werden kann. Wir alle sollten uns verdeutlichen, dass die Problematik, mit der wir es gerade in Russland zu tun haben, in den kommenden Jahren massiv zunehmen wird. Zu glauben, dass das, was dort passiert, nicht irgendwann auch ganz reale Konsequenzen für Westeuropa haben wird, ist eine Illusion. Es hat genügend Beispiele auch in der jüngeren Vergangenheit dafür gegeben. Dieses Thema zu bewegen liegt also in unser aller Interesse, weil es uns irgendwann in Westeuropa betreffen wird. Insofern sind wir alle gefordert, dieses Thema offensiv gegenüber der russischen Seite anzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Kurz noch zum Aspekt der schwul-lesbischen Jugendarbeit. Es ist inhaltlich ein entscheidender Punkt, dass wir in den vergangenen zwei Jahren hier eine Neuausrichtung vorgenommen haben, und zwar anders, als von CDU und GRÜNEN geplant, nicht mit einem komplett neuen Träger, sondern indem wir auf die Arbeit bewährter Träger gesetzt haben und diese fortführen wollen. Dort wird ein integratives Angebot gemacht.

Was mir und der Fraktion wichtig war, das will ich noch einmal feststellen: Wenn wir zusätzliche Mittel in den Jugendbereich geben, dann müssen das Mittel sein, die für schwule, lesbische und weitere Jugendliche in Frage kommen. In Ihrem Konzept wurde allein für schwule Jungen in dieser Stadt ein Angebot gemacht. Das ist ein Punkt, den ich nie nachvollziehen konnte. Auch junge Lesben brauchen Hilfe. Das haben wir konsequent umgesetzt. So weit zur Halbzeitbilanz der SPD in diesem Punkt.

Ich bin sehr zufrieden und danke dem Senat, dass er, obwohl es kein offizielles schwules oder lesbisches Senatsmitglied gibt, absolut hinter diesem Thema steht und dieses sehr glaubwürdig bewegt, glaubwürdiger als viele Senate, die vielleicht mehr Homosexuelle in ihren Reihen zu versammeln hatten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Heintze.

**Roland Heintze CDU:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kühn, sehen Sie es mir nach, dass ich mich ob der Bedeutung des Hohen Hauses nicht an der von Ihnen begonnenen akribischen Beschreibung des Homosexuellenanteils in diesem Senat, anderen Senaten oder noch kommenden Senaten beteilige. Es wird dem Thema nicht gerecht und gehört nicht in dieses Hohe Haus, darüber zu spekulieren, wer welche Präferenzen hat. Das können Sie in den Boulevardmedien tun, aber sicher nicht hier.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Grundsätzlich muss ich sagen, dass ich bei Ihren Ausführungen kaum ansetzen kann. Das liegt zum einen daran, dass Sie viel über den Paragraphen 175 gesprochen haben. Für Teilhistoriker mit meinem Hintergrund sind das sicher sehr wichtige Ausführungen, die ich nicht ergänzen möchte. Dann haben Sie viel Richtiges zu Russland gesagt. Das Memorandum mit Sankt Petersburg hatten wir auch schon im Europaausschuss, wo wir parteiübergreifend das eine oder andere sehen, was man noch besprechen sollte. Ich schlage vor, dass Sie dorthin kommen. Dann kam ein sehr kleiner Teil zu 17 Seiten Senatsarbeit, und das hat mich ernsthaft überrascht. Wie kann ich 17 Seiten abfragen, was alles passiert – der Senat hat detailliert berichtet –, und dann als Mitglied der Regierungsfraktion diese Rede dazu halten? Sie haben gesagt, dass man noch einmal über den Paragraphen 175 sprechen müsse und dass Russland auch sehr wichtig sei, und als Sie nur noch wenige Sekunden Zeit hatten, sprachen Sie über schwule Jugendzentren und darüber, was Sie anders gemacht haben. Wenn das der Verkauf Ihrer eigenen Bilanz ist und wir eine politische Debatte im Dissens führen würden, dann wäre das eine breite Angriffsfläche. Diesen Dissens haben wir zum Glück nicht, aber Herr Kühn, die Befassung mit dem Thema in der Art wird dem Inhalt der Großen Anfrage und der Bilanz, die der Senat vorgelegt hat, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Das sage ich nicht, weil ich die Justizsenatorin unnötig über den Klee loben möchte, sondern weil diese 17 Seiten klar zeigen, dass der Senat konsequent fortsetzt, was die Vorgängersenate begonnen haben. Ich möchte Ihnen drei Beispiele nennen.

Es wird bereits lange über die Anpassung des Besoldungsrechts gesprochen, darauf hat Herr Kühn hingewiesen. Der CDU-geführte Senat hat als Vorreiter in der Bundesrepublik die Anpassung des

Besoldungsrechts für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften auf den Weg gebracht und hier beschlossen, und zwar – für alle, die damals noch nicht dabei waren, Herr Kühn – nicht immer nur zur Freude der regierungstragenden Parteien, aber sicherlich auch nicht in allen Teilen zur Freude der SPD.

(*Dirk Kienscherf SPD: Was? Nee, nee, nee!*)

Wenn Sie schon geschichtliche Aufarbeitungen machen, dann gehört das dazu.

Dennoch begrüßen wir die Nachbesserungen, die 2013 vorgenommen werden, wo es um die Fragestellung des kinderbezogenen Familienzuschlags ging. Da hatten wir einen Teil vergessen, dieser wurde nachgearbeitet – d'accord.

Dann berichten Sie über viele verschiedene Aufklärungsprojekte und Treffpunkte. Diese werden fortgeführt, und das wird sehr solide gemacht, Frau Senatorin. Gute Arbeit ist aber auch schon angefangen worden, und es ist nicht so, dass es das vor Ihrer Regierungsübernahme nicht gegeben hätte. Es ist gut, wenn man in solch wichtigen Bereichen Kontinuität in der Arbeit hat, weil es dabei nicht um eine politische Auseinandersetzung, sondern um die Arbeit mit Menschen in teilweise schwierigen Situationen geht. Dazu gehört Kontinuität, und die Antwort auf die Große Anfrage zeigt, dass diese gewahrt bleibt. Die Arbeit des Senats ist an dieser Stelle in der Tradition seiner Vorgängersenate vernünftig, und das sollte man auch hervorheben.

Das Hamburger Aufklärungsprojekt erscheint wünschenswert, die Probleme mit der Schulbehörde sind aber die gleichen. Auch wir haben damals unter GAL-Führung stark mit der Schulbehörde gerungen, dass es endlich losgeht. Es gab immer viele gute Argumente, warum es gerade nicht losgeht. "SOORUM" ist jetzt angelaufen – auch eine Fortsetzung der schwarz-grünen Politik, und die Probleme sind die gleichen.

(*Gabi Dobusch SPD: Uralte SPD-Forderung, uralt!*)

Was bleibt mir nun? Ich sehe 17 Seiten – Rekord – darüber, was in dieser Stadt passiert. Von diesen 17 Seiten kommen mir 15 sehr bekannt vor, weil sie auf Initiative von CDU und GAL und zum Teil des CDU-Senats auf den Weg gebracht wurden.

(*Gabi Dobusch SPD: Wie war das mit der Kontinuität?*)

Das ist so weit okay, aber das ist nur der Bericht. Was mir fehlt, Frau Senatorin und die SPD-Fraktion, da es Ihre Große Anfrage ist: Wir als CDU würden gern über die Erfolge der einzelnen Projekte sprechen und in Form einer Evaluation schauen, ob dieses System, das wir für Schwule, Lesbische und Transgender haben, noch zeitgemäß ist. Gibt es vielleicht Erfordernisse – das schwule Jugend-



**(Roland Heintze)**

zentrum war ein Ansatz aus der schwarz-grünen Zeit –, mit denen wir heute sagen müssten, dass diese Strukturen so, wie wir sie haben, nicht mehr funktionieren können und dass wir auf neue Entwicklungen reagieren müssen? Das fehlt mir eindeutig. Es ist eine Bilanz ohne Erfolgsbilanz; hier ist die Senatsantwort sehr schwach, und ich hätte mir deutlich mehr gewünscht.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Man kann das noch nacharbeiten, und das sollten wir tun. Wir als CDU-Fraktion stehen einer offenen Evaluation sehr positiv und aufgeschlossen gegenüber. Evaluation heißt für mich als Haushälter hierbei nicht, Mittel zu sparen, sondern umzusteuern, um zu überlegen, welche Ansätze in einer Gesellschaft im Jahr 2013 vielleicht noch sinnvollere sind als nur die Fortsetzung der Politik von 2000.

(*Gabi Dobusch SPD*: Als ob das 2000 der Anfang gewesen wäre von der Politik in Hamburg!)

Das sollten wir gemeinsam in den Ausschüssen tun. Wir haben jetzt eine gute Bestandsaufnahme.

Es bleibt ein Teil, den Herr Kühn auch anspricht. Herr Kühn, Sie haben sicher recht, es gibt natürlich etwas, was auch hier erwähnt ist, und das ist Ihre Bundesratsinitiative zur Gleichstellung der Ehe mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Das ist in der Tat neu, das gab es vorher noch nicht. Es ist aber auch zu einem großen Teil der derzeitigen Wahlkampfhektik in diesem Land und diesem Senat geschuldet. Wir hatten in den letzten Ausschusssitzungen schon andere Themen, zum Beispiel das Mindestlohngesetz, wo wesentliche Dinge vergessen wurden, damit das Thema rechtzeitig auf die Senatstagesordnung konnte und hier wahlkampf wirksam beschlossen werden kann.

(*Gabi Dobusch SPD*: Diese SPD-Forderung ist schon ganz alt!)

Dieses Thema eignet sich nicht dazu. Die Senatorin hat eine Diskussion angestoßen, und diese wird sehr sachlich und in großen Teilen gut und die Gesellschaft mitnehmend geführt. An dieser Diskussion beteiligen wir uns auch als Union, die wir nicht für die Öffnung der Ehe anstelle von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sind. Wir haben uns aber in der Hamburger CDU immer dafür eingesetzt, dass den gleichgeschlechtlichen Partnerschaften insbesondere im Steuerrecht die gleichen Rechte und Pflichten zugestanden werden, die die ganz normale Ehe auch hat.

Wir haben hier eine saubere Auflistung dessen, was passiert. Vieles davon gab es schon und ist also unspektakulär. Wir würden uns etwas mehr Evaluation wünschen, um für diese Stadt im Bereich Schwule, Lesbische und Transgender einen Schritt voranzukommen. Dazu gehört auch, über

Dinge in dieser Stadt, die vielleicht alle Parteien lieb gewonnen haben, zu sprechen, um zu schauen, ob sie noch zeitgemäß sind. Auf diese Diskussion freuen wir uns.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Müller.

**Farid Müller GRÜNE**:\* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich gar nicht so sehr, Herr Kollege Heintze, dass die SPD nicht so viel aus der Großen Anfrage erzählt.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD*: Lesen können Sie ja wohl selber! Muss ich Ihnen das vorlesen?)

Es war dennoch interessant, insbesondere wahrscheinlich für diejenigen, die sich dem Thema so intensiv noch nicht zugewandt haben.

Unsere Bilanz aus der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion, was die Große Anfrage und das Dahinterstehende betrifft, sieht relativ schlicht aus. Der jetzige Senat ruht sich auf den Lorbeeren und dem Erreichten der Vorgängersenate aus und verwaltet die Gleichstellungspolitik nur, und zwar nicht nur für die Lesben, Schwulen und Transgender, sondern auch für die Frauen in dieser Stadt. Damit kann man vielleicht gerade noch zähneknirschend leben, nicht aber damit, wenn man anfängt, über das Nichtstun groß zu prahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich lese ein kleines Beispiel vor, sodass man ein bisschen nachvollziehen kann, wieso meine These viel mit der Realität in dieser Stadt zu tun hat.

(*Wolfgang Rose SPD*: Welche These?)

Es stammt aus dem Rahmenplan Gleichstellungspolitik und ist der einzige Punkt in diesem dicken Konvolut, wo Lesben und Schwule und sexuelle Orientierung überhaupt eine Rolle spielen. Hier steht:

"Erarbeitung eines Richtungspapiers 'Vielfalt der sexuellen Orientierung und Variabilität geschlechtlicher Identitäten'".

Eigentlich sollten Regierungen im Amt sein, die nicht erst Richtungspapiere entwickeln müssen, wenn sie schon regieren. Offenbar besteht hier eine Lücke für die Zukunft. Hamburg kann vielleicht gerade noch damit leben, denn wir haben schon einiges erreicht. Man sollte mit dem Stillstand als Weiterführung von vorhandenen guten Dingen aber nicht noch prahlen. Diese Stadt hat schon andere Senate erlebt, die aktiver waren und richtig gekämpft haben.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD*: Können Sie mal Beispiele nennen?)

**(Farid Müller)**

Es ist jetzt vielleicht auch eine andere Zeit, und die SPD scheint ermattet zu sein.

*(Zuruf von Gabi Dobusch SPD)*

Kommen wir nun zu dem Glanz auf Bundesebene; dort ist die Senatorin durchaus aktiv. In der Sache ist das immer zu begrüßen, und hier sind die SPD, die GRÜNEN und manchmal auch DIE LINKE dabei, gute Dinge anzustoßen. Aber auch dort klafft das, was man an Politmarketing betreibt, und das, was tatsächlich am Ende eine Leistung darstellt, auseinander.

*(Gabi Dobusch SPD: Das ist eine Eigenanalyse von schwarz-grüner Politik!)*

Ein Beispiel ist der durchaus begrüßenswerte Beschluss des Deutschen Bundesrates zur Öffnung der Ehe. Historisch gab es das bisher in diesem Land nicht, und das war ein richtiger Vorstoß zur richtigen Zeit. Mich persönlich hat gestört, dass die Senatorin nach dem Urteil in Karlsruhe zum Adoptionsrecht damit geprahlt hat, diese Initiative anzustoßen, denn am Ende hat der Hamburger Antrag noch nicht einmal bei den SPD-geführten Ländern eine Mehrheit gefunden, und es wurde ein rheinland-pfälzischer Gesetzentwurf genommen. Das Ende ist okay, der Bundesrat hat das beschlossen, und jetzt warten wir darauf, dass der Bundestag folgt. Aber die Hamburger Vermarktung hat einen schalen Beigeschmack.

Wenn wir uns den anderen historischen Beschluss im Bundesrat aus dem letzten Jahr zur Aufhebung der Paragraf-175-Urteile in der jungen Bundesrepublik ansehen – da gebe ich Herrn Kühn völlig recht –, so gab es das historisch ebenfalls noch nicht.

*(Gabi Dobusch SPD: Auch nicht unter Schwarz-Grün? Komisch!)*

Auch da ist die SPD-Bundestagsfraktion bisher dem Aufruf des Bundesrats nicht gefolgt. Ich kenne keinen Gesetzentwurf, der das auf den Weg bringt, und das ist schade. Von CDU und FDP kann man es nicht erwarten, diese haben erklärmaßen ein Problem damit. Aber wenn es der SPD-geführte Bundesrat hinkommt, ist es traurig, wenn die eigenen Leute im Bundestag nicht folgen, und dann muss man sich auch nicht wundern, dass aus solchen guten Beschlüssen im Bundesrat am Ende im Gesetzblatt nichts wird.

Meine Damen und Herren! Gut ist, dass die Gelder, die vom Vorgängersensat für die Jugendpolitik bereitgestellt worden sind, jetzt bei den Jugendlichen ankommen. Das unterstützen wir und das finden wir gut. Wir haben zwar andere konzeptionelle Vorstellungen gehabt, aber wenn eine Regierung wechselt, ist es normal, dass sie dann ihre Vorstellungen umsetzt. Damit muss man leben, und das ist gut so. Wir hätten uns nur gewünscht, dass Sie, auch wenn Sie viel für junge Lesben machen wol-

len, noch einmal etwas draufgelegt hätten, denn die Idee war damals nicht, dass wir Lesben ausperren. Der Bedarf für schwule Jugendliche wurde sehr deutlich formuliert, während er auf der anderen Seite nicht formuliert war. Wenn er jetzt nachträglich formuliert wird, ist das okay.

*(Lars Holster SPD: Dann muss man nichts tun, oder was? – Gabi Dobusch SPD: Lesen Sie doch bitte mal im gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm!)*

– Seien Sie doch nicht so nervös, Frau Dobusch.

*(Gabi Dobusch SPD: Lesen Sie doch mal bitte nach!)*

– Sie regen sich auf, es scheint ein wenig ein schlechtes Gewissen dabei zu sein.

Wenn wir bei der Schulpolitik nachschauen – das ist keine ganz einfache Sache, denn wir wissen alle, dass die Schulen seit Jahren im Umbruch sind –, dann begrüßen wir, dass es hier weitergegangen ist. Frau Senatorin, ich bin lange dabei, und eine sehr wichtige Sache fehlt bei den Dingen, die entwickelt wurden. Ich bitte Sie, persönlich darauf zu schauen, dass die Homepage in naher Zukunft neben dem Projekt "SOORUM", das sehr wichtig ist, kommt. Die Homepage war eine der wenigen guten Dinge, die entwickelt wurden, auf der man als Lehrerin, als Eltern, aber auch als Jugendlicher schnell erkennen kann, was beim Coming-out los ist, wo ich mich hinwenden kann, wo ich Materialien bekomme und wo die Beratungsstellen sind. Das war angedacht und ist nun völlig außen vor. Mag sein, dass es interne Gründe dafür gibt, aber extern ist die Homepage ein sehr wichtiger Baustein und sollte es auch bleiben. Ich würde mir wünschen, dass Sie darauf noch einmal einen Blick werfen, damit sie noch dieses Jahr kommt. Wie wir der Großen Anfrage entnehmen konnten, sind dafür 30 000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Ich denke, damit ist auch noch die Entwicklung dieser dringend notwendigen Homepage möglich.

Zum Abschluss möchte ich offen sagen, was mich ein bisschen an den Senatsantworten gestört hat. Zum Thema Gewalt wird behauptet, dass es in den vergangenen fünf Jahren bei der Polizei keine Gewalttaten gab. Das wurde so dahingeschrieben und der unbedarfte Leser denkt: Dann ist alles gut, dann können wir ja nach Hause gehen, wunderbar. Wir wissen alle, dass die Dunkelziffer bei diesen Gewalttaten wahnsinnig hoch ist. Die Berliner Polizei schätzt, dass sie bei 90 Prozent liegt. Sie aber erwähnen das Thema nicht und belassen es bei der Aussage, es hätte sich niemand bei der Polizei gemeldet. Wir wissen alle, dass dies der Realität nicht entspricht. Das finde ich traurig, wir waren da schon einmal weiter, auch die SPD. – Danke.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau von Treuenfels.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was Frau Schiedek heute vorlegt, macht auf uns den Eindruck, dass sich in Hamburg wirklich einiges im Bereich der Gleichstellung für Schwule und Lesben tut. So weit, so gut. Der Senat unterstützt etwa Jugendtreffs und Schulprojekte und er führt Vorgespräche mit Betroffenen und Experten im Rahmen des Runden Tisches Transsexualität. Ob er dort vorangekommen ist oder nicht, wissen wir nicht, wir können es nur hoffen. Eine Evaluation wird vielleicht Klarheit darüber bringen.

Im Falle des Memorandums zu den Zuständen in St. Petersburg möchte ich sehr deutlich sagen, dass wir den konstruktiven und kritischen Dialog, den Sie führen, nicht nur unterstützen wollen, sondern Sie auch immer wieder bitten und anmahnen werden, ihn konsequent fortzuführen, denn die Zustände sind unhaltbar. Wir können uns wirklich nicht der Tatsache verschließen – in dieser Hinsicht gebe ich Herrn Kühn recht –, dass es auch Auswirkungen auf unser Verhältnis zu Russland hat. Überhaupt sollte man die Augen nicht verschließen, und deswegen muss das fortgeführt werden.

(Beifall bei der FDP und bei *Lars Holster* und *Karin Timmermann*, beide SPD)

Die Projekte des Senats sind in unseren Augen hilfreich, aber nichts wirklich Neues. Das hat Herr Heintze schon ausgeführt, und deswegen will ich nicht weiter darauf eingehen. Die FDP hat allerdings auf Bundesebene wesentlich mehr bewegt. Ich möchte auf zwei Punkte hinweisen. Auf unsere Initiative hin wurde 2011 die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gegründet und mit einem Stiftungskapital in Höhe von 10 bis 15 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt abgesichert. Interdisziplinäre Forschung und Bildung soll der Diskriminierung homosexueller Männer und Frauen entgegenwirken. Der Senat hat im November 2012 eine besoldungsrechtliche Änderung beschlossen und lobt sich nun dafür. Auf FDP-Initiative hin wurde jedoch schon im November 2011, also ein Jahr früher, im Bundesbesoldungsgesetz die ehebezogene Regelung zum Familienzuschlag und zur Auslandsbesoldung auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften ausgeweitet. Das ist ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundesratsinitiative des Senats zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts ist zwar schön und gut, bewirkt jedoch nicht mehr als das, was wir Liberalen schon seit langer Zeit anstreben. Die FDP tritt seit vielen Jahren für die rechtliche Gleichstellung von gleich-

geschlechtlichen Partnerschaften mit der Ehe ein. Im Bund wollen wir für die eingetragenen Lebenspartner das volle Adoptionsrecht sowie künstliche Befruchtung unabhängig vom Familienstand ermöglichen. In Sachen steuerrechtlicher Gleichbehandlung wird eine Karlsruher Entscheidung noch in diesem Jahr erwartet, und wir sind guten Mutes und haben die Hoffnung, dass sich auch hier progressive Haltung durchsetzen wird.

(Beifall bei der FDP – *Gabi Dobusch SPD*: Das brauchte man ja nicht, wenn man an der Regierung wäre!)

Das ist offenbar längst, zumindest in einigen Teilen der Union und der CDU, angekommen. Wir sind weiterhin optimistisch, dass wir in der Bundesregierung noch sehr viel mehr für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben tun können. Seien Sie sicher, wir werden uns darum bemühen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Artus.

**Kersten Artus DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Heterosexuelle Normen durchdringen die gesamte Gesellschaft. Das andere ist immer die Abweichung von der Norm. Will man lesbische, schwule, transsexuelle und transgender Jugendliche ernsthaft unterstützen, müsste in Schule, Elternhaus und Gesellschaft sexuelle Vielfalt konsequent vermittelt werden, denn wenn andere Formen als das heterosexuelle Begehren als normabweichend selbst im positiven Sinne gelten, dann begreifen sich diese Jugendlichen immer als defizitär. So verwundert es nicht, dass das Selbstmordrisiko überproportional hoch ist. Viele homosexuelle Jugendliche erzählen nach einem Suizidversuch, sie hätten ihre Eltern von der Schande erlösen mögen, ein homosexuelles Kind zu haben. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass nicht die Homosexualität an sich dazu führt, suizidal zu werden, sondern die eigenen und berechtigten Ängste, Erfahrungen mit den Reaktionen des Umfelds, Elternhaus, Gleichaltrige oder Schule und die gesellschaftliche Bewertung.

Auch Frauen galten – und dieser Vergleich ist mir wirklich sehr wichtig – und gelten zum Teil noch heute als das andere Geschlecht, das Geschlecht, das von der Norm, dem Mann, abweicht. Es hat lange, sehr lange gebraucht, um diese Sichtweise zu durchbrechen. Frauenwahlrecht, Strafbarkeit von Vergewaltigungen in der Ehe, Kampf gegen den Paragraphen 218 und Frauenquote waren Etappen dieses Kampfes der Frauen und der sich solidarisierenden Männer gegen eine patriarchale Ordnung. Auch hier sind wir noch lange nicht so weit, dass wir von der Frau als gleichberechtigtem Menschen in dieser Gesellschaft reden können.

**(Kersten Artus)**

Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle sind noch einmal von besonderer gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht. So gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Gerichtsentscheidungen, die Teile dieses Transsexuellengesetzes aufgehoben haben, zum Beispiel, dass eine Änderung des Vornamens aufgrund einer neuen sexuellen Identität bei einer Eheschließung wieder rückgängig gemacht wird, oder dass eine Änderung des Geschlechtseintrags zur Voraussetzung hatte, dass die Person fortpflanzungsunfähig sein muss, oder dass eine Personenstandsänderung nur vorgenommen werden durfte, wenn man nicht verheiratet ist, was dann auch Zwangsscheidungen zur Folge hatte. Das sind alles keine alten Geschichten, das ist die allerjüngste Vergangenheit. Und gegenwärtig müssen immer noch aufwendige und mehrere tausend Euro teure Gutachten erstellt werden, um eine juristische und gesetzliche Anerkennung für eine Lebensweise mit dem gewünschten Geschlecht zu haben. Das sind Gutachten, in denen seitenweise jedes erinnerbare Detail des Sexuallebens ausgebreitet wird – ohne wirkliche Sinnhaftigkeit. Die Einschränkung der Prozesskostenhilfe wird sich im Übrigen auch hier dramatisch auswirken.

Was heißt das alles zusammengenommen für Hamburg? Reichen die Beratungsstrukturen aus? Reichen die Fortbildungsangebote aus? Wird in den Schulen genug getan? Werden ausreichend Fachleute ausgebildet? Wird die Jugendarbeit genug gefördert? Kann das Coming-out bei Älteren ausreichend unterstützt werden und diese Unterstützung der Unterschiedlichkeit von Lesben und Schwulen gerecht werden? Das alles beantwortet die Große Anfrage leider nicht. Sie stellt den Ist-Stand dar, aber es werden keine Antworten gegeben, ob das ausreicht. Insofern kann ich Herrn Heintze nur recht geben, dass eine Evaluation der vorhandenen Angebote dringend erfolgen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Große Anfrage beantwortet nicht einmal, wie Vereine, wie das MHC, pro familia, Intervention oder auch Hein & Fiete und die anderen Zuwendungsempfänger ihre durch den Tarifabschluss steigenden Personalkosten bei einem gedeckelten Etat bewältigen und ihre Arbeit weiterführen können. Mein Kollege Norbert Hackbusch hat darauf heute in der Aktuellen Stunde bereits eindringlich hingewiesen. Stattdessen begeht die SPD jetzt den, wie ich finde, wirklich großen Fehler, nach zwei Jahren eine relativ unkritische Bestandsaufnahme zu machen und außen vor zu lassen, wie sich zum Beispiel die Schuldenbremse auf diesen Politikbereich auswirkt. Auch wenn die SPD in ihrem Vorwort hervorhebt, dass es sich um eine vorläufige Bilanz handelt, damit weiter lösungsorientiert gehandelt werden kann, so verwirklicht sich der Anspruch nicht in den gestellten Fragen und

schon gar nicht in den Antworten. Das ist leider eine völlig ungenügende Bilanz.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 20/6935 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 58, Drucksache 20/7423, Antrag der SPD-Fraktion: Verlängerung des Glasflaschenverbotsgesetzes.

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Verlängerung des Glasflaschenverbotsgesetzes  
– Drs 20/7423 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/7571 ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:  
Verlängerung des Glasflaschenverbotes  
– Drs 20/7571 –]**

Die SPD-Fraktion möchte beide Drucksachen an den Innenausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Münster, bitte.

**Arno Münster SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! St. Pauli wird als Vergnügungsviertel besonders am Wochenende von Tausenden oft alkoholisierten Menschen aufgesucht.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Aber nicht nur!)

– Nicht nur.

Damit ist auch eine Schattenseite verbunden. Ein Vergnügungsviertel hat immer leicht negative Begleiterscheinungen. Diese müssen wir eingrenzen. Wenn man festgestellt hat, dass vermehrt Glasflaschen als Tatmittel eingesetzt werden, dann hat man Handlungsbedarf. Das wissen wir nicht erst seit heute. Im Jahr 2009 haben CDU, SPD und GAL deshalb das Glasflaschenverbotsgesetz beschlossen. Heute reden wir über eine Verlängerung dieses Gesetzes.

Machen wir uns doch nichts vor. Wir wissen doch, dass das Glasflaschenverbot ein wirksamer Beitrag ist, die Zahl der Körperverletzungen, bei denen Flaschen als Tatmittel eingesetzt werden, zu reduzieren. Die Daten aus meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage zum Glasflaschenverbot belegen die Effektivität des Glasflaschenverbotsgesetzes. Die mit Glasflaschen verübten Straftaten sind um

**(Arno Münster)**

rund ein Drittel gesunken. Es ist das geeignete Mittel, um die äußerst gefährliche Verwendung von Glasflaschen als Waffe einzudämmen. Auch hat es nachweislich keine Verdrängungseffekte in der Umgebung gegeben. Die Gebietsabgrenzung hat sich bewährt, das Glasflaschenverbot wird von den Anwohnern und Gewerbetreibenden akzeptiert, Umsetzung und Kontrolle funktionieren. Das heißt, das Gesetz ist auch in den Köpfen angekommen. Ein schöner Nebeneffekt ist, dass die Vermüllung und die Gefahr durch Scherben erheblich reduziert sind.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Es rechtfertigt aber keine Grundrechtseingriffe!)*

Das Glasflaschenverbot nicht zu verlängern hieße, die Besucher der Reeperbahn dem erhöhten Risiko auszusetzen, Opfer einer gefährlichen Körperverletzung zu werden. Man weiß, wie es ist, angepöbelt zu werden. Es gibt vielleicht böse Blicke hin und her und wenn dann eine Glasflasche in der Hand ist, kann sie als Tatmittel eingesetzt werden. Diesem gilt es entgegenzuwirken.

Das Glasflaschenverbot ist ein Gesetz mit Augenmaß. Wir dürfen bei der Bekämpfung der Gewaltkriminalität nicht nachlassen. Wir werden aber, wie üblich, auch dieses Gesetz im Ausschuss aufrufen und es dort in entsprechender Tiefe behandeln. Helfen Sie mit, Hamburg weiterhin zur sicheren Stadt zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Warnholz.

**Karl-Heinz Warnholz CDU:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dies ist ein scheinbar wahrhaft großer Tag für die SPD-Fraktion in diesem Hause. Die SPD-Fraktion darf einen Gesetzesantrag einbringen.

*(Jan Quast SPD: Das haben Sie nie kennengelernt!)*

Senator Neumann überlässt den Abgeordneten seiner ehemaligen Fraktion ein innenpolitisches Thema.

*(Jan Quast SPD: Da sind Sie aber neidisch!)*

Lieber Kollege Münster, dazu darf man gratulieren. Sie, werter Kollege, haben sich bereits in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage vom 1. März dieses Jahres, Drucksache 20/7100, mit dem Thema der Fortsetzung der von der CDU eingeführten Gesetze zum Verbot der Mitnahme von Glasflaschen in ein Gebiet des Stadtteils St. Pauli befasst. Meine Gratulation hält sich nach Durchsicht der Antwort des Senats und einem Vergleich des heute vorliegenden Antrags jedoch in erheblichen Grenzen. Die Antragsteller haben sich in dem von ihnen

hier eingebrachten Antrag überwiegend eigener Argumente bedient,

*(Finn-Ole Ritter FDP: CDU-Argument!)*

sondern sich nahezu vollständig und zum Teil sogar wortgleich der Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage vom 1. März 2013 bedient.

*(Dirk Kienscherf SPD: Ja, das ist ein Zusammenspiel!)*

Es stellt sich die Frage, warum denn nicht gleich der Senat diesen Gesetzgebungsantrag eingebracht hat.

*(Dirk Kienscherf SPD: Dann hätten wir es ja nicht einbringen können!)*

Ich erinnere mich daran, dass das Verbot der Mitnahme von Glasflaschen in das Gebiet der Reeperbahn aus der Mitte der SPD-Fraktion nicht nur Unterstützung erfahren hat. In einer hier am 20. November 2008 munter vorgetragenen Rede bezeichnete der Abgeordnete Dr. Dressel ein Glasflaschenverbot als "Rohrkrepieler". Das, so der Abgeordnete Dr. Dressel weiter, sei die feste Meinung der SPD-Fraktion.

*(Dirk Kienscherf SPD und Christiane Schneider DIE LINKE: Das glaube ich nicht!)*

– Das können Sie im Protokoll nachlesen.

Nun aber, meine Damen und Herren, hat die Vergangenheit die Spitzen der SPD und Herrn Dr. Dressel in diesem Hause eingeholt. Laut der Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage vom 1. März dieses Jahres hat sich das von der CDU eingeführte Gesetz zur Mitnahme von Glasflaschen,

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Die GAL war aber auch dabei!)*

spricht Glasflaschenverbotsgesetz, auch nach Ansicht des SPD-geführten Senats plötzlich bewährt.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigen bereits, wie schon angeführt, die ersten Vergleichszahlen der Jahre 2008 und 2009. In der Antwort des Senats auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Dressel vom 3. Februar 2010, Drucksache 19/5260, kann der von der CDU geführte Senat bereits berichten, man höre, dass Delikte wie Körperverletzung, Raub und so weiter im öffentlichen Raum in den ersten 195 Tagen nach Einführung des Gesetzes um gut 10 Prozent rückläufig waren. An dieser Stelle danke ich dem Kollegen Dressel für diese zukunftsweisende Anfrage. Sie haben der CDU sehr geholfen. Dr. Dressel fordert für die SPD-Fraktion zudem eine stärkere Polizeipräsenz auf dem Kiez ein. Das fordern wir, die CDU, heute auch wieder ein.

(Beifall bei der CDU)

**(Karl-Heinz Warnholz)**

Das am 9. Juni 2009 eingebrachte Gesetz zum Verbot von Glasflaschen im Bereich der Reeperbahn hat sich, ich gebe Ihnen recht, bewährt. Die Anzahl der Delikte hat sich erheblich reduziert. Das ist mehr als erfreulich für unsere Stadt. Daher wird die CDU der Fortführung dieses Gesetzes gern zustimmen. Ich hätte mir jedoch gewünscht, dass auch der Senat und die Spitzen in diesem Hause sich ehrlich hinter den Erfolg dieses Gesetzes gestellt hätten und das Gesetz, wie es auch der von der CDU-geführte Senat gemacht hat, durch den Senat und nicht durch die SPD-Fraktion eingebracht worden wäre.

(Beifall bei der CDU)

Damit hätten Sie über Ihren Schatten springen und ehrlich einräumen können, dass die noch im Vorfeld der Einführung dieses Gesetzes geäußerte Polemik von der Realität eingeholt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Nur, über so viel Selbstbewusstsein, einen Fehler einzuräumen, verfügen Sie leider nicht, weder der Innensenator noch der Vorsitzende der SPD-Fraktion, der leider durch Abwesenheit glänzt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Rohrkrepiierer!)

Das ist leider der wahre Grund, warum die Kolleginnen und Kollegen um den Abgeordneten Münster heute einen Gesetzgebungsantrag einbringen durften. Daher, geschätzter Kollege, haben Sie heute eben leider keinen großen Tag und der Senat erst recht nicht, aber die CDU. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller.

**Antje Möller GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man ist nie ganz vor Überraschungen gefeit, auch nicht in diesem Hause, aber, Herr Warnholz, es würde mich wundern, wenn der Senat diesem SPD-Antrag nicht zustimmen würde. Ich glaube, die Situation ist auch ein bisschen einfacher, als Sie sie dargestellt haben. Die schwarz-grüne Koalition hat damals zu Recht, das finde ich immer noch, den doch sehr massiven Grundrechtseingriff, den wir mit diesem Glasflaschenverbotsgesetz beschlossen hatten, ernst genommen und deshalb dieses Gesetz befristet. Diese Befristung war richtig und ist auch heute noch richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Finn-Ole Ritter FDP)

Es ist und bleibt ein erheblicher Eingriff in die individuellen Grundrechte,

(Finn-Ole Ritter FDP: Richtig!)

gleich ob die Menschen Alkohol zu sich nehmen oder nicht. Sie werden eingeschränkt in ihren individuellen Grundrechten. Eine Verlängerung ist sinnvoll, wenn sich das Gesetz bewährt hat und dazu beiträgt, die Situation auf der Reeperbahn tatsächlich zu entspannen. Die unmittelbare Wirkung eines solchen Gesetzes kann man vielleicht an den Zahlen bemessen. Herr Münster, Sie haben es gesagt, wir haben einen Rückgang der Taten um ein Drittel. Wir hatten aber 2008, diese Zahlen will ich Ihnen nicht vorenthalten, tatsächlich nur 128 Taten. Diese 128 Taten hatten aber erhebliche Folgen, denn es gab bei mitunter massiven Auseinandersetzungen neben Leichtverletzten oft Schwerverletzte. Deswegen war es damals richtig, diese Entscheidung zu treffen. Heute sind es noch 85 Taten, ein Drittel weniger. Das kann eine Trendumkehr sein.

(Finn-Ole Ritter FDP: Muss es aber nicht!)

– Muss es aber nicht, ganz genau.

Es ist möglich, dass das Verbot Akzeptanz gefunden hat. Die Zahl der Mitführverstöße, wie es so schön heißt, ist zurückgegangen. Das ist eine positive Entwicklung, allerdings muss man sich auch vor Augen führen, dass pro Jahr mehr als 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei mit der Durchsetzung des Glasflaschenverbots und dem damit einhergehenden, separat beschlossenen, aber für dieselbe Region geltenden Waffenverbot beschäftigt sind. Das heißt, die intensiven Kontrollen an den U-Bahn-Eingängen und –Ausgängen und auf der Straße binden insgesamt 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei. Diese Zahl findet man im Übrigen in einer klitzekleinen Tabelle im Bericht über die Evaluation. Sie hat uns veranlasst, unseren Zusatzantrag zu formulieren. Ich freue mich, dass er an den Ausschuss überwiesen wird, denn ich glaube, dass es darum geht abzuwägen, ob der Einsatz von Personal bezogen auf das Ergebnis eigentlich verhältnismäßig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Differenzierung des polizeilichen Aufwands zwischen der Durchsetzung des Waffenverbots und der Durchsetzung des Glasflaschenverbots findet nicht statt. Möglicherweise kann sie auch nicht stattfinden. Es lässt sich natürlich leider auch nicht herausfinden, ob nicht die gesteigerte Präsenz, das sehe ich anders als Herr Warnholz, auf den Straßen rund um die Reeperbahn insgesamt auch einen Rückgang der Gewaltvorfälle zur Folge hatte. Das wäre jedenfalls zu hoffen, denn wir wollen doch Präsenz auf den Straßen, damit die Straftaten zurückgehen.

Diese Differenzierung ist wichtig. Deswegen müssen wir den Senat sehr deutlich bitten, uns darzustellen, ob sich das weiter aufklären lässt. Der Grundrechtseingriff bleibt, und deswegen ist es

**(Antje Möller)**

auch richtig, lediglich befristet diesem Antrag zuzustimmen. Wir müssen dieses Gesetz im Auge behalten, weil wir nicht leichtfertig mit unserer eigenen Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum umgehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Ritter.

**Finn-Ole Ritter** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zur zweiten Jahreshälfte 2009 trat das Verbot des Mitführens und Verkaufens von Getränken in Glasbehältnissen auf dem Kiez in Kraft. Dieses Gesetz, wie Frau Möller richtig erwähnte, stellt einen Eingriff in das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit, Artikel 2 Grundgesetz, sowie in das der Berufsfreiheit, Artikel 12 Grundgesetz, dar. Um das, und auch das erwähnte Frau Möller, im Sinne des Verhältnismäßigkeitsprinzips abzumildern, hat der schwarz-grüne Senat damals das Auslaufen des Gesetzes nach vier Jahren und die Evaluation als Aufgabe ins Gesetz geschrieben. Wenn wir also jetzt auf diese Glasflaschenregelung schauen, dann müssen wir eine politische Bewertung der Verhältnismäßigkeit des Grundrechtseingriffs vornehmen.

Ein Blick auf die Daten aus der Drucksache 20/4240 und 20/7100 zeigt: In den vergangenen fünf Jahren gab es relativ konstant circa 3000 Gewaltdelikte pro Jahr auf dem Kiez. Davon wurden zwei Drittel im öffentlichen Raum begangen, der Rest in Bars, Clubs und Discos. Den Löwenanteil mit knapp zwei Drittel der Taten stellt die sogenannte einfache Körperverletzung dar; es gab aber auch 700 bis 800 gefährliche Körperverletzungen. Fast alle Gewaltdelikte mit Glasflaschen, 85 bis knapp 130 pro Jahr, fielen und fallen in diese Kategorie. Diese Zahl ist nicht schön, und ich möchte sie auch auf keinen Fall verharmlosen, doch bei einem Schnitt von 80 000 Kiezbesuchern pro Wochenende, das entspricht 4 Millionen Besuchern im Jahr, ist das eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Gewaltdelikten angesichts so vieler Menschen auf engem Raum. Hamburg ist eine vergleichsweise sichere Stadt; der Kiez ist ein vergleichsweise sicheres Vergnügungsviertel. Der Dank meiner Fraktion gilt zuvorderst all jenen Polizisten sowie BOD-Mitarbeitern, die dies mit ihrer Präsenz vor Ort ermöglichen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Zur Beurteilung des Beitrags oder Nichtbeitrags des Glasflaschenverbots zu diesem Erfolg muss man nun eine Reihe weiterer Zahlen kennen. Die Gesetzesevaluation hat gezeigt, dass es bei immerhin der Hälfte aller mit Glasflaschen begangenen Gewaltdelikten keine Verletzten gab, bleiben also noch 40 bis 50 tatsächlich Glasflaschenver-

letzte pro Jahr. 40 Glasflaschenverletzte bei vier Millionen Kiezbesuchern entsprechen einem Verletzten pro 100 000 Kiezgäste.

(*Wolfhard Ploog* CDU: Sind 40 zu viel!)

– Klar ist das immer noch einer zu viel und sind es auch 40 zu viel.

(*Wolfhard Ploog* CDU: Genau!)

Dennoch wage ich die These, dass auch in anderen Stadtteilen oder Städten die Verletztenquote unter 100 000 Kneipen-, Bar- und Discobesuchern ähnlich oder gar höher ist. Diese Zahl folglich als Kernbegründung einer signifikanten Einschränkung von Grundrechten heranzuziehen, erscheint uns Liberalen eben nicht mehr angemessen und verhältnismäßig.

(Beifall bei der FDP)

Vielmehr, Herr Münster, vermuten wir dahinter pure Symbolpolitik nach dem Motto: Schaut her, wir tun etwas. Gleichzeitig werden Polizei und BOD mit Buchhaltungsarbeit für die Statistik beschäftigt. Der Antrag der SPD-Fraktion fordert dies nun zu allem Überfluss auch weiterhin. Wo bleibt hier die Aufgabenkritik? Zusätzlich benötigtes Personal zur Überwachung des Glasflaschenverbots fehlt an Wochenenden gegebenenfalls sogar in anderen Stadtteilen. Die polizeiliche Kriminalstatistik der vergangenen Jahre weist für den Stadtteil St. Pauli zudem ganz andere Probleme aus. Während nämlich die Zahl der Gewalttatsdelikte relativ konstant bleibt, schnellt die Anzahl der Diebstähle, vor allem der Taschendiebstähle, um gut 2000 Fälle in die Höhe. BOD und Polizei sollten daher eher verstärkt auf Diebstahlsdelikte achten und gegebenenfalls auch kontrollieren.

Ob die Wirksamkeit des Gesetzes statistisch signifikant ist, wurde nicht wirklich evaluiert. Gibt es statistische Ausreißer, andere Gründe für den Rückgang, beispielsweise die kalte Witterung, sodass weniger Aufenthalt im Freien stattfindet, oder das rechtzeitige Entsorgen von Tatmitteln? Darauf verweist auch der Zusatzantrag der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN. Haushaltspolitisch ist dieses Gesetz ebenfalls bestenfalls eine Nullnummer. Verwarn- und Bußgeldeinnahmen werden von Sonderfahrten der Stadtreinigung zum Leeren der Glascontainer und erhöhtem Zeit- und Personalbedarf des BOD beziehungsweise der Polizei verbraucht. Zwar gibt es weniger Glasscherben direkt auf dem Kiez, wie sich Herr Münster gefreut hat, dafür hat aber auch die Plastikindustrie eine Riesenfreude.

Das Glasflaschenverbot reiht sich nun in eine Reihe anderer Beispiele für zunehmende staatliche Verbots- und Volkserziehungskultur in Hamburg ein. Darunter fällt zum Beispiel das Alkoholverbot im HVV, das Kontaktabbahnungsverbot in St. Georg, wenn es nach der CDU ginge, dann hätten wir



**(Finn-Ole Ritter)**

weitere lokale Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen, der Einsatz minderjähriger Spitzel beziehungsweise Testkäufer und Testspieler, der Irrsinn der Wahl zwischen Rauchverbot und Speisebewirtschaftungsverbot in Kneipen, die maximale Geräteanzahl von Spielhallen sowie deren baulicher Mindestabstand. Das Land gerät in den Würgegriff von rot-grünen, manchmal auch schwarzen Koalitionen der Volkserzieher und Tugendfurien.

(Beifall bei der FDP)

Für freiheitsliebende Liberale, wie wir es sind, ist das eine besorgniserregende Entwicklung.

(Dirk Kienscherf SPD: Das tut uns leid!)

Früher kam der Obrigkeitsstaat mit Gummiknüppel und Pickelhaube, heute kommt er im Leinenjackett auf Birkenstocksandalen und mit einer Vollkaskoversicherungsmentalität. Es geht Maß und Mitte verloren, wenn keine liberale Kraft bremst. Deshalb gilt auch in Sachen Glasflaschenverbot für uns: Es herrscht nach wie vor erheblicher Klärungsbedarf, ob man dieses Flaschengesetz wirklich noch braucht. Aus diesem Grund stimmen wir Liberale einer Überweisung der beiden Anträge zu und freuen uns auf die Diskussion im Innenausschuss.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Schneider.

**Christiane Schneider** DIE LINKE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sehen diesen Klärungsbedarf auch. Wir haben seinerzeit gegen das Glasflaschenverbot gestimmt. Wir haben damals durchaus das Problem gesehen, das Glasflaschen darstellen, wenn sie, meistens spontan, als Waffen zum Einsatz kommen. Das Verletzungsrisiko ist auf jeden Fall sehr groß und vor allem das Risiko, dass es zu schweren Verletzungen kommt, die gar nicht beabsichtigt waren, sondern im Affekt entstehen.

Nach mehr als dreieinhalb Jahren Glasflaschenverbot können wir jedenfalls konzedieren, dass der Rückgang der gefährlichen Körperverletzungsdelikte, bei denen Glasflaschen zum Einsatz kommen, evident ist. Die Zahl dieser Delikte ist von 2008, also dem Vorjahr des Verbots, bis 2012 um ein Drittel zurückgegangen, und zwar kontinuierlich. Das finde ich, auch wenn die Gesamtzahl klein ist, trotzdem viel.

Wir haben damals auch ein anderes Problem gesehen, nämlich das Eskalationspotenzial, wenn die Polizei Jugendlichen die Flasche wegnimmt und den Alkohol ausschüttet. Es kommt dann zu Menschenansammlungen, zu Aufruhr und so weiter. Diese Befürchtung scheint sich nicht bewahrheitet zu haben. Damit ist ein weiteres Argument, das uns damals bewogen hatte, gegen das Glasfla-

schenverbot zu stimmen, zumindest derzeit entkräftet. Nach den Reden von Herrn Münster und Herrn Warnholz wachsen allerdings meine Zweifel, ob sie wirklich entkräftet sind.

Wir schließen uns dem Anliegen des Zusatzantrags der GRÜNEN an. Aber es geht uns nicht nur darum, wie groß der polizeiliche Aufwand für die Durchsetzung des Glasflaschenverbots ist, sondern wir möchten in diesem Zusammenhang – da kann ich ausnahmsweise einmal bei Herrn Ritter anknüpfen – vor allem wissen, wie intensiv die Grundrechtseingriffe sind, wie viele Menschen zum Beispiel verdachtsunabhängig durchsucht werden. Wir möchten wissen, ob der Großteil der Bußgelder verhängt wird, weil die Leute schon die Flasche in der Hand haben, also die Polizei ihnen auf der Straße begegnet, oder wie oft es vorkommt, dass jemand ein Bußgeld zahlen muss, obwohl er eine Flasche im Rucksack hat, die er gar nicht spontan als Waffe benutzen kann.

Diese Fragen möchten wir gern an den Ausschuss überweisen und ausführlich diskutieren, um die verschiedenen Argumente abzuwägen. Wir sind da offen, aber nach den Reden von Herrn Münster und Herrn Warnholz sind meine Zweifel wieder gewachsen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Trotz der Zweifel sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir unverzüglich zur Abstimmung kommen können.

Wer einer Überweisung der Drucksachen 20/7423 und 20/7571 an den Innenausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist angenommen.

Wir kommen zum Punkt 41 der Tagesordnung, Drucksache 20/7398, Antrag der CDU-Fraktion: Ausbau Central Terminal Steinwerder – Planung jetzt!

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Ausbau Central Terminal Steinwerder (CTS) –  
Planung jetzt!  
– Drs 20/7398 –]**

Die Fraktionen der SPD und der FDP möchten diese Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Ohlsen.

**Olaf Ohlsen** CDU:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede zwei, drei Bemerkungen. Arno Münster und ich waren zwei Tage in Kiel zur Maritimen Konferenz. Die fro-



**(Olaf Ohlsen)**

he Botschaft für die deutschen Reeder ist, dass die Pool-Besteuerung wohl vom Tisch ist, wie die Kanzlerin uns mitgeteilt hat. Und zweitens ist der Nord-Ostsee-Kanal hier in guten Händen. Wir müssen aber unsere Haushälter, lieber Herr Tjarks, dort, wo sie tätig sind, nämlich in Berlin, motivieren, dieses zu begleiten.

Mich stört im Moment, dass bei diesem wichtigen Thema unser Wirtschaftssenator nicht anwesend ist. Ich hoffe und gehe einmal davon aus, dass er wichtige Termine hat, denn es geht wirklich um zentrale Themen in diesem Bereich. Ich halte die Anwesenheitspflicht eines zuständigen Senators für opportun und zweckmäßig.

(Beifall bei der CDU)

Wie wir aus der Presse erfahren durften, plant der Senat beziehungsweise der Wirtschaftssenator einen Kreuzfahrtterminal im Bereich des mittleren Freihafens an einer Stelle, die ich nicht für gut halte, das heißt, an einer Stelle, wo es logistisch schwierig wird, einen Kreuzfahrtterminal für 50 Millionen Euro zu errichten. Im Grunde genommen ist hier nämlich die Verkehrsanbindung sehr, sehr schlecht. Die Fahrgäste, die nach Hamburg kommen, bekommen nicht den allerbesten Eindruck, weil sie hier auf riesengroße Schrottberge der Firma Buss sehen müssen.

Insofern halte ich diese Maßnahme, die wir aus der Presse erfahren haben, für nicht gut. Ich werde nachher noch im Einzelnen darauf eingehen. Wir müssen, sehr geehrte Damen und Herren und liebe Kollegen, auch im Parlament noch einmal darüber sprechen, denn es ist unstrittig, dass wir das dritte Kreuzfahrtterminal brauchen. Zum Übersee-Zentrum werden wir nachher noch ein paar Sätze verlieren.

Es reicht nicht, als Wirtschaftssenator und Strahlmann durch den Hamburger Hafen zu gehen, in jedes Mikrofon zu beißen, die heile Welt zu verkünden und dann mit solchen Nachrichten zu kommen. Das bringt uns nicht zusammen und es reicht nicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE – Wolfgang Rose SPD: Von wem redest Du?*)

Arno, du kannst doch nichts dafür.

(Beifall bei der CDU)

Mal unter uns, er ist nämlich leider Gottes nicht hier: Der Senator wäre gut beraten, sich auch einmal um sein Haus zu kümmern, denn da ist es nicht sehr gut bestellt. Wenn es da schon Wetten gibt, ob wir den Senator wieder auf Mikrofonsuche schicken sollten, damit wir unsere Ruhe im Hause haben, dann zeigt das, dass er seine Schwerpunkte vielleicht auch einmal ins Haus legen muss.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Rose SPD: Olafs Märchenstunde!*)

Zum Thema Hafentwicklungsplan haben wir in diesem Hause eine ganze Menge erzählt und beschlossen. Der Senator hat mit vollmundigen Worten verkündet, dass dieser Hafentwicklungsplan mit sehr, sehr großer Beteiligung der Hafenwirtschaft zustande gekommen sei und deshalb auch verspätet ist. Wir haben dieses damals zähneknirschend zur Kenntnis genommen, weil wir auch davon ausgehen durften, dass bei 95 Prozent des Inhalts des Hafentwicklungsplans die CDU ihre Handschrift hinterlassen hat.

(*Wolfgang Rose SPD: Hafen finanziert Hafen, ja, ja!*)

Was wir vermissen, lieber Herr Kollege Rose, ist ein ganzheitliches Konzept zur Entwicklung des mittleren Freihafens. Das haben wir mehrmals angemaht und bisher keine entsprechenden Auskünfte bekommen. Es hat nämlich ein Markterkundungsverfahren stattgefunden, das international zur Kenntnis genommen wurde. Es wurden Ausschreibungen getätigt, die auch Ergebnisse gebracht haben. Und danach ruhte still der See und es passierte nichts.

Es ist auch im Sinne der Opposition, hier noch einmal nachzufassen und zu fragen, was nun passiert, wie die Zeitabläufe sind und was wir eigentlich mit dem mittleren Freihafen wollen, auch vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Situation, wie sie sich im Moment darstellt. Die Terminalbetreiber – ich nenne einmal Westerweiterung EUROGATE, Ertüchtigung Burchardkai im laufenden Betrieb, Tollerort und auch CTA – müssen auch die Ladungsströme für die nächsten Jahre bewältigen können.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Das heißt also, wir müssen nicht mit voller Kraftanstrengung ein riesengroßes Terminal im mittleren Freihafen errichten. Wir hätten viel Zeit und möchten den Senat bitten, uns ein Konzept zu geben, an dem wir uns politisch beteiligen können. Das ist bisher nicht geschehen und das ist schade.

Der geplante Bau des dritten Kreuzfahrtterminals im mittleren Freihafen blockiert das Ganzheitliche. Es wird nach meiner politischen Auffassung in den nächsten Jahren ein ganzheitliches Konzept nicht geben können, weil ein Provisorium für 50 Millionen Euro für einige Jahre errichtet wird, das im Grunde genommen die Gesamtentwicklung im mittleren Freihafen blockiert. Ich hätte gern diesbezüglich Antworten vom Senat. Leider Gottes ist der Wirtschaftssenator heute nicht anwesend.

Dieses Markterkundungsverfahren hat internationale Beachtung gefunden, insofern ist auch dieses

**(Olaf Ohlsen)**

Signal an die internationale Wirtschaft fatal und nicht positiv.

(Zuruf von *Arno Münster SPD*)

– Arno, es bringt doch nichts, wenn der Senat nur für den Papierkorb arbeitet. Das ist doch dummes Zeug, bei aller Liebe.

(Beifall bei der CDU)

Dann durften wir aus der Presse erfahren, dass ein Kreuzfahrtunternehmen, Carnival, am Übersee-Zentrum eine große Anlage plant mit Unterstützung von 180 Millionen Euro. Das könnte auch unseren Vorstellungen entsprechen, weil das ein idealer Platz ist. Aus welchen Gründen der Senat diese Pläne nicht weiter verfolgt hat, ist uns schleierhaft. Auch hier hätte ich heute ganz gern den Senat gefragt, warum, wieso und weshalb diese Chance für die Zukunft vertan wird. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere den Senat auf, wieder zügig Gespräche mit dieser Reederei aufzunehmen und zu einer positiven Entwicklung zu kommen, die Hamburg und dem Hafen zugute kommt.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere den Senat gleichzeitig auf, für den mittleren Freihafen und eine ganzheitliche Entwicklung eine Studie zu machen, an der sich die Kommunalpolitiker beziehungsweise die Bürgerschaftsabgeordneten und wir als Opposition hochhangeln können und an der wir mitbieten können. Hier ist die Opposition gefordert, tätig zu werden. Ich scheue mich überhaupt nicht, diesem Senator, wenn er diesen Empfehlungen nicht folgen sollte, eine Empfehlung mit auf den Weg zu geben, nämlich einen Dreizeiler: Hiermit lege ich mein Mandat mit sofortiger Wirkung nieder, weil ich nicht willens und in der Lage bin, meinen Job vernünftig auszuführen zum Wohle der Freien und Hansestadt Hamburg. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Balcke, Sie haben das Wort.

**Jan Balcke SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber, geschätzter Kollege Ohlsen, Sie haben mehrmals in Ihrer Rede strapaziert, dass der Senator heute nicht da sei.

(*Ralf Niedmers CDU:* Das ist doch auch so!)

Zur Wahrheit gehört natürlich – und das ist eine Stilfrage, möglicherweise bezeichnend –, dass im Vorwege mehrmals der Versuch gemacht wurde – ich glaube sogar, dass Sie darüber gar nicht informiert waren –, die heutige Debatte mit der themengleichen morgigen Debatte zu verknüpfen.

Das wurde vonseiten der Opposition abgelehnt. Das gehört heute aber zur Wahrheit.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – *Dietrich Wersich CDU:* Wir wissen nicht, ob das gut ist oder nicht!)

Um bei der Stilfrage zu bleiben: Wenn der Senator nicht anwesend ist, dann gehört es sich nicht, ihn ewig zu zitieren und ihm Fragen zu stellen, die er heute nicht beantworten kann.

(Zurufe von der CDU – *André Trepoll CDU:* Was ist das denn für eine Auffassung!)

Wir setzen uns heute mit einem Antrag auseinander, der an Inhaltslosigkeit gar nicht zu überbieten ist, weil er nämlich separat aus dem – und das ist Ihnen alles bekannt, Herr Ohlsen – Hafententwicklungsplan ein ganz kleines Karo herauszieht und meint, jetzt einen Skandal wittern zu können, weil eine mögliche Entwicklungsfläche nicht entsprechend genutzt wird. Das ist falsch und das wissen Sie, Herr Ohlsen. Richtig ist, dass wir einen Hafententwicklungsplan vorangebracht haben, und daran ist bekanntermaßen – es ist gut, dass Sie es immer wieder betonen – Schwarz-Grün gescheitert, und zwar kläglich gescheitert.

(*Dietrich Wersich CDU:* Stimmt doch gar nicht!)

Sie haben nichts zustande gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Und in diesem Hafententwicklungsplan wird eindeutig auf die Flächenpotenziale im Hafen eingegangen, übrigens auch auf die im mittleren Freihafen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Entwicklungspotenzial im Hinblick auf weitere Terminals durchaus an dieser Stelle gegeben ist. Wir können uns aber natürlich nicht vor den Wachstumsprognosen verschließen, und zwar in zweierlei Hinsicht,

(*Dietrich Wersich CDU:* Welche gelten denn jetzt?)

zum einen hinsichtlich der Wachstumsprognosen im Bereich des Containerumschlags. Wir müssen dieses Thema natürlich immer wieder besprechen. Sie liegen entgegen 2006 nicht, wie man damals dachte, bei 15 Millionen Euro Umschlag, sondern nach wie vor und leider bei unter 10 Millionen Euro. Darauf müssen wir nun reagieren, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

(Beifall bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Das tut der Senat, indem er genau für dieses Thema jetzt Entwicklungspotenziale aufzeigt. Und das ist doch richtig, so müssen wir agieren.

(Zuruf von *Olaf Ohlsen CDU*)

**(Jan Balcke)**

Wenn wir uns nun den CTS und die Perspektiven anschauen, dann haben wir im Moment die Verlängerung der Fläche von Buss; das wissen wir. Sie nutzen sie weiter. Warum? Weil im Moment keine Anschlussnutzung in dem Umfang, wie sie möglicherweise sinnvoll und auch wünschenswert wäre, vorhanden ist. Das sind die Rahmenbedingungen.

*(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ach!)*

Wir haben aber perspektivisch Kapazitäten.

*(Dietrich Wersich CDU: Was haben Sie denn gemacht!)*

Und CTS ist natürlich das Zukunftsprojekt im Hafen, das wissen wir, und das Potenzial müssen wir uns erhalten anstatt jetzt voreilig Entscheidungen zu treffen, die uns möglicherweise in einigen Jahren einholen.

Warum Zwischennutzung? Darum geht es doch. Wir brauchen eine Zwischennutzung, weil wir das Wachstumspotenzial auch in anderer Hinsicht berücksichtigen müssen, nämlich im Hinblick auf das Wachstumspotenzial der Kreuzfahrtbranche. Dort haben wir einen Boom zu erwarten, und diese veränderten Rahmenbedingungen gilt es hier mit einzupreisen.

*(Olaf Ohlsen CDU: Dann machen Sie das doch!)*

Wir reden – Herr Ohlsen, ich kann mich auch nur auf das beziehen, was in der Presse stand – über das Potenzial von 50 Millionen Euro.

*(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch schwach!)*

Besonders bezeichnend finde ich, dass Sie an dieser Stelle einen Zeitungsbericht zitieren, in dem ausdrücklich aus offensichtlich vertraulichen Verhandlungen berichtet wird. Wir tun das ausdrücklich nicht, weil die Verhandlungspartner sich nämlich darauf verständigt haben, das an dieser Stelle auszuklammern. Und das ist unserer Auffassung nach auch richtig so.

*(Glocke)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Jan Balcke** SPD: Ja.

**Zwischenfrage von Dietrich Wersich** CDU: Ist es richtig, dass Wirtschaftssenator Horch selbst in einem Pressehintergrundgespräch diese Meldung für das Provisorium an CTS öffentlich gemacht hat?

**Jan Balcke** SPD (fortfahrend): Was der Wirtschaftssenator in Presseanfragen sagt, dazu neh-

me ich heute nicht Stellung, weil er nicht da ist. Was richtig ist, hat der Senator getan.

*(Zurufe von der CDU)*

– Hören Sie doch zu.

Er hat auf eine Frage reagiert, wie er denn mit diesen Potenzialen, die sich auftun, gedenke umzugehen. Darauf müssen wir uns doch konzentrieren.

Jetzt kommt das Thema eines möglicherweise dritten Kreuzfahrtterminals. Da liegt es doch auf der Hand, auf der Fläche, die Herr Ohlsen gerade beschrieben hat, ein derartiges Provisorium zu schaffen, das vielleicht für 10 bis 15 Jahre diese Perspektive aufzeigt, ohne sich aber grundsätzlich davon zu verabschieden, dass der CTS im Hinblick auf ein Containerterminal nicht mehr infrage kommt. Das ist unserer Meinung nach richtig und weitschauend.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir müssen natürlich den Boom der Kreuzfahrtbranche berücksichtigen. Deswegen, da sind wir uns wahrscheinlich auch einig, ist es notwendig, ein drittes Kreuzfahrtterminal zu eröffnen. Dabei unterstützen wir den Senat ausdrücklich. Es ist schon grenzenlos naiv von der CDU – ich habe auch einige Einlassungen von den GRÜNEN gehört – zu meinen, dass ein internationaler Konzern wie Carnival derart altruistische Motive hätte,

*(Andreas C. Wankum CDU: Das hat doch keiner gesagt!)*

dass er Hamburg irgendeine milde Gabe zur Verfügung stellen würde. So ist es nicht. Die Thematik ist hoch komplex. Es birgt finanziell hohe Risiken.

*(Farid Müller GRÜNE: Was wissen Sie mehr als wir?)*

Es drängen wettbewerbsrechtliche Fragen, die nicht beantwortet sind. Die Stadt würde doch nicht leichtfertig ein Angebot von 180 Millionen Euro ausschlagen, wenn es eine finanzielle Entlastung bringt. Das ist grenzenlos naiv, Herr Ohlsen. Ich bin froh an dieser Stelle, dass nicht Sie die Regierungsverantwortung tragen, sondern wir.

*(Beifall bei der SPD)*

Diese Thematik ist nicht frei von Risiken und von Bedingungen, die natürlich Carnival aus ihrer Sicht völlig zu Recht stellt, sondern man muss sich genau ansehen, wie diese Verhandlungen nach meinem Kenntnisstand im Moment weitergeführt werden.

*(Dietrich Wersich CDU: Warum denn?)*

Sie haben offensichtlich mehr Informationen als wir, nämlich dass die Verhandlungen schon abgebrochen worden sind.

*(André Trepoll CDU: Warum informiert Sie denn keiner?)*

**(Jan Balcke)**

Das zeigt doch wieder Ihre Provinzialität. Es ist ein übliches Spiel von Carnival, übrigens überall auf der Welt, genauso zu operieren, nämlich aus zum Teil vertraulichen Gesprächen

*(Olaf Ohlsen CDU: Warum wissen Sie denn nichts?)*

über die Presse solche Themen nach außen zu tragen. Das lehnen wir ab, das machen wir nicht mit.

*(Beifall bei der SPD)*

Im Gegenteil, wir müssen die Chancen des mittleren Freihafens heute erkennen. Aber es ist ganz wichtig, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen,

*(Olaf Ohlsen CDU: Das ist nur peinlich!)*

sondern sich in Ruhe mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie darauf eingegangen wären – Herr Wersich, Sie haben die Verantwortung –,

*(Olaf Ohlsen CDU: Sie sind nicht informiert!)*

damit der Senator sich genau zu diesem Thema hätte äußern können. Das haben Sie ausgeschlagen. Das unterstreicht einmal wieder, dass es Ihnen mehr um Klamauk geht als um die Sache. Nicht, dass wir nicht von unserer Auffassung überzeugt sind, aber wir werden das Thema im Ausschuss besprechen und nächsten Freitag, Herr Ohlsen, haben Sie ausführlich Gelegenheit, dazu noch einmal Stellung zu nehmen. Dann werden wir Ihnen noch einmal genau auf den Zahn fühlen. – Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dr. Tjarks, Sie haben das Wort.

*(Wolfgang Rose SPD: Es ist doch alles geklärt!)*

**Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem zwei große Volksparteien zum Hafen geredet haben, hat man das Gefühl, dass es bei beiden eher ein Trauerspiel war. Herr Balcke, es gibt viele Fragen an den Senator. Wir wussten auch, dass er nicht da ist, deswegen haben wir die Debatte für morgen angemeldet. Nach Ihrer Rede sind die Fragen nicht weniger geworden, sondern sie sind deutlich angewachsen.

*(Beifall bei den GRÜNEN und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)*

Bei dem Antrag von Herrn Ohlsen, über den wir heute diskutieren, habe ich das Gefühl, dass er im Petitum nicht falsch ist. Man sollte einmal über den CTS reden. Aber er hat trotzdem einen zentralen Denkfehler. Der Denkfehler besteht darin, dass wir glauben, man bekämpfe eine Situation. Im Hafen

haben wir 14 Millionen TEU Umschlagskapazitäten. Davon haben wir 9 Millionen Umschlag, und zwar Standard seit 2006, immer dasselbe und ohne viel Wachstum. Dann bekämpft man aber diese Umschlagsflaute nicht damit, dass man auf Teufel komm raus neue Umschlagsanlagen baut.

*(Olaf Ohlsen CDU: Das will doch gar keiner!)*

Dafür muss erst einmal der Umschlag kommen, und dann kann man auch Umschlagsanlagen bauen. Das muss man genau andersherum sehen als Sie das tun. Vor dem Hintergrund glauben wir, dass es, wenn man jetzt den CTS einfach ausschreiben würde, wie Sie das wollen, dann nicht nur große Investitionskosten wären, sondern das Geld wäre buchstäblich zum Fenster hinausgeschmissen worden. Das gibt am Ende einen harten Aufschlag, und das wollen wir nicht. Insofern lehnen wir den Antrag inhaltlich ab.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Aber, und deswegen überweisen wir den Antrag auch, Sie stellen eine ganz richtige Frage, nämlich was eigentlich mit Steinwerder passieren soll.

*(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch die Grundsatfrage, wirklich!)*

– Ja, das ist die Grundsatfrage.

Ich bin auch sehr froh, dass wir das im Ausschuss diskutieren können. Wir haben nämlich den Hafenentwicklungsplan "Hamburg hält Kurs" und darin steht, dass bis 2025 in Steinwerder Warenumschlag, Produktion und Logistik stattfinden sollen. Ein halbes Jahr später, nachdem dieser Hafenentwicklungsplan nun verabschiedet worden ist, sagt Senator Horch, er möchte das alles gar nicht mehr machen, er möchte jetzt Kreuzfahrttouristen abfertigen. Ich habe wirklich noch nie einen Senator erlebt, der seinen eigenen Masterplan für die nächsten zwölf Jahre in einem Halbsatz über den Haufen wirft, der dies in einem Pressegespräch tut, in dem es um ein ganz anderes Thema geht, und der nebenbei wichtige Investoren dieser Stadt wahrscheinlich verprellt hat. Da erwarte ich morgen einige Antworten auf die Fragen, die hier gestellt werden, denn sonst ist das nicht "Hamburg hält Kurs", sondern dieser Kurs gleicht eher dem eines betrunkenen Matrosen.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine Damen und Herren! Es stellt sich natürlich die Frage, warum der Senator plötzlich auf Kreuzfahrttouristen setzt und nicht mehr auf Produktion und Umschlag. Es liegt daran, dass er eine simple Erkenntnis gewonnen hat, die man auch früher hätte haben können. Er hat nämlich gesagt – Zitat –:

"Das große Wachstum im Containerumschlag ist vorbei."

**(Dr. Anjes Tjarks)**

Wenn man sich die letzten sieben Jahre seit 2006 ansieht, dann ist das genau richtig, und es ist auch nicht zu erwarten, dass sich das in näherer Zukunft ändert. Ich glaube nur, dass es wirklich wichtig wäre, diesen Paradigmenwechsel auch einmal zu erklären, weil er nämlich die letzten zwei Jahre komplett das Gegenteil erklärt hat. Herr Ohlsen, Sie waren am Anfang sehr friedlich dem Senator und seiner Rede gegenüber, am Ende waren Sie aber sehr deutlich, und ich kann mich eher den letzten Worten anschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Olaf Ohlsen CDU*: Immerhin!)

In Bezug auf Carnival werden wir sicherlich noch ein bisschen Aufklärung bekommen. Aber es stellt sich sehr deutlich die Frage, warum eigentlich Mister Israel, der zweite Mann bei Carnival – Zitat –, "tief enttäuscht ist." Warum hat er sich eigentlich so geärgert über den Senator? Es gibt auch ein paar Sachen, die nicht im Plenum geklärt werden müssen, aber durch Anfragen und auch im Ausschuss. Da müssen wir wirklich klären, ob sich der Senator so professionell verhalten hat, wie man das von einem Wirtschaftssenator erwartet, nämlich dass man mit Investoren redet. Man kann ihnen meinetwegen auch eine Absage erteilen, wenn man mit dem Projekt nicht einverstanden ist. Aber man kann nicht sagen, man möchte unterschriftsreife Verträge haben und sich dann diese Verträge nicht einmal anschauen.

(*Jan Balcke SPD*: Woher wissen Sie das alles?)

– Das kann Herr Horch morgen genau erzählen, was er damit meinte.

Letztlich bleibt die Erkenntnis, dass wir dringend über Steinwerder reden müssen. Wir müssen dringend über den Hafententwicklungsplan reden. Herr Horch ist diesem Plenum und auch der Öffentlichkeit dringend ein paar Antworten schuldig. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Herr Kluth, Sie haben das Wort.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich eben die Worte des Kollegen Balcke gehört habe, habe ich mich gefragt, wen er eigentlich meint, wen er anspricht und was er an dem Kollegen Ohlsen kritisiert. Es war doch nicht der Kollege Ohlsen, der am Dienstag nach Ostern in einem Pressegespräch, in dem es um Kostenexplosionen im Hafen gehen sollte, mit einem Mal mit seinem Plan herausgerückt ist, jetzt eine zehnjährige Zwischennutzung in Steinwerder für einen Kreuzfahrtterminal in Gang zu bringen und in einer Nebenbemerkung den gerade einmal fünf Monate alten Hafententwicklungsplan

außer Kraft gehoben hat. Herr Balcke, es war nicht der Kollege Ohlsen, das war Ihr Senator Horch.

(Beifall bei der FDP, der CDU, den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Aber zurück zum eigentlichen Thema, dem CTS. Das CTS ist eines der letzten großen, zusammenhängenden Areale im Hafengebiet, die die Stadt entwickeln und planen kann. Nach einem Rückbau der alten Kaianlagen und Verfüllung der alten Hafenbecken sind immerhin etwa 125 Hektar wasserseitig geeignet für die Anlandung und auch für das Manövrieren von Großcontainerschiffen. Wir sind immer noch optimistisch, dass aus der Fahrrienenanpassung noch etwas wird und dass diese großen Schiffe Hamburg zukünftig anlaufen können. Schließlich ist es in der Stadt auch ein offenes Geheimnis, dass die HPA schon beträchtliche Geldbeträge aufgewandt hat, um auf Steinwerder Vertragsverhältnisse mit bisherigen Nutzern aufzulösen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: 100 Millionen!)

Herr Balcke, es ist richtig, wir haben jetzt eine Zwischennutzung, das ist gut so, aber es war für den Steuerzahler ziemlich teuer. Wenn wir uns dann die Bedeutung dieses Areals anschauen und auch die aufgewendeten Kosten, dann steht das schon in einem eklatant umgekehrten Verhältnis zu den konkreten Planungsfortschritten und auch zu der Klarheit, die uns der Senat und die HPA in Sachen Steinwerder bieten oder vielmehr nicht bieten.

Im Jahr 2009 hat – das ist bekannt – ein großes internationales Markterkundungsverfahren stattgefunden. Über 30 Umschlagsbetriebe internationaler Hafenbetreiber, Investoren und Beratungsunternehmen sind befragt worden. Die innovativsten Vorschläge haben sogar einen Preis erhalten. Aber was dann wirklich dabei herausgekommen ist, bleibt auch heute noch nebulös.

Der erste Entwurf des HEP aus dem Jahre 2010 las sich, jedenfalls was die weitere Entwicklungsstrategie für Steinwerder betraf, eher wie ein unentschlossenes Potpourri und weniger wie eine Entwicklungsstrategie. Die Zusammenfassung klingt daher eher wie eine flauere Realsatire – ich zitiere –:

"Die HPA konnte durch das Markterkundungsverfahren neue Erkenntnisse gewinnen, die in die weiteren Konzeptüberlegungen einfließen werden."

– Zitatende.

Immerhin, unglaublich, eine klare Strategie sieht anders aus. Man kann es auch mit den Worten zusammenfassen: außer Spesen nichts gewesen.

(Beifall bei der FDP)

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

Im Rahmen der Diskussion über den zweiten Entwurf des HEP hat es dann zwar einen Workshop zur Flächenstrategie und zum CTS gegeben, aber dabei ist auch nicht mehr Klarheit für die zukünftige Entwicklungsstrategie von Steinwerder herausgekommen, allenfalls die etwas verklausulierte Formulierung, zukünftige Flächenvergaben sollten mehr an den Kriterien Wertschöpfung und Nachhaltigkeit orientiert sein. Die Formulierung könnte einen gewissen Hinweis in Richtung weg von einer reinen Nutzung für Containerumschlag und hin zu einer stärkeren Nutzung der Flächen auch für transportaffine Produktions- und Industrieunternehmen geben.

Interessant ist aber auch, dass auf meine Schriftliche Kleine Anfrage zur Kostenentwicklung bei den wichtigsten Verkehrs- und Infrastrukturprojekten im Hafen der Senat noch am 26. März wörtlich geantwortet hat, dass er konkrete Zahlen für die Entwicklung von Steinwerder deshalb nicht nennen könne, weil in die Finanzierung in möglichst großem Umfang private Investoren oder Dritte einbezogen werden sollten. Welche privaten Investoren mit welchen Nutzungen und welchen Investitionsvolumen das sein sollten, dazu gab es nur Schweigen im Walde.

Letzte Woche lernten wir nun, dass der Senator 60 Millionen Euro für eine Zwischennutzung von Steinwerder als Standort für einen dritten Kreuzfahrterminal in die Hand nehmen will. Das ist also gerade das Gegenteil von dem, was eine Woche vorher, am 26. März, mitgeteilt worden war. Es ist gerade keine Einbeziehung von privaten Investoren, wie noch vorher behauptet wurde. Einer dieser privaten Investoren, nämlich die weltweit größte Kreuzfahrt-Reederei, wird stattdessen verprellt und vor den Kopf gestoßen. Und nebenbei, ich hatte es eingangs schon gesagt, setzt Wirtschaftssenator Horch dabei auch noch den gerade erst im Oktober beschlossenen Hafenentwicklungsplan mehr oder minder im Alleingang außer Kraft. Der ging nämlich noch von einer sehr optimistischen Umschlagprognose aus, Stichwort 25 Millionen TEU in 2025. Heute, wenige Monate später, malt Wirtschaftssenator Horch die Entwicklung des Containerumschlags hingegen in düsteren Farben und will stattdessen in Steinwerder Kreuzfahrtschiffe anlegen lassen.

Aber wer sonst, wenn nicht Senator Horch, sollte wissen, dass die schwierige Situation des internationalen Seegüterverkehrs nicht erst in den letzten fünf Monaten entstanden ist. Was hat sich also eigentlich in den letzten fünf Monaten seit der Vorlage des HEP und den neuen Plänen des Senators verändert? Eigentlich gar nichts. Im Ergebnis gilt für die Wirtschafts- und Hafenpolitik von Senator Horch also einmal mehr: Verlässlichkeit und Beständigkeit sehen anders aus. Der hoch gelobte Dialogprozess zur Hafenentwicklung wird damit zur Makulatur. Und wie die zusätzlichen 60 Millionen

Euro für den provisorischen, auf eine nur zehnjährige Nutzung angelegten Terminal aufgebracht werden sollen, bleibt dabei genauso offen wie die gesamte Finanzierung der wichtigen Investitionsvorhaben für den Hafen. Der Senator ist außerdem bislang eine Antwort schuldig geblieben auf die Frage, wie er die Kostenexplosion bei den größten Verkehrs- und Infrastrukturvorhaben – ich hatte es genannt – in den Griff bekommen will. Höchste Zeit also für ein stringentes, zukunftsorientiertes CTS-Entwicklungskonzept. Die FDP-Fraktion unterstützt daher den CDU-Antrag in der Sache. Wir freuen uns auf eine interessante Diskussion im Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, es ist unbestritten, dass das Auftreten des Wirtschaftssensors in den letzten Tagen an vielen Stellen nicht glücklich war. Das ist von allen, die nicht ein bisschen verblendet sind, deutlich festzustellen, und dementsprechend sollten wir diese Kritik auch durchaus vorbringen können. Andererseits möchte ich davor warnen, sofort auf Carnival – eine internationale Reederei, die weiß, wie sie mit Stimmungsmache agieren kann – und ihre Pressemitteilung hereinzufallen. Das sollten uns alle hier im Parlament die Erfahrungen, die wir mit HOCHTIEF und seinen Stellungnahmen gemacht haben, gelehrt haben. Das wollen wir erst einmal normal dargestellt bekommen und diskutiert haben, und dann werden wir sehen, was das bedeutet. Da würde ich ganz ruhig sein und diesen Menschen erst einmal nicht so richtig glauben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das Problem des Hamburger Hafens ist insgesamt aber größer als nur die Frage nach dem CTS. Die Reaktion von Herrn Senator Horch, die ich gleich noch einmal ein bisschen genauer unter die Lupe nehmen werde, zeigt, dass wir eine schwierige Situation haben. Ich würde fast wagen zu sagen, dass wir eine Krise des Hamburger Hafens haben, und in einer Krise braucht man einen starken Senator, der sich mit ihr auseinandersetzen muss.

Ich will kurz erklären, warum ich diese doch etwas kräftige Äußerung mache. Wenn wir seit sechs Jahren sagen – Herr Tjarks hat das schon dargestellt –, das Containeraufkommen werde kräftig wachsen, es seitdem aber stagniert, ist das ein Zeichen dafür, dass wir da nicht richtig vorankommen oder dass zumindest die Prognosen falsch gewesen sind.

**(Norbert Hackbusch)**

Wir haben uns in diesen Tagen den Geschäftsbericht der HHLA, immerhin ein sehr wichtiges Unternehmen für die Stadt, anschauen können und stellen fest, dass das Eigenkapital der HHLA signifikant sinkt. Die HHLA lebt gegenwärtig von ihrer Substanz – ein weiteres Krisenmoment.

*(Arno Münster SPD: Stimmt doch gar nicht! Das ist doch ein Ammenmärchen, was Sie da erzählen!)*

– Wenn das Eigenkapital um 13 Prozent sinkt, Herr Münster, und das müssten Sie im Aufsichtsrat doch wissen, dann ist das selbstverständlich ein kritisches Moment.

*(Beifall bei der LINKEN – Arno Münster SPD: Das hat doch mit der Eigenkapitalquote gar nichts zu tun!)*

Herr Münster, wir haben gegenwärtig in allen Hafenunternehmen die Situation, dass sich die Arbeitsbedingungen und zum Teil auch die Löhne verschlechtern; das können Ihnen die Kolleginnen und Kollegen dort berichten.

*(Arno Münster SPD: Das stimmt doch auch nicht!)*

Da gibt es kräftige Angriffe.

*(Arno Münster SPD: Also das kann doch nicht wahr sein, Kollege Hackbusch!)*

– Herr Münster, gerade Sie müssten sich doch über solche Sachen informieren.

*(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)*

Gehen Sie einmal zum GHB und fragen, was dort los ist. Das wissen Sie doch selber ganz genau.

*(Arno Münster SPD: Da war ich heute Morgen zur Vorstandssitzung und habe da Vorschläge unterbreitet!)*

– Sie sollten vielleicht mal mit den Kollegen reden und nicht nur die Vorstandssitzungen mitmachen.

*(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Arno Münster SPD)*

Nehmen wir als nächstes Moment Hapag-Lloyd. Hapag-Lloyd macht, im Gegensatz zu den vollmundigen Erklärungen des Bürgermeisters, keinen Gewinn, sondern belastet die Stadt zusätzlich. Ich bin trotzdem immer für den Verkauf gewesen, das habe ich damals auch deutlich zum Ausdruck gebracht, aber es ist ein weiteres Zeichen der Krise des Hamburger Hafens.

*(Olaf Ohlsen CDU: Rede mal nicht alles mies da!)*

Zum Nord-Ostsee-Kanal, Herr Ohlsen. Sie sagen, er sei in guten Händen. In welchem Zustand ist er denn? Unterhalten Sie sich einmal mit den Federreedern, wie da die Situation ist. Das belastet den Hamburger Hafen gegenwärtig sehr.

Ich will nicht noch darauf eingehen, in welchem Ausmaß die HPA nicht in der Lage war, ihre Projekte einigermaßen vernünftig zu finanzieren. Welche kräftigen Steigerungen wir dort haben, haben wir alle in der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn Kluth zu lesen bekommen. Dort stellen wir auch fest, dass nichts eingehalten wird. Lauter Krisenmomente, die einen kräftigen Senator brauchen, und bei denen wir feststellen, dass dieser Senator nicht kräftig ist.

*(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE – Olaf Ohlsen CDU: Schönwettermatrose!)*

Ihre Bezeichnung Schönwettermatrose ist für diesen Senator das Richtige, weil er zwar in der Lage ist, schöne Prognosen zu erstellen und 25 Millionen TEU zu versprechen, aber nicht, Krisen zu behandeln. Und wir wissen doch, dass es besonders kritisch wird, wenn man in schwierigen Situationen Krisen nicht ansprechen und nicht darüber reden kann, sondern alle so tun, als wäre alles gut.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Die SPD hat da dummerweise eine ganz schlechte Geschichte hinter sich. In der letzten Legislaturperiode haben Sie nicht nur die schwarz-grüne Hafenpolitik kritisiert – was ich in vielen Punkten unterstützt habe –, sondern auch so getan, als käme die Elbvertiefung sofort, wenn Sie erst an der Regierung sein würden. Das war ein falscher Eindruck. Herr Horch hat den Reedern fälschlich versprochen,

*(Karin Timmermann SPD: Was soll denn das!)*

dass wir spätestens 2012 die Elbvertiefung haben würden. Vor Kurzem hat er gesagt, es werde spätestens Herbst 2013 soweit sein, und auch das wird wieder nicht eingehalten werden. Wir wirken auf dieser Ebene nicht glaubwürdig, denn das kann der Senator gar nicht bestimmen, sondern das wird ein unabhängiges Gericht entscheiden.

Ich will noch etwas zum CTS sagen, weil das ganz wichtig ist. Ich habe durchaus mit Interesse von der Überlegung gehört, dort für eine gewisse Zeit ein Kreuzfahrterminal aufzubauen. Das ist eine Hafensfläche, und wir könnten uns noch einmal darüber unterhalten, ob Kreuzfahrer nicht auch Schrott der Firma Buss anschauen wollen. Das könnten wir im Ausschuss genauer besprechen, aber die grundsätzliche Idee, dass man das, was seit etlichen Jahren brach liegt und für das Schwarz-Grün der Firma Buss peinlicherweise viel Geld gezahlt hat, nicht lieber für irgendetwas nutzt, statt weiter darauf zu setzen, dass in Zukunft vielleicht irgendetwas passiert, ist durchaus eine Überlegung, die wir diskutieren sollten und die ich vom Senat nicht völlig falsch finde. Entscheidend wird es dabei aber sein, wie weit der Senat in der Lage ist, dort mit vernünftigen Finanzierungskonzepten

**(Norbert Hackbusch)**

zu arbeiten. Die Zeit ist vorbei, in der wir den Kreuzfahrtschiffen praktisch umsonst Anleger und Terminals gebaut haben, ohne sie refinanziert zu bekommen, wie es bei einem Flughafen oder anderswo selbstverständlich der Fall ist. In diesem Zusammenhang muss dringend die Passagier Fee eingeführt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen eine Refinanzierung auch dieser Investitionen im Hafen, und ich hoffe, dass der Senator stark genug ist, das durchzusetzen;

(*Olaf Ohlsen CDU*: Aber doch nicht in Steinwerder!)

ich habe da meine Zweifel.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Herr Balcke, Sie haben das Wort.

**Jan Balcke SPD**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, Sie haben zu Beginn und zum Ende viel Richtiges gesagt. Was ich nicht so stehen lassen kann, ist die abermalige Senatorenschelte. Es war – das sage ich ganz deutlich und darauf sind wir auch stolz – unser Wirtschafts-senator, der diesen Hafenentwicklungsplan überhaupt in Gang gebracht hat, wo Sie kläglich versagt haben.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Sie haben doch keine Ahnung!)

Nichts haben Sie geschafft. Wenn ich das sagen würde, dann könnte man noch sagen, da sagt eben ein Politiker nein, aber die Hafengewirtschaft selbst hat festgestellt, dass Sie es nicht auf die Reihe bekommen haben. Nichts haben Sie geschafft in der letzten Legislaturperiode. Wir haben den Hafenentwicklungsplan genau zu der Zeit geliefert, als er geliefert werden musste. Er sieht das notwendige Flexibilisierungspotenzial vor, und das brauchen wir.

(Beifall bei der SPD)

Senatorenschelte ist an dieser Stelle vollkommen unangebracht, in Ihren Reihen ist nichts zu sehen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Herr Dr. Tjarks, Sie haben das Wort.

**Dr. Anjes Tjarks GRÜNE**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balcke, ich bin etwas überrascht über Ihre Einlassungen. Sie haben einen Senator, der sagt: Ich mache einen Hafenentwicklungsplan, dessen Grundlage 25 Millionen Container bis zum Jahr 2025 sind.

(*Jan Balcke SPD*: Als Orientierungsrahmen, Anjes, das weißt du doch!)

Erst war das eine klare politische Zielvorgabe, dann war es eine Potenzialanalyse, dann ein Orientierungsrahmen,

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Jetzt ist es gar nichts mehr!)

und jetzt kommt der Senator und sagt, da wird gar nichts kommen, wir bauen da ein Kreuzfahrterminal hin – und das in einem Nebensatz vor einer Pressekonferenz. Dieser Senator weiß nicht, wohin er die Stadt und ihren Hafen steuert.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Das muss man festhalten, auch wenn er nicht da ist.

Es kommen ja noch mehr Probleme dazu. Ich möchte Herrn Hackbusch nicht wiederholen, nur so viel: Bei der HPA gibt es bis 2018 eine Finanzierungslücke von 760 Millionen Euro. Was sagt die Wirtschaftsbehörde dazu? Wir kommentieren das nicht, wir sagen nicht einmal, was da ist. Vielleicht weiß sie es auch nicht, vielleicht will sie es nicht wissen. Soll ich Ihnen noch etwas sagen? Diese Finanzierungslücke gab es nicht, als wir den ersten Haushalt der SPD beraten haben. Da muss man sich schon einmal fragen, wo die eigentlich herkommt. Wenn Sie dann sagen, dass diese Container nicht kommen und wir eine Finanzierungslücke haben, dann geht da massiv etwas nicht zusammen. Das muss der Senator jetzt in Passung bringen oder er muss der Stadt erklären, wie er es anders machen möchte; das machen wir dann morgen. Aber sich hinzustellen und zu sagen, es gäbe einen Hafenentwicklungsplan und alle anderen hätten versagt, ist, mit Verlaub, doch grob daneben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Herr Ohlsen, Sie haben das Wort.

**Olaf Ohlsen CDU**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balcke, es ist legitim, dass Sie sich für Ihren Senator ins Zeug legen, nur bringt das nichts. Er ist ein Schönwettermatrose, das ist auch okay, das ist nichts Schlimmes. Aber wenn Krisen kommen, dann erwarte ich jemand anderen, der die Krisen auch anpackt und nicht einfach in Deckung geht.

(Beifall bei der CDU)

Wir reden immer davon, dass wir Dedicated Terminals brauchen, weil wir private Investoren an den Hafenumkosten beteiligen wollen. Dann ist doch das beste Beispiel, 180 Millionen Euro zu investie-



**(Olaf Ohlsen)**

ren, aber der Senat winkt das ab. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, also kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7398 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig bei einigen Nichtbeteiligungen so angenommen.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 39 auf, das ist die Drucksache 20/7334, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Zukunftskommission Sport – Transparenz schaffen und Parlament beteiligen.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:  
Zukunftskommission Sport – Transparenz  
schaffen und Parlament beteiligen  
– Drs 20/7334 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Sportausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Blömeke, bitte.

**Christiane Blömeke GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 2011 war es, als Senator Neumann die Einsetzung der Zukunftskommission Sport mit folgenden Worten begleitet hat:

"Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam und möglichst über Parteigrenzen hinweg eine langfristige Strategie für den Sport in unserer Stadt zu entwickeln."

Das ist ein guter Grundsatz, aber zwei Jahre nach Einsetzen der Zukunftskommission stellt sich diese Ankündigung leider als Luftnummer heraus. Ich sage ausdrücklich leider, denn die Idee, die Sportakteure alle an einen Tisch zu bringen und gemeinsam Ziele für den Sport zu entwickeln, war und ist im Grunde auf jeden Fall gut. Doch unter der Regie von Ihnen, Herr Senator Neumann, hat sich die Zukunftskommission zu einem Hinterzimmergremium entwickelt.

(Karin Timmermann SPD: Was soll denn so ein Blödsinn?)

Hinter verschlossenen Türen stellt ein kleiner Kreis von Personen wichtige Weichen im Sport, und das Parlament hat nur noch die Aufgabe, die Entscheidung abzunicken. Das ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst auf Nachfrage bekräftigt der Senat, dass es richtig sei, den Abgeordneten keine Protokolle der Sitzungen zur Verfügung zu stellen. Zu meinem Er-

staunen verweigert der Senat sogar, darüber Auskunft zu geben, wann die Arbeitsgruppe dieser Zukunftskommission getagt hat. Nicht einmal das erfahren wir, und über das, was inhaltlich beraten wird, bekommen wir auch keine Auskunft. Ich frage mich: Warum diese Geheimniskrämerei? Das ist dem Sport nicht dienlich und alles andere als ein parteiübergreifendes Arbeiten. Für uns, Herr Senator – Sie sind ja immer sehr sportlich –, steht fest, dass wir Ihnen nur eine Medaille verleihen können, und die erhalten Sie für die Disziplin der Intransparenz.

(Beifall bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE und Heike Sudmann DIE LINKE)

Herr Senator, konfrontiert mit diesen Tatsachen rechtfertigen Sie und die SPD sich immer gerne damit, dass die Zukunftskommission kein staatliches Gremium sei, sondern unabhängig arbeite; das haben Sie auch mit Ihrer heutigen Pressemitteilung versucht deutlich zu machen. Das ist formal wohl richtig und es war auch die ursprüngliche Zielsetzung, aber es ist weder überzeugend noch ist es die Realität. In Wirklichkeit ist die Kommission personell so eng mit dem Sportamt des Senats verflochten, dass man von Unabhängigkeit nicht mehr reden kann. Das zeigt sich allein daran, dass Staatsrat Schwinke Vorsitzender der Zukunftskommission ist und Thomas Beyer, Chef des Sportamts und Mitglied der Zukunftskommission, für die Zukunftskommission Anfragen der Medien beantwortet. Zudem wurde die einzige öffentliche Veranstaltung der Zukunftskommission, der Sportkonvent, komplett vom Sportamt bezahlt. Damit ist die Zukunftskommission wirklich alles andere als unabhängig, wie es uns die SPD immer glaubhaft machen will.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, der Intransparenz. Intransparenz kann, wenn sie sich noch steigert, schnell den Verdacht auf Filz erzeugen. Gerade dort, wo Gelder fließen, ist Klarheit geboten, und Gelder fließen vor allem bei der Beratung der Zukunftskommission. Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass wir nicht die Notwendigkeit externer Beratung generell infrage stellen – das ist sicherlich eine richtige Arbeitsweise –, aber die Auftragsvergabe an Herrn Christian Hinzpeter wirft doch einige Fragen auf. Herr Hinzpeter erhält einen Beratervertrag ohne Ausschreibung, aber mit Unterschrift des Staatsrats, weil er laut Senatsantwort dafür der Beste sei. Da frage ich mich natürlich als erstes: Wie kann man das wissen, wenn nicht einmal Vergleichsangebote eingeholt werden?

(Dietrich Wersich CDU: Dann ist es noch leichter!)

Er erhält 1000 Euro für einen Beratertag. 80 Beratertage waren es im Jahr 2012, und auch für das Jahr 2013 werden vorsorglich 80 Beratertage für Herrn Hinzpeter angenommen. Das macht immer-

**(Christiane Blömeke)**

hin schon einmal 190 000 Euro in zwei Jahren. Was Herr Hinzpeter dafür geleistet hat, wird allerdings nicht transparent gemacht. Wenn ich davon ausgehe, dass die Zahlen im Sportbericht und aus den Senatsanfragen stimmen, dann hat Herr Hinzpeter die Kommission im Jahr 2012 bis November an vier Sitzungsterminen beraten. Ich denke, dass die Nachfrage da mehr als berechtigt ist, warum für vier Sitzungen 80 Beratertage und ein Verdienst von 95 000 Euro im Jahr abgerechnet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammen mit den rund 116 000 Euro, die Herr Hinzpeter im Jahr 2011 bereits für die Erstellung der Sport-Dekadenstrategie erhalten hat, und mit der Entlohnung für die Erstellung des Parksportkonzepts der igs ergibt sich in gut zwei Jahren eine Summe von rund 300 000 Euro. Meine Damen und Herren, das ist mehr, als der Erste Bürgermeister verdient. Vor dem Hintergrund, dass die Sportplätze jahrelang auf Sanierungen warten müssen und Kinder nicht schwimmen lernen können, weil es an Geld fehlt, um Wasserzeiten zu kaufen, ist das aus unserer Sicht eine unverhältnismäßig hohe Summe. Sie schütteln den Kopf, aber hier wäre ein bisschen Transparenz angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann mir auch nicht recht vorstellen, dass es dem Hamburger Sportbund sehr leichtfällt, seinen Anteil an diesen Beraterkosten zu zahlen, wenn auf der anderen Seite die Sportvereine ziehen und mehr Geld für den Breitensport benötigen.

Ein kleines Geschmäcke noch am Rande. Pikant ist nämlich ebenfalls, dass der heutige Leiter des Sportamts, Herr Thomas Beyer, und Christian Hinzpeter im Jahr 2011 noch Geschäftspartner waren und gemeinsam an der Erarbeitung der Dekadenstrategie mitgewirkt haben. Möglicherweise – die Antworten darauf können Sie geben – beruht darauf die Selbstverständlichkeit, mit der Herr Hinzpeter diesen langfristigen und doch stattlichen Beratervertrag erhalten hat.

Ich möchte, weil die SPD uns dahingehend kritisiert hat, an dieser Stelle deutlich sagen, dass uns die Autonomie im Sport wichtig ist; wir müssen auf jeden Fall dabei bleiben. Hier geht es aber um Transparenz und Beteiligung, und es ist schade, dass die SPD-Fraktion Transparenz und Beteiligung mit Parteiinteressen gleichsetzt. Das wird dem Ziel, parteiübergreifend zu arbeiten, und der vom Grunde her guten Einrichtung der Zukunftskommission und dem Sport generell einfach nicht gerecht.

Ich habe gehört, dass die SPD diesen Antrag schlichtweg ablehnen will.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Meine Damen und Herren von der SPD, das ist nicht nur schade, das ist traurig. Gerade vor dem

Hintergrund des Transparenzgesetzes, das Sie mitgetragen und forciert haben, ist das bedauerlich, denn wir haben es mit Vorgängen zu tun, bei denen wir Licht in das Dunkel bringen müssen und wo das Parlament ein Recht darauf hat zu erfahren, wo die Gelder hingehen. Es zeigt sich doch eigentlich, dass Ihr Bemühen, Transparenz in dieser Stadt herzustellen, auf andere Bereiche in dieser Stadt begrenzt ist, und dass es anscheinend eher Lippenbekenntnisse sind, wenn Sie über Transparenz reden. Wir reden über Beteiligung und über Transparenz und nicht darüber, dass wir dem Sport die Autonomie aberkennen wollen; das wollen wir nicht. Die Zukunftskommission ist im Grunde ein gutes Gremium, aber ich frage Sie, ob Sie guten Gewissens diese Gelder so ausgeben können, wo es dem Sport in anderen Bereichen sehr stark mangelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Timmermann, Sie haben das Wort.

**Juliane Timmermann SPD:\*** Frau Blömeke, ich weiß gar nicht so richtig, wo ich anfangen soll. Ich möchte mir aber doch die Mühe machen, Sie mitzunehmen und es Ihnen noch einmal zu erklären. Vielleicht ist das die Transparenz, die fehlt,

(Zuruf von Dr. Stefanie von Berg)

und vielleicht macht das dann auch deutlich, warum wir Ihren Antrag ablehnen.

(Zuruf aus dem Plenum: Vergebene Mühe!)

– Vielleicht ist es vergebliche Mühe, aber ich bin als Lehrerin hartnäckig, auch im Bereich Inklusion, ich gebe nicht auf.

(Beifall bei der SPD)

2009 hat die Bürgerschaft die Erarbeitung eines Sportentwicklungsplans beschlossen. Daraufhin erfolgte die Untersuchung der Sportlandschaft in Hamburg durch Professor Wopp von der Universität Osnabrück. Im Dezember 2010 wurde der Bericht der Stadt übergeben. Auftrag war, die Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten von Sporträumen, Jugend-, Kinder- und Freizeitsport, Sportveranstaltungen und Leistungssport zu untersuchen. Ein Punkt ist als besonders bemerkenswert zu betrachten: Obwohl es nicht Untersuchungsauftrag war, gibt es in dem Gutachten ein Kapitel "Hamburger Sportakteure". Es hat sich herausgestellt, dass es in Hamburg – anders als in anderen Städten wie zum Beispiel Berlin, für die Gutachten erstellt wurden – eine Sportakteurlandschaft gibt, die zwar groß und vielfältig ist, was auch positiv angemerkt wurde, aber auch zerstritten wie noch nie. Ich zitiere aus dem Bericht.

**(Juliane Timmermann)**

"[Es gibt] keine gemeinsam, von allen Akteuren getragenen Ziele für den Sport in Hamburg."

Und weiter:

"Es gibt ein Gegeneinander vieler Akteure im Sport, wodurch die Sportentwicklung in Hamburg blockiert ist."

– Zitatende.

Es fehlten also Strukturen, Aufgabenzuteilung der Akteure und klare Ziele. Nach der Regierungsübernahme im Februar 2011 galt es, dieses Gegeneinander und diese Probleme zu lösen.

Professor Wopp hat einige Grundbedingungen und strategische Ziele aufgezeigt, um genau dies zu erreichen. Ich möchte drei von ihnen nennen – ich zitiere wieder –:

Erstens:

"Für die kommenden 10 Jahre müssen Ziele in Form einer Leitidee und in Form von Leitbildern für den Sport in Hamburg formuliert, vereinbart und von allen Akteuren gemeinsam getragen werden."

Zweitens:

"Die im Sport agierenden Akteure nehmen jeweils eindeutig definierte Aufgaben verantwortl. wahr und vermeiden gegenseitige Behinderungen."

Und Drittens:

"Aufbau einer Koordinierungsstelle 'Sportstadt Hamburg',"

– so sollte sie genannt werden –

"in der [...] der Staat, der HSB, die HK, Bäderland/Sportanlagengesellschaft und der Olympiastützpunkt vertreten sind."

Genau hier liegt der Erfolg der Sportpolitik des SPD-Senats. Wir haben mit der Zukunftskommission Sport mit HAMBURGMachtSPORT eine Dekadenstrategie für die nächsten zehn Jahre vorgelegt. Der Senator hatte den Mut, alle in der Dekadenstrategie formulierten Ziele als Arbeitsgrundlage zu übernehmen, ohne Veränderungen vorzunehmen, und so die Autonomie des Sports weiter zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Zudem wurde die geforderte Koordinationsstelle, die Zukunftskommission Sport, eingesetzt, die den Prozess begleitet, strittige Fragen diskutiert und Lösungswege aufzeigt. Wir haben mit der Zukunftskommission ein Gremium, das eine beratende Tätigkeit vollzieht und unsere parlamentarischen Rechte und Pflichten in keiner Weise einschränkt oder blockiert.

(Beifall bei der SPD)

Frau Blömeke, wir haben so viel Transparenz wie noch nie; einmal jährlich wird berichtet. Das Problem sind nicht die fehlende Transparenz und auch nicht Machtmissbrauch – wir reden über ein Beratungsgremium –, das Problem scheint vielmehr Ihr mangelndes Vertrauen in die Akteure zu sein. Wird Transparenz gefordert, steckt häufig der Wunsch nach Kontrolle dahinter. Man hegt Misstrauen gegenüber den handelnden Akteuren und vertraut nur auf Prozesse und Beschlüsse, an denen man selbst – in diesem Fall Sie, die GRÜNEN – beteiligt war. Ich vertraue den Sportakteuren, dem Hamburger Sportbund, dem Olympiastützpunkt, der Handelskammer und allen Beteiligten, die im Interesse des Hamburger Sports handeln.

(Beifall bei der SPD)

Über den zweiten Punkt war ich ebenfalls erstaunt. Auch wenn der Staatsrat neben Herrn Beckereit Vorsitzender der Zukunftskommission ist, ist dieses Gremium ein – ich sage es einmal in Anführungsstrichen – privates Gremium, und dass der HSB oder die Handelskammer ihre Protokolle für den Sportausschuss zur Verfügung stellen sollen, finde ich schon ein etwas merkwürdiges Ansinnen. Außerdem war, und das wissen Sie auch, die Zukunftskommission mit Herrn Beckereit auch schon im Sportausschuss; sie haben damals die Dekadenstrategie vorgestellt. Zu weiteren Gesprächen sind alle dort Agierenden jederzeit bereit; nutzen Sie dieses Angebot doch.

Seit vielen Jahren findet in Hamburg also erstmals wieder eine Sportpolitik statt, die nationale Beachtung findet. Der DOSB und viele Länder und Verbände haben diesen beeindruckenden Prozess begleitet und schauen sich diese Strukturen an. Daher werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

Eine Anmerkung zum Schluss. Ich glaube, Frau Blömeke, dass in diesem ganzen Prozess insbesondere wir als Parlamentarier unsere Rolle vielleicht noch finden sollten. Auch hierzu gibt es wichtige Hinweise von Professor Wopp – ich zitiere –:

"Es ist eine Hamburger Besonderheit, dass viele Akteure auf die Sportentwicklung Einfluss nehmen. Vom Forschungsteam in anderen Städten durchgeführte Sportentwicklungsplanungen ergaben zumeist eine klare Struktur der Akteure, wonach die Politik die Leitlinien festlegt [die Dekadenstrategie], die Umsetzung durch die Verwaltung erfolgt, die dazu die anderen Akteure [...] bei der Umsetzung ihrer Aufgaben unterstützt."

Frau Blömeke, ich teile Ihr Engagement, den Sport in Hamburg weiterzuentwickeln. Wir haben am 24. Januar 2012 die Drucksache zur Dekadenstrategie vorgelegt. Seitdem ist dazu von Ihnen nicht ein Antrag eingegangen. Sie haben es in Gänze auf sieben sportpolitische Anträge in sieben Jahren ge-

**(Juliane Timmermann)**

bracht, dazu drei im Bereich Haushalt und vier sportpolitische Anträge während der zwei Jahre. Zwei davon haben Sie zum Skaten gemacht, allerdings mit viel Nachdruck innerhalb von drei Wochen. Dann haben Sie ein Gesamtkonzept für die Doppelrennbahn gefordert, und auch das frühkindliche Schwimmen möchten Sie fördern. Ich glaube, dass es bei zwei Jahren und einer Dekadenstrategie, die nun mittlerweile seit knapp anderthalb Jahren vorliegt, viel Potenzial für Sie gibt. Sie können Anträge schreiben und den Prozess kreativ und nach vorn gerichtet begleiten. Ich freue mich, wenn Sie sich weiter engagieren.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*  
*CDU*: Sie sind ja richtig gönnerhaft!)

– Das hat nichts mit gönnerhaft zu tun, Herr Hesse, sondern damit, dass man seit anderthalb Jahren versucht, diesen Prozess zu erklären und einige es anscheinend nicht verstehen wollen.

Ich würde gern noch etwas zu den externen Geldern sagen. Auch hier ist endlich ein Erfolg zu erkennen. Bei Herrn Professor Wopp – das fällt noch auf Schwarz-Grün zurück, eine Beratertätigkeit, die an die Universität Osnabrück vergeben worden ist – sind sechsstellige Beträge vom Staat durchgewinkt und vergeben worden. Wir haben es erstmalig geschafft, dass jeweils ein Drittel der in der Zukunftskommission beteiligten Akteure diese Finanzen übernehmen. Von vielen wird gefordert, dass nicht nur der Staat finanziert, sondern auch die Akteure sich beteiligen – dafür spricht, dass sie dann einen Mehrwert erkennen –, und dass das Geld von der Handelskammer, dem Olympiastützpunkt und auch dem HSB geteilt wird; dies ist ein großer Fortschritt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Schira, Sie haben das Wort.

**Frank Schira** *CDU*:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu Anfang möchte ich sagen: Was Empfindlichkeiten angeht, ist das in Ordnung. Ich fand Ihren Redebeitrag, Frau Kollegin, wohlthuender als Ihre Pressemitteilung. Frau Blömeke hat insofern recht, als dass sie viele Dinge einfach benannt hat. Ich will mich ausdrücklich dieser Form der Kritik noch nicht anschließen, denn es sind viele Fragen von Frau Blömeke gestellt worden, die der Senat beantworten muss. Ich meine auch, dass man sich nicht darauf zurückziehen kann, dass das eine Art privates Gremium sei und auch ein Staatsrat dabei sei. Es geht insgesamt um Parlamentskontrolle. Natürlich sind wir aufgefordert, im Sportausschuss und im Landesparlament entsprechend tätig zu werden, aber nichtsdestotrotz liegt viel Verantwortung und Kompetenz bei der Zukunftskommission. Ich möchte betonen, dass ich bisher keinen Anlass habe, dieser mein Vertrauen

zu entziehen. Viele Menschen engagieren sich dort auf der Grundlage dessen, was wir als CDU 2009 mitgeschaffen haben. Aber es darf nicht sein, dass der Eindruck entsteht, dass die Dinge SPD-intern untereinander geinchnt werden.

Wir müssen im Parlament mehr von Ihnen hören, und dafür sind die Parlamentssitzungen und der Sportausschuss da. Sie haben das jetzt verteidigt, und das fand ich gar nicht so empfindlich wie Ihre Pressemitteilung. Aber wenn Herr Ploß als Vorsitzender des Hamburger Sportbunds im "Hamburger Abendblatt" schon eingesteht, dass die Transparenz und die Informationen gegenüber dem Sportausschuss verbessert werden können, dann müssen Sie sich das auch anhören und in Ihre Überlegungen einbeziehen. Es ist wichtig, dass wir das intensiv diskutieren.

Wir sind nicht gegen die Sportselbstverwaltung, und wenn Sie und andere behaupten, dass die Sportautonomie gefährdet sei, nur weil wir im Parlament kritische Fragen stellen, dann müssen Sie sich auf der anderen Seite auch anhören, dass diese Kritik offenbar gerechtfertigt ist, wenn Sie so empfindlich reagieren. So darf man das nicht machen.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsident  
 Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den  
 Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Unter dem Titel "HAMBURGmachtSPORT" hat die Zukunftskommission Ende September 2012 die sogenannte Dekadenstrategie für den Hamburger Sport vorgelegt. Die CDU-Fraktion hat sich in diesem Zusammenhang immer für transparente Entscheidungsprozesse im Sport eingesetzt. In zehn Zielen wird in der Dekadenstrategie die Grundlage für die Neuausrichtung der Sportpolitik bis 2020 formuliert. Fakt ist – ich sagte es –, dass der CDU-geführte Senat damals mit der GAL den Grundstein dafür gelegt hat. Wir müssen uns fragen, was seitdem passiert ist. Auch für die CDU-Fraktion ist die Zusammensetzung dieser Sportkommission in einigen Teilen intransparent. Ungeklärt bleibt aus unserer Sicht immer noch die Rolle des Staatsrates und des Sportkonventes im Verhältnis zum Sportausschuss und zum Parlament in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Meine Damen und Herren! Wir haben einen Sportkonvent erlebt, unser Vorsitzender war auch dabei. Man kann sich aber dem Eindruck nicht entziehen, dass das ein bisschen viel Jubel war. Ich sage das sehr vorsichtig, es stehen noch andere Vorwürfe, die heute an diesem Pult geäußert worden sind, im Raum. Das muss aufgeklärt werden. Allerdings müssen wir sehen, wie wir die Grundlagen der Dekadenstrategie zusammen erarbeiten können.

Eines hat uns im Sportbereich immer ausgezeichnet: Wir haben uns in vielen Bereichen, was Parteipolitik angeht, sehr zurückgehalten, um im Interes-

**(Frank Schira)**

se des Sports zu wirken. Das unterstelle ich jedem Abgeordneten und auch Frau Blömeke. Man kann nicht einfach behaupten, dass Frau Blömeke oder die GAL in sieben Jahren gerade drei Anträge geschrieben hätten;

(Dirk Kienscherf SPD: Ist aber so!)

das geht an der Sache vorbei. Wir unterhalten uns heute über die Zukunftskommission des Hamburger Sports, und dann müssen Sie sich kritische Fragen im Parlament gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Die Zukunftskommission soll jährlich über die Umsetzung der Dekadenziele berichten. Dem vorgelegten Sportbericht ist zu entnehmen, dass die Zukunftskommission achtmal getagt hat und mehrere Arbeitsgruppen zu den jeweiligen Zielen der Dekadenstrategie eingesetzt hat. Allerdings ist festzuhalten, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und die Arbeit der Kommission keinesfalls zufriedenstellend sind.

Die CDU unterstützt die Forderung des Antrags, die Sitzungen der Zukunftskommission für die Mitglieder des Sportausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft zu öffnen. Mehr Transparenz ist dem Schwerpunktbereich Sport nicht nur zu wünschen, sondern sie ist absolut notwendig.

Meine Damen und Herren! Wir sollten nicht vergessen, dass Hamburg als Sportstadt große Perspektiven und Chancen hat. Diese müssen wir allerdings auch parteiübergreifend nutzen. Sie als Mehrheitsfraktion sollten auf uns zukommen und diese Transparenz gewährleisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Schira. – Das Wort hat Frau Kaesbach.

**Martina Kaesbach FDP:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Frau Timmermann, es ist schön, dass Sie ausführlich die Genese der Hamburger Sportentwicklung der letzten Jahre vortragen, aber ich bedauere, dass Sie nicht auf das eigentliche Anliegen des Antrags der GRÜNEN eingegangen sind. Dabei ging es um das Thema Transparenz.

Alles ist gut, was den Sport in Bewegung bringt und ihm einen Platz nicht nur wie sonst im Sportteil, sondern in diesem Fall im Hamburg-Teil des "Hamburger Abendblatts" verschafft. Das führt dem Leser den Sport neben den sonstigen Meldungen zur Bundesliga und den van der Vaarts in eher grundsätzlicher Weise zu Gemüte. Insofern begrüßen wir den Vorstoß der GRÜNEN; allerdings geht uns der Vorwurf des Selbstbedienungsladens, was die Zukunftskommission betrifft, doch ein wenig zu weit.

(Beifall bei der FDP)

Die wichtige Funktion der Zukunftskommission ist unumstritten. Wir haben das bereits mehrfach in der Bürgerschaft debattiert, und Frau Timmermann ging eben darauf ein. Es sind sich alle Sportbegeisterten der Stadt Hamburg in der Überzeugung einig, dass nur, wenn die Sportakteure unserer Stadt ihre Energie und ihr Interesse zusammenbringen und gemeinsam ein Ziel verfolgen, die Kraftanstrengung, sich international als Sportstadt zu profilieren, Aussicht auf Erfolg hat und die Sportstadt im Breiten- und Leistungssport nach vorn bringt. Ob die Zukunftskommission nun für ihre Arbeit auf eine externe Beratung angewiesen ist, die 2012 Kosten in Höhe von 80 000 Euro in Anspruch nahm und das Gleiche auch für 2013, mag dahingestellt sein. Der Vorsitzende des Hamburger Sportbundes, Günter Ploß, weist in der heutigen Ausgabe des "Hamburger Abendblatts" auf die Notwendigkeit einer externen Beratung hin. Ob es solch eine teure Beratung sein muss, die pro Tag 1000 Euro verschlingt, kann man schon einmal hinterfragen.

(Beifall bei der FDP)

Der Senatsdrucksache 20/2948 zur Sportentwicklungsplanung, die im Februar letzten Jahres in der Bürgerschaft und im Mai im Sportausschuss behandelt wurde, ist zu entnehmen, dass der Senat zum jährlichen Sportentwicklungsbericht der Zukunftskommission Stellung nehmen wird. Die Zukunftskommission legte Ende November letzten Jahres ihren ersten Sportbericht vor. Eine Stellungnahme des Senats in Form einer Drucksache liegt nicht vor. Auch liegt der Bürgerschaft der Sachstandsbericht des Senats zur Umsetzung der Phase eins, den Sofortmaßnahmen, nicht vor. In seiner Antwort auf meine Anfrage vom August letzten Jahres kündigte der Senat an, zu Beginn des Jahres 2013 zur Umsetzung des Sofortprogramms zu berichten. Bis jetzt ist nichts vorgelegt worden. Der Sportausschuss hat nun beschlossen, sich auf seiner nächsten Sitzung mit dem Sportbericht der Zukunftskommission zu befassen, ohne noch länger auf eine Drucksache des Senats zu warten. Das ist ein unüblicher Weg, was die Gepflogenheiten des Parlaments betrifft, da es sich dabei um einen außerparlamentarischen Bericht handelt, aber zumindest ein Weg, über den sich der Ausschuss Informationen vom Senat beschaffen kann.

Meine Damen und Herren! Eines ist doch unumstritten: In der Zukunftskommission werden die Weichen für die zukünftige Sportpolitik gestellt, auch wenn es sich bei der Kommission nur um ein beratendes Gremium handelt. Der Geschäftsführer der Zukunftskommission, Michael Beckereit, hat heute im "Hamburger Abendblatt" betont, dass man nur ein Diskussionsgremium sei, aber wir wissen doch alle, dass der Senat die Vorschläge dankbar in seinen Sportentwicklungsplan auf-

**(Martina Kaesbach)**

nimmt, was auch nicht verkehrt ist. Es heißt in der Drucksache zum Sportentwicklungsplan des Senats:

"Mit den Empfehlungen aus der Dekadenstrategie werden die Weichen für die künftige Ausgestaltung der Sportpolitik und –entwicklung gestellt."

In welcher Form wird aber nun die Bürgerschaft an der Gestaltung der Sportentwicklungsplanung beteiligt? Herr Ploß wird heute im "Hamburger Abendblatt" mit den Worten zitiert, dass die Bürgerschaft Beteiligungsmöglichkeiten habe, zum Beispiel beim Sportkonvent oder bei der Erstellung des Sportberichts. Das hätte ich als Mitglied des Sportausschusses schon gemerkt. Die Mitglieder des Sportausschusses wurden zwar zum Sportkonvent eingeladen, das war nett, und unser Vorsitzender Herr Kreuzmann hat auch gesprochen,

*(Heike Sudmann DIE LINKE: War das auch nett?)*

jedoch als Privatperson. Ich hatte Herrn Kreuzmann nach dem Konvent ausdrücklich gefragt, in welcher Funktion er gesprochen habe, denn seine Rede war in keiner Weise mit den Obleuten des Sportausschusses abgestimmt. Herr Kreuzmann bestätigte mir, dass er nicht als Vorsitzender des Sportausschusses gesprochen habe, sondern als Privatperson.

*(Dirk Kienscherf SPD: Ah, dann kann also jeder sprechen? – Thilo Kleibauer CDU: In welcher Funktion reden Sie denn hier?)*

Es gibt also keine Beteiligung des Sportausschusses beim Sportkonvent, wie behauptet wird.

*(Zuruf aus dem Plenum)*

– Das darf er ja auch. Ich stelle aber eben fest, dass er dort nicht als Vorsitzender gesprochen hat.

Das Angebot von Herrn Ploß nehme ich als sportpolitische Sprecherin unserer Fraktion gern an. Offensichtlich herrschen Defizite, was den Austausch zwischen der Zukunftskommission und der Bürgerschaft betrifft, das wird von mehreren Akteuren bestätigt. Deshalb beantragt meine Fraktion die Überweisung des Antrags der GRÜNEN an den Sportausschuss, damit dort mit den Akteuren der Zukunftskommission über eine verstärkte Kommunikation beraten werden kann. Die Erforderlichkeit einer Teilnahme der Mitglieder des Sportausschusses an den Sitzungen der Zukunftskommission sieht meine Fraktion nicht. Zwar würde das die Zugänglichkeit der Ergebnisse deutlich erleichtern, allerdings für den Preis, dass ein politischer Wind Einzug in das Gremium hält, den wir dort in einem unabhängigen Gremium nicht haben wollen. Die Kommission setzt sich aus Fachkompetenz zusammen und soll aus dieser Perspektive unabhängig beraten und nicht politisch arbeiten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der FDP)*

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Kaesbach. – Das Wort hat Frau Sudmann und nur Frau Sudmann.

**Heike Sudmann DIE LINKE:**\* Vielen Dank, Herr Schinnenburg. Es ist langweilig, wenn nur ich spreche, aber ich versuche es trotzdem.

Es ist schon sehr vieles und auch viel Richtiges zur Sportpolitik in Hamburg, zum Sportkonvent und zur Zukunftskommission gesagt worden. Deswegen will ich mich auf drei Punkte begrenzen, und zwar auf Transparenz und Beteiligung, parteipolitische Einflussnahme und Beraterinnenverträge. Es wird Sie nicht wundern, dass DIE LINKE Transparenz immer gut findet. Der Antrag der GRÜNEN beinhaltet gute Punkte, es gibt also kein Problem, dem zuzustimmen.

Mir ist nicht klargeworden, warum die SPD den Antrag noch nicht einmal an den Ausschuss überweisen will. Nicht nur Herr Ploß, der eben zitiert wurde, auch Herr Beckereit spricht von einem Defizit, was Beteiligung angeht; man müsse hierbei nachholen. Das wiederum kann man mit den Punkten, die die GRÜNEN genannt haben.

Frau Timmermann, mich irritiert sehr, wenn Sie Beteiligung als Kontrolle verstehen. Ich verstehe Beteiligung als Bereicherung, weil sich wesentlich mehr Menschen einbringen können und neue Ideen hinzukommen. Auch die Beteiligung, die ich jetzt gerade höre und die Herr Schinnenburg anspricht, ist eine Bereicherung; wenn Sie ein bisschen lauter sprechen, dann kann ich darauf eingehen. Die Beteiligung ist also gut, und das wollen wir auch so. Bei der Zukunftskommission ist es ein bisschen wenig, aber die Anfragen von Frau Blömeke haben zutage gefördert, dass auch Sportvereinsvertreter und Sportverbände beteiligt werden.

Frau Timmermann, ich verstehe nicht, wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung sagen, dass Sie auf keinen Fall eine parteipolitische Einflussnahme wollen. Ich habe mir die Namen angeschaut, und ohne jemandem zu nahe zu treten: Die Einflussnahme der SPD ist enorm. Die meisten Menschen, die dort genannt werden, sind in der SPD. Ihre Aussage wäre nur richtig, wenn Sie sagen, dass Sie keine parteipolitische Einflussnahme der anderen Parteien wollen. Dann hätten Sie recht, und das haben Sie erreicht.

*(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)*

Wir sind jedoch alle dagegen. Und dass die CDU jetzt nicht applaudiert, kann ich auch verstehen, denn im Gegensatz zu dem, was Herr Schira gesagt hat, die CDU sei sehr zurückhaltend im Sport, erinnere ich mich an mindestens zwei Menschen

**(Heike Sudmann)**

aus der CDU, einen aktiven Bundestagsabgeordneten und einen ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneten, die im Fußballverband maßgebend sind. Insofern sind Sie nicht zurückhaltend und haben Ihre Aktien drin.

Sie haben im Ehrenamt Ihre Aktien genau wie die SPD.

*(Sören Schumacher SPD: DIE LINKE nicht, oder was?)*

– Wir arbeiten noch daran.

*(Zuruf aus dem Plenum: In wie vielen Verbänden sind Sie denn?)*

– Wir sind auch sehr aktiv in den Verbänden.

Ich danke Ihnen für diese Vorlage. Es geht darum, dass Sie bei der Auswahl der Arbeitsgruppen SPD-Mitglieder ausgewählt haben

*(Zuruf aus dem Plenum: Das ist doch Unsinn!)*

und eben nicht Mitglieder der LINKEN, und das kritisieren wir.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Jetzt kommen wir zu dem spannenden Punkt, den auch Frau Blömeke ausgebuddelt hat, und zwar den Beraterverträgen. Wenn Ihre Zahlen stimmen, Frau Blömeke, sind das 300 000 Euro in zwei Jahren, sprich 150 000 Euro pro Jahr. Ich frage Sie, Herr Kreuzmann, Herr Schira und andere: Warum diskutieren wir nicht darüber, diese Kompetenz, die allem Anschein nach im Sportamt nicht vorhanden ist, dort aufzubauen? Warum besorgen Sie sich nicht das Personal, wenn Sie der Meinung sind, dass das Sportamt es nicht liefern kann? Es macht doch keinen Sinn, teure Berater- und Beraterinnenverträge zu bezahlen und im Sportamt zu wenig Menschen zu haben. Es ist doch wesentlich besser, diese öffentliche Aufgabe – dass es eine öffentliche Aufgabe ist, haben Sie alle bestätigt – auch durch öffentliche Bedienstete machen zu lassen. Also investieren Sie Ihr Geld dort.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Sie würden dann nicht so viel Geld ausgeben müssen wie für teure Beraterverträge und hätten viel mehr Geld für Breitensport, angefangen damit, dass vielleicht einige Umkleidekabinen und Sportplätze besser aussehen würden. Wir sind uns doch alle einig, dass wir das erreichen wollen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Sudmann.

Meine Damen und Herren, ich weise noch einmal darauf hin, dass nur der Redner oder die Rednerin und kurzzeitig auch der Präsident das Wort haben.

Ich habe eine Wortmeldung von Frau Blömeke. Bitte schön.

**Christiane Blömeke GRÜNE:\*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie müssen sich gefallen lassen, dass es noch zwei Sätze zu Frau Timmermann gibt. Das war ein ziemlich durchsichtiges Ablenkungsmanöver zu dem, was wir in dem Antrag fordern. Wenn man Ihrer Rede zugehört hat,

*(Juliane Timmermann SPD: Das wäre ja mal was Neues bei Ihnen!)*

dann haben Sie mit keinem Wort zu dem, was ich gesagt habe, Stellung bezogen, sondern Sie haben einen geschichtlichen Abriss der Zukunftskommission gemacht. Da bin ich völlig bei Ihnen.

Hätten Sie zugehört, dann hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass die Zukunftskommission eine gute Einrichtung ist. Was der Senator ins Leben gerufen hat, ist eine gute Sache. Leider haben diese zwei Jahre aber gezeigt, dass es sich in eine nicht so gute Richtung entwickelt. Frau Sudmann hat es gerade benannt: Der parteipolitische Einfluss anderer Parteien scheint nicht gewünscht zu sein, und von den parteiübergreifenden Arbeiten ist nichts mehr übriggeblieben, und das kritisieren wir.

*(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)*

Sie haben keine Antwort auf die Frage gegeben, warum wir nicht einmal erfahren, wann die Sitzungstermine sind

*(Zurufe von Juliane Timmermann SPD)*

– Frau Timmermann, melden Sie sich gern noch einmal – und wann die Arbeitsgruppen tagen. Wir bekommen keine Inhalte. Wenn Sie jetzt sagen, dass wir das alles beim Sportkonvent hätten hören können, dann ist das wirklich lachhaft. Der Sportkonvent, Herr Schira sagte es, war eine Jubelveranstaltung mit einem Inhalt komprimiert auf anderthalb Stunden, wo mit vielen diskutiert wurde. Das war eine super Sache, aber auf keinen Fall eine kontinuierliche Berichterstattung, die uns im Übrigen von Staatsrat Schwinke in einem Schreiben versprochen wurde. Er hat gesagt, dass aus den Arbeitsgruppen kontinuierlich berichtet werden solle. Darauf warte ich bis heute, und nicht einmal in der Anfrage wird dazu Stellung genommen. Sie, Frau Timmermann, haben mit keinem Wort etwas zu diesen Beraterverträgen gesagt, und das wundert mich etwas. Das Geld ist wirklich knapp.

*(Juliane Timmermann SPD: Ja, ich hab Ihnen das erklärt!)*

Möglicherweise ist es gut, einen externen Berater zu haben, das kann ich nicht beurteilen, weil es nicht transparent ist. Alles, was ich möchte, ist, dass dieses Parlament erfährt, warum ein Berater für vier Sitzungen 80 Beratungstage erhält und

**(Christiane Blömeke)**

95 000 Euro Honorar; das wirft Fragen auf. Sie haben Ihre Rolle als Parlamentarierin nicht richtig definiert und unsere auch nicht. Eine klassische Aufgabe des Parlaments besteht darin, Kontrolle auszuüben, gerade wenn Geld fließt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Es ist unser Auftrag, misstrauisch gegenüber der Regierung und dem Senat zu sein. Das ist der Auftrag dieses Parlaments und eigentlich auch Ihrer, aber Sie sind nicht misstrauisch. Das hat nichts mit Misstrauen zu tun, sondern mit Transparenz und Darstellung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es ist unsere Aufgabe zu schauen, wofür das Geld ausgegeben wird und was dafür gearbeitet und geleistet wird. Wir wollen den Sport gemeinsam vorwärtsbringen, aber das haben Sie noch nicht verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Gerhard Lein SPD*: Das waren ja zwei sehr lange Sätze!)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Blömeke. – Das Wort hat Herr Senator Neumann.

**Senator Michael Neumann:**\* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind viele Fragen gestellt worden, und es gab fast schon philosophische Ausflüge zum Selbstverständnis des Parlamentarismus, ob es von Misstrauen oder Transparenz geprägt sein soll. Vielleicht meinen die Menschen auch etwas Identisches, und der eine nennt es Misstrauen, der andere Transparenz. Als Senatsvertreter steht es mir nicht zu, dazu Stellung zu nehmen.

(*Katja Suding FDP*: Warum so zurückhaltend heute?)

Das Parlament ist weise genug, ein eigenes Verständnis zu entwickeln. Ich will nur – das mögen Sie mir gestatten – den Hinweis geben, dass die Zukunftskommission im Ursprung so zusammengesetzt worden ist, weil die jeweiligen Akteure des Hamburger Sports dort vertreten sind. Ich weiß nicht, wie sich einzelne Parteien selbst definieren, und das steht mir auch nicht zu. Meinem Kenntnisstand nach sind weder die Sozialdemokratische Partei Deutschlands noch die FDP noch die CDU oder andere Parteien in diesem Land Akteure des Sports, sondern parteipolitische Organisationen und waren deswegen damals bei der ursprünglichen Berufung nicht dabei. Die Akteure des Hamburger Sports sind der Hamburger Sportbund, der Olympiastützpunkt, unsere Handelskammer als einzige Kammer in ganz Deutschland und das Sportamt. Über diese Funktionen setzte sich die Kommission zusammen und eben nicht über par-

teipolitischen Proporz, wie es vorhin dargestellt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Es gab eine Drucksache des Senats nach Abschluss oder nach der Entwicklung der Dekadenstrategie, die dargestellt hat, dass die Zukunftskommission einmal im Jahr berichtet. Das ist vom Senat beschlossen worden, und ich erinnere mich nicht an Änderungsanträge aus dem Plenum oder Diskussionen innerhalb des Sportausschusses, dass einmal im Jahr zu wenig sei und dass lieber zwei-, drei- oder viermal im Jahr berichtet werden sollte.

(Zuruf von *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Das ist so vom Parlament nicht gewünscht worden.

Ich habe jederzeit, wenn es im Ausschuss den Wunsch gab, angeboten, über die Arbeit der Zukunftskommission und den Fortgang der Dekadenstrategie zu berichten. Ich möchte daran erinnern – das ist keine Kritik, das steht mir als Senator auch nicht zu –, dass der Bericht im November des Jahres 2012 vorlag und dass das Parlament erst im April Zeit findet, sich damit zu beschäftigen. Gleichzeitig wird Kritik geäußert, dass es keine Informationen gebe. Das passt aus meiner Sicht nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das Angebot gern wiederholen, das auch in den letzten Wochen, Monaten und Jahren immer bestand: Wir werden jederzeit, wenn das vom Sportausschuss gewünscht ist, berichten. Die Zukunftskommission selbst hat heute zum Ausdruck gebracht, dass ein Wunsch ist, dass dort mehr berichtet wird; das ist überhaupt kein Problem.

Bezüglich der Finanzierung gebe ich offen zu, dass ich mich dort ähnlich wie in anderen Diskussionen damit abfinde, dass wir uns sportpolitisch auseinandersetzen und Kritik an mir und meiner Amtsführung geübt wird. Ich halte es aber für völlig unangemessen, Menschen an die Öffentlichkeit zu zerren in einer Art und Weise, wie sie es einfach nicht verdient haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich werbe dafür, Transparenz herzustellen, und das werden wir tun. Die Fragen werden im Sportausschuss aufgerufen, und wir werden dazu Stellung nehmen.

Ich will noch einmal daran erinnern, dass das Sportgutachten, das Herr Wopp erstellt hat, mit 200 000 Euro von Schwarz-Grün komplett bezahlt worden ist. Wir haben es geschafft, den Akteuren im Sport deutlich zu machen, dass wir, wenn wir etwas gemeinsam tun wollen, auch gemeinsam zum Ausdruck bringen müssen, dass uns das etwas wert ist. Deshalb ist es aus meiner Sicht ein Riesenfortschritt, dass die Akteure im Hamburger



**(Senator Michael Neumann)**

Sport nicht, wie vielleicht in der Vergangenheit, gesagt haben, dass sie das wollen, der Staat aber immer allein bezahlen darf, sondern dass die Akteure des Sports – der HSB, der Olympia-Stützpunkt und unsere Handelskammer – sich daran anteilig beteiligen. Das ist ein Riesenfortschritt und macht deutlich, dass unser Beitrag bei 30 000 Euro liegt. Die anderen Zahlen, die Sie genannt haben, sind für mich ad hoc nicht nachvollziehbar, was das Sportamt angeht. Es war keine willkürliche Entscheidung des Senats oder Staatsrats, sondern eine einmütige Entscheidung des Hamburger Sports, so zu arbeiten und sich diese Struktur geben zu wollen. Das ist eine Autonomie des Sports, so wie wir ihn in Hamburg in der Vergangenheit und, wie ich mir wünsche, auch in der Zukunft gemeinsam vertreten wollen. Der Sport ist autonom, und wir wollen ihn dabei unterstützen, nicht mehr und nicht weniger. Unsere Sportpolitik staatlicherseits machen wir weiterhin im Senat im Gespräch mit der Bürgerschaft. Das macht nicht die Zukunftskommission, dort werden keine Entscheidungen getroffen, sondern dort wird beraten, erwogen und diskutiert. Das ist ein guter Weg, um den uns viele andere Bundesländer beneiden. Nicht umsonst laden diese den Sportamtsleiter, den Staatsrat und auch mich ein, über unseren Hamburger Weg zu berichten. Wir haben eine gute Geschichte und Tradition aus dem Vorgängersenat übernommen, die wir gemeinsam fortsetzen sollten, und zwar nicht persönlich angreifend. Mich können Sie gern angreifen, dafür werde ich im Zweifelsfall bezahlt. Wenn Sie über Geld sprechen möchten, kritisieren Sie mich und nicht diejenigen, die es weiß Gott nicht verdient haben und sich sehr um Hamburg bemüht und verdient gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7334 an den Sportausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die FDP-Fraktion möchte diesen Antrag zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 des Antrags aus der Drucksache 20/7334 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt worden.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch abgelehnt worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 50 auf, Drucksache 20/7412 in der Neufassung, Antrag der FDP-Fraktion: Klassenwiederholung unbürokratisch zulassen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Klassenwiederholung unbürokratisch zulassen  
– Drs 20/7412 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU und der FDP an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau von Treuenfels, bitte schön.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels** FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion legt Ihnen heute einen Antrag zum Thema Klassenwiederholung vor, der genau ein Ziel hat: schwächeren Schülern eine größere Möglichkeit zu bieten, leistungsstärker zu werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei der FDP)

Genau das, was wir fordern, leistet die momentane Situation an vielen Schulen nicht. Die Klassenwiederholung wurde 2010 zugunsten einer individuellen Nachhilfeförderung abgeschafft, die aber noch nicht funktioniert. Darüber sind wir uns wohl alle einig nach dem bekannten Motto "Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht". Der Schulsenator versuchte vor Kurzem, die triste Realität mit unzähligen bunten, netten Kuchendiagrammen und vermeintlich positiven Statistiken zu überdecken. In Wahrheit ist die Lernförderung noch nicht oder kaum in den Schulalltag integriert. Nur ein Drittel der Stunden wird von Lehrkräften durchgeführt, die die Schüler und ihre Leistungsschwächen kennen. In vielen Schulen werden darüber hinaus ältere Schüler rekrutiert, die auf ihre Aufgabe überhaupt nicht vorbereitet sind. Einige Schulpolitiker unter Ihnen haben wahrscheinlich so wie ich in den vergangenen Wochen eine E-Mail von einer besorgten Mutter erhalten. Ich will das kurzfassen. Die Zustände, die sie schildert, sind sehr grotesk. Schüler werden vom Sportunterricht befreit, damit sie am Förderunterricht teilnehmen können. Der Bedarf an Nachhilfe ist allerdings sehr groß, und zwar in mehreren Fächern. Die Kurse liegen parallel, sodass nur ein Kurs wahrgenommen werden kann. Das hört sich nach einem gut organisierten Chaos an.

Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier nicht um einen Einzelfall, sondern um ziemlich unhaltbare Zustände, und in vielen Schulen ist das Alltag. Lehrer, Schüler und Eltern bestätigen das.

(Beifall bei der FDP)

Schwächere Schüler haben von einer derart versagenden Nachhilfeförderung überhaupt nichts. Aber

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

was passiert, wenn die Lernrückstände weiter fortschreiten und man mit Nachhilfe nichts mehr ausrichten kann, wenn sie sich denn einmal etablieren sollte? Wenn diese Schüler dann doch eine Klassenwiederholung anstreben, ist sie heute nur noch aus besonderem Grund möglich. Dazu zählt laut Behörde eine längere Krankheit oder ein traumatisierendes Ereignis in der Familie. Leistungsrückstände sind kein besonderer Grund. Für die Feststellung eines solchen Antrags, die diesen besonderen Grund im obigen Sinne erfüllt, muss erst einmal ein Antrag an die zuständige Behörde gestellt werden. Herr Senator Rabe, Sie selbst haben das Verfahren bei der Pressekonferenz zum Thema Nachhilfeförderung als sehr umfangreich bezeichnet, hochbürokratisch trifft dies sehr viel besser.

(Beifall bei der FDP)

Erst wird die Schule um Stellungnahme gebeten, dann der schulärztliche Dienst eingebunden, dann bei den regionalen Bildungs- und Beratungszentren noch einmal nachgefragt. Irgendwann kommt dann der Bescheid der Behörde. Das ist sehr, sehr bürokratisch, wie wir sehen. Das senkt natürlich die Wiederholerzahlen erheblich, aber genau dieses Ergebnis hat nun auch die Umschulungszahlen der Gymnasien nach Klasse 6 erheblich steigen lassen.

Die Gymnasien machen dies als eine Art Notausstieg, weil sie nämlich wissen, dass die Lernförderung, zumindest jetzt, noch nicht funktioniert, und dass schwache Schüler de facto keine Klasse mehr wiederholen dürfen. Das böse Erwachen wird es für diese Schüler geben, wenn die Lernrückstände so groß geworden sind, dass der Abschluss, zumindest der der Mittleren Reife, dann in Gefahr gerät. Wir finden das verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Meine Damen und Herren! Diese Zustände sind einfach sehr schlecht für schwächere wie auch für stärkere Schüler, sie sind schlecht für die Schulen und sie sind aus Sicht der FDP-Fraktion überbürokratisiert und praxisfern. Im Sinne einer selbstverantworteten Schule, die wir, glaube ich, langsam alle befürworten und wollen

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Nein, nein!)

– außer der LINKEN –, sollten Lehrer, Eltern und Schüler vor Ort und gemeinsam entscheiden, ob nicht eine Klassenwiederholung die bessere Lösung für ein Kind ist, nämlich dann, wenn die Nachhilfe nicht funktioniert.

Ich möchte noch einmal betonen, damit ich kein Einfallstor für einfache Fehlinterpretationen gebe, dass wir keinen Rückfall in alte Zeiten möchten, in denen zwei Fünfen im Zeugnis automatisch Sitzenbleiben bedeuteten. Wir wollen stattdessen einen Blick auf den Einzelfall. Wir wollen, dass eine sinn-

volle Klassenwiederholung nicht über die Köpfe der Kinder hinweg beschlossen oder sogar als Strafe verhängt werden kann. Im Gegenteil, eine Klassenwiederholung soll eine gemeinsam gewollte sinnvolle Chance sein, Lernrückstände aufzuholen – eine Chance, nicht die gewollte Regel.

(Beifall bei der FDP)

So sehen das übrigens auch Schulleiter, Lehrer und der Deutsche Philologenverband.

In die Lernentwicklungsgespräche werden Kinder selbstverständlich einbezogen. Sie unterschreiben sogar eine Vereinbarung. So sollte es auch in Bezug auf eine Klassenwiederholung unserer Meinung nach sein. Im Übrigen sind 85 Prozent der befragten Schüler, was mich erstaunt hat, selbst gegen die Abschaffung des Sitzenbleibens. Hätte man mich damals gefragt, ich hätte das nicht so beantwortet. Statt von vornherein von Frustration oder gar Demütigung zu sprechen, sollte man das vielleicht den Schülern selbst überlassen.

Aus unserer Sicht war es ein Fehler, die Klassenwiederholung de facto ohne funktionierenden Ersatz abzuschaffen. Es war ein weiterer Fehler, die Ausnahmefälle so eng zu definieren und ein so bürokratisches Verfahren einzuführen. Die Folgen muss nun eine ganze Schülergeneration ausbaden. Daher gilt: Wir brauchen keine Verbotsnorm mit Erlaubnisvorbehalt, wir wollen keine staatlich verordnete Zementierung, sondern flexible Bildungswege für die Hamburger Schüler. Deshalb lassen Sie uns Klassenwiederholungen wieder zulassen, unbürokratisch, vom Einzelfall abhängig und mit der Entscheidung vor Ort. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau von Treuenfels. – Das Wort hat Herr Lein.

**Gerhard Lein SPD:\*** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt doch immer wieder hoch emotionalisierbare Themen, besonders im Bereich Schule, wo bekanntlich alle Menschen aufgrund privater Erfahrungen Experten sind.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

So ist es auch beim Thema Sitzenbleiben, Klassenwiederholungen oder Ehrenrunden, wie immer man diesen Vorgang nennen will. Auch ich war da vor früher einmal betroffen.

Wissenschaftliche Untersuchungen landauf, landab sagen uns, dass eine erzwungene Klassenwiederholung aufgrund unzureichender Leistungen in einzelnen Fächern keinen hilfreichen Effekt hat. Das sieht allenfalls der bekanntermaßen streitlustige Präsident des gymnasialen Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus aus Oberbayern, anders.

**(Gerhard Lein)**

(Dora Heyenn DIE LINKE: Na ja, das ist ja klar!)

Er hat in der "Süddeutschen Zeitung" noch am 16. Februar gesagt, es gäbe keine pädagogische Begründung für das Abschaffen des Sitzenbleibens, außer man sei ein naiver Populist.

Wir haben in Hamburg einstimmig am 3. März 2010 in diesem Hause beschlossen, eine erzwungene Klassenwiederholung abzuschaffen und durch individuelle, für Eltern kostenlose Förderung zu ersetzen, wenn die Zeugniskonferenz dies aufgrund der Leistungsbewertung festlegt. Nebenbei: Ein richtiges und finanziell ausgestattetes Förderkonzept wurde erst nach dem Regierungswechsel durch die SPD in Fahrt gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Klassenwiederholungen nützen dem einzelnen Schüler nur sehr selten. Sie kosten den Steuerzahler viel Geld, das besser in individuelle Förderung investiert würde. Wenn wir dann noch Landes- und Bundesmittel zusammenlegen, dann kann es noch immer Schwächen im Einzelfall geben. Aber im Prinzip ist es völlig richtig, und wegen eines im Prinzip richtigen Beschlusses eine richtige Entscheidung rückgängig machen zu wollen für Verfahren nach Art des Hauses, halte ich für sehr problematisch.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Die FDP möchte nun, dass unser Schulgesetz geändert wird, Sitzenbleiben soll wieder leichter möglich sein. Ich lege ausdrücklich Wert auf den Ausdruck "leichter möglich". Die Populisten von "WWL" sind sowieso gegen Gesetze aus dem Frühjahr 2010, und die CDU eiert herum, wie man der Presseerklärung von Herrn Heinemann vom 26. März entnehmen kann. Wir Sozialdemokraten sagen zur Wiederezulassung des Sitzenbleibens als innerschulische Maßnahme klipp und klar nein.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Unser Schulgesetz lässt im Übrigen Klassenwiederholungen zu, Paragraph 45, Absatz 2 Hamburger Schulgesetz – ich zitiere –:

"Auf Antrag kann mit Genehmigung der zuständigen Behörde aus besonderem Grund auch eine Jahrgangsstufe wiederholt werden, wenn so eine bessere Förderung der Leistungsentwicklung und der sozialen Integration der Schülerin und des Schülers zu erwarten ist."

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das habe ich gelesen!)

Frau von Treuenfels, es geht sehr wohl um Leistung. Was die FDP möchte, ist klar. Die Schulräte und die Behörde sollen nicht mehr einbezogen

werden, das soll lieber zwischen den Beteiligten in der jeweiligen Schule nach Art des Hauses ausgehandelt werden. Es muss nicht bei zwei Fünfen sein, es können auch drei Fünfen sein, aber das gibt keine Übersicht über die gesamte Hamburger Schullandschaft.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das gibt dem Einheitsdenken ganz schön zu denken!)

Man kann sich lebhaft vorstellen, wie einzelne Schulen dann vielleicht doch verstärkt zur Wiederholung raten, weil es dem Image dient, weil sie damit die Finanzaufwendungen für Lernförderung anders nutzen können und anderes mehr.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das ist doch Unsinn! – Finn-Ole Ritter FDP: Das ist ein Skandal!)

Hier ist die Schulaufsicht gefragt. Klassenwiederholung ja, wenn unumgänglich, vielleicht wegen einer Krankheit oder traumatisierenden Erfahrungen bei einzelnen Schülern, Wiederholung bei nicht aufgearbeiteter Schwäche in einzelnen Fächern: nein. Die Zustimmung zu einem Wiederholungsantrag der Schule durch die Schulaufsicht erfordert immer auch eine Auseinandersetzung über Qualität und Umfang der an der Schule durchgeführten Lernförderung. Das ist gewollt.

Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt heute Abend noch einmal über das Thema Lernförderung diskutieren. Aus meiner Sicht ist die drastische Reduzierung des Sitzenbleibens seit 2010 ein Erfolg. Deshalb werden wir den Antrag der FDP ablehnen und auch kein Weiterschwenken dieser Lunte im Ausschuss zulassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE und Dora Heyenn DIE LINKE)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Lein. – Das Wort hat Herr Dr. Scheuerl.

**Dr. Walter Scheuerl** CDU:\* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen über einen Antrag der FDP, Klassenwiederholung wieder ins Schulgesetz aufzunehmen.

(Gerhard Lein SPD: Sind drin!)

Ich spreche heute für die CDU-Fraktion und möchte deswegen, weil wir das immer so machen, eine fachlich profunde Ursachenforschung und eine kleine sachliche Analyse von Punkten und Argumenten liefern, die bisher noch nicht angesprochen worden sind.

Woher kommt die Schulgesetzänderung, die das Sitzenbleiben, das Klassenwiederholen abgeschafft hat? Dieser Punkt ist damals – dies ist gerade von meinen Vorrednern angesprochen worden – im Rahmen des Primarschulpakts im Frühjahr 2010 ins Schulgesetz gekommen. Alle, die da-

**(Dr. Walter Scheuerl)**

mals hier schon mitgewirkt oder jedenfalls das parlamentarische Geschehen wie ich sehr aufmerksam in dieser Zeit verfolgt haben, wissen, dass dieser Punkt, die Abschaffung des Sitzenbleibens, damals nicht wirklich ausführlich, pädagogisch und in den Ausschüssen vertieft debattiert worden ist.

*(Dora Heyenn DIE LINKE: Wie bitte? Sie waren doch gar nicht dabei!)*

Dieser Punkt hingegen ist Teil des Deals, den der damalige SPD-Führer Scholz mit nach Hamburg gebracht hat, nachdem er in Berlin abgewählt war und hierher kam.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Die heißen bei uns Vorsitzende!)*

Er hat gesagt, wenn Schwarz-Grün das so mitmache – er nenne ein paar Punkte, dazu gehöre das Abschaffen des Sitzenbleibens, kleinere Klassen und Abschaffung des Büchergeldes –, dann würde die SPD den Abgeordneten Ties Rabe zurückpfeifen, der bis dahin sehr gut strategisch mit "Wir wollen lernen" zusammengearbeitet hatte, und die Primarschulreform unterstützen. Das Gesetz wurde beschlossen, Herr Rabe stellte keine Schriftlichen Kleinen Anfragen mehr, und das Ergebnis ist bekannt: Herr Rabe wurde Schulsenator. Und was ist aus der Regelung geworden? Jetzt sprechen wir einmal für die Kinder. Das Problem ist doch, dass das Gesetz damals geändert worden ist, ohne dass jemand im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens darüber nachgedacht hat, durch was man denn das ersetzen soll,

*(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist ja wohl eine Frechheit!)*

wenn die Schüler einfach aufgerückt werden. Und erst im September 2011, da war das erste Amtsjahr von Schulsenator Rabe fast zu Ende, kam eine Verordnung von Herrn Rabe bezüglich der Förderkurse auf den Tisch und wurde durch die Deputation gedrückt. Ich nenne es lieber staatliche Ersatznachhilfe, ich bleibe einmal bei dem Begriff. Das Problem dieser Verordnung ist – davor dürfen wir als verantwortliche Politiker unsere Augen nicht verschließen –, dass aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen die Förderung erst zu spät ansetzt. Die Schüler erhalten Förderkurse, wenn sie schon auf einer Fünf sind.

*(Zurufe von der SPD: Das ist falsch, das ist nicht richtig!)*

Versetzen Sie sich einmal in Ihre eigene Schulzeit, Mittelstufe, siebte oder achte Klasse. Ich weiß nicht, wer von Ihnen dort in einem, in zwei, in drei oder vier Fächern auf einer Fünf stand oder schlechter war. Wenn Sie dort vormittags im normalen Unterricht sind, inzwischen fast ganztagschulmäßig, und der Stoff ihrer normalen Klasse geht weiter, dann rutschen Sie in einem oder zwei Fächern auf eine Fünf oder schlechter und werden

in einen Förderkurs geschickt. Dann ist es für dieses Fach zu spät, und Sie kommen – das sehen wir an den Zahlen, die der Senat jetzt vorgelegt hat – auch nicht mehr in die Spur.

Die Senatsantwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage vom 8. März 2013 hat überdies ergeben, dass Senator Rabe und die Schulbehörde nicht die geringste Ahnung haben, wie individuell, auf die Schüler bezogen, diese Förderkurse, diese staatliche Ersatznachhilfe greifen. Es heißt in der Senatsantwort, der Behörde lägen keine Daten vor, die einen schülerbezogenen Abgleich machen würden.

Wir haben ein paar Zahlen, um zu evaluieren, was diese Ersatznachhilfe bisher gebracht hat, und die sind erschreckend. Mehr als 12 000 Schülerinnen und Schüler haben nach den Zahlen, die Herr Senator Rabe in einer Pressemitteilung veröffentlicht hat, im letzten zurückliegenden Jahr erfolglos an diesen Kursen teilgenommen, weil sie immer weiter in das jeweils nächste Halbjahr hinein in diesen Nachmittagskursen blieben. Währenddessen ging vormittags der Unterricht weiter. Und wer von traumatisierenden Erlebnissen spricht, weil er meint, das Zurückgehen in eine Klasse, um neu anzufangen und auf dem Basiswissensstand wieder anzufangen, sei ein traumatisierendes Erlebnis, der muss sich einmal in die Lage eines 13- bis 15-Jährigen versetzen, der jeden Morgen in die Schule geht und weiß, dass er nicht weiß, worum es geht. Er sitzt da und die Klasse macht Unterricht. Er weiß nicht, worum es geht. Er hat Angst vor jeder Klausur und Angst vor jeder Klausurrückgabe, weil er weiß, er wird wieder eine Fünf oder eine Sechs haben. Über 12 000 Schülerinnen und Schülern geht es schon jetzt so in diesem Rabe-Förderkursystem. Das heißt, wir müssen etwas daran machen.

*(Beifall bei der CDU)*

Außerdem ist schon jetzt klar, dass die Milchmädchenrechnung vom Sparen nicht aufgeht, denn wir haben bisher im Förderkurssystem, das Herr Rabe aufgesetzt hat, nach seinen eigenen Zahlen schon über 7,6 Millionen Euro Steuergelder ausgegeben für Honorarkräfte und alles, was damit zusammenhängt. Aber die vermeintlichen Einsparungen von angeblich statistisch 6000 Euro pro Schülerin und Schüler, die nicht ein Jahr länger in der Schule sind, haben wir netto überhaupt nicht dagegen, die sind weg. Das heißt, wir haben ein teures, wahrscheinlich ineffizientes Förderkurssystem, bei dem dringend nachgesteuert werden muss.

Wir wissen außerdem, dass die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler nach einer kürzlich erschienenen Forsa-Umfrage, nämlich 85 Prozent, sagen, Sitzenbleiben oder jedenfalls die Chance des Sitzenbleibens sei sinnvoll und wichtig, und sie möchten dies weiter haben.

**(Dr. Walter Scheuerl)**

Ich möchte einen wichtigen Punkt ansprechen. Es wird immer darüber gesprochen, was jemand vom Sitzenbleiben hat, der sitzenbleibt. Was aber immer ausgeblendet wird, ist, dass die große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, die nach dem Halbjahr merken – gerade in der Pubertät, von der sechsten bis zur neunten Klasse –, dass es jetzt brennt und die damals eine Versetzungsverwarnung bekommen haben, sich dann motiviert und angestrengt haben und dann die Leistung doch noch erbracht haben. Da standen sie noch nicht auf Fünf oder Sechs, deswegen hat es geklappt. Deswegen darf man diesen motivierenden Effekt der pädagogischen Maßnahme nicht ausblenden.

Deswegen komme ich zum Petitum der CDU an dieser Stelle. Wir meinen, Herr Senator Rabe muss jetzt eine letzte Chance haben. Wir wollen sie ihm geben und mitwirken.

(Heiterkeit bei *Dora Heyenn DIE LINKE – Gerhard Lein SPD*: Sonst wird er gehängt, oder was?)

Herr Senator Rabe und wir alle als Schulpolitiker im Schulausschuss sollten uns ernsthaft zusammensetzen und uns dieses Fördersystem, das im Moment nach allen Zahlen, die wir haben, dabei ist, an die Wand zu fahren und viele Tausende von Schülerinnen und Schüler auf abstürzende Schulkarrieren zu schieben, näher anschauen, und wir sollten wahrscheinlich gegensteuern. Das können wir, ich kenne uns im Schulausschuss. Wir wissen alle, wovon wir reden. Wir haben unterschiedliche Meinungen, aber wir können, wenn wir wollen, gut zusammenarbeiten.

Deswegen möchte ich Sie einladen, gemeinsam, auch Sie von der SPD, Herrn Rabe die letzte Chance zu geben. Stimmen Sie dafür, dass wir den Antrag an den Schulausschuss überweisen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Noch ein Letztes. Das Einzige, was uns an dem FDP-Antrag stört, ist, dass er letztlich einen Kuschelkurs aus dieser pädagogischen Maßnahme macht, denn er setzt für das Klassenwiederholen voraus, dass die Zustimmung des Schülers und der Sorgeberechtigten vorliegt oder sogar der Wunsch der Schüler und Sorgeberechtigten. Wenn Sie sich an Ihre Schulzeit erinnern, dann ist der Schüler in den seltensten Fällen damit einverstanden. Wenn man ihm also sagt, du bleibst sitzen, dann ist es relativ unwahrscheinlich, dass er sagt, das sei prima und das möchte er auch. Viele von ihnen werden stattdessen sagen, nee, wenn ich weiterkomme, Dicker, dann gehe ich weiter.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Holster?

**Dr. Walter Scheuerl** CDU: Selbstverständlich, Herr Holster.

**Zwischenfrage von Lars Holster** SPD: Herr Dr. Scheuerl, vielen Dank.

Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass sich die CDU-Fraktion erst einmal grundsätzlich dazu bekennt, das Sitzenbleiben wieder einzuführen auf der Grundlage dieses FDP-Antrags?

**Dr. Walter Scheuerl** CDU (fortfahrend): Wir halten es für sinnvoll, darüber nachzudenken, ob die Ersatzmaßnahme der Nachhilfekurse, wie sie jetzt besteht, ausreichend ist. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir uns im Interesse der Schülerinnen und Schüler als nächsten Schritt überlegen, was dann die Folge ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn also die Nachbesserung nicht ausreicht, dann ist es natürlich sinnvoll, wenn neben den Förderkursen, die für die Schüler da sind, die vielleicht nur in einem oder vielleicht in zwei Fächern schlecht sind, aber in anderen gut, die klare pädagogische Maßnahme kommt als Nebeneinander neben dem Fördersystem.

(*Gerhard Lein SPD*: Wenn das Herr Heine-  
mann hören würde!)

Deswegen lade ich Sie alle noch einmal ein und bitte Sie, der Überweisung an den Schulausschuss zuzustimmen, damit wir hier weiterkommen, denn jeder Monat, den wir die Sache schleifen lassen, ist ein verlorener Monat für die Kinder in Hamburg.  
– Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Herr Dr. Scheuerl. – Das Wort hat Frau Dr. von Berg.

**Dr. Stefanie von Berg** GRÜNE:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zum Beitrag von Herrn Dr. Scheuerl. Ihre historische Exkursion über das Zustandekommen dieses Schulgesetzes ist völlig falsch, das muss ich einfach so sagen. Das ist auch eine Überschätzung des Wirkungsgrades von Herrn Scholz, damals noch nicht Bürgermeister. Bereits im ersten Entwurf des Hamburger Schulgesetzes stand selbstverständlich: Fördern statt Wiederholen. Das muss ich einfach ergänzen, um der Legendenbildung vorzubeugen.

Ich bin begeistert, dass Herr Dr. Scheuerl gerade ein flammendes Plädoyer für die Individualisierung gehalten hat, denn er benannte das Frusterlebnis, immer den Anschluss verpasst zu haben. Deswegen – wir haben nächste Woche die Expertenanhörung im Schulausschuss – geht es uns darum,

**(Dr. Stefanie von Berg)**

Kinder da abzuholen, wo sie stehen, und nicht alle im Gleichschritt, marsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – *Katja Suding FDP*: Das ist ja ganz was Neues!)

Nun aber zum Antrag der FDP. Dieser Antrag ist wirklich richtig überflüssig in diesem Parlament. Was sich da nämlich so blumig hinter Begriffen wie Wiederholungen oder unbürokratisches Zulassen verbirgt, ist nichts anderes als von der Ausnahme wieder zur Regel zu kommen. Das verbirgt sich dahinter, und dagegen verwahren wir uns ausdrücklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Regel ist nämlich in anderen Bundesländern – und war bisher auch immer so –, dass ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler im Laufe ihres Lebens sitzengeblieben sind. Das ist viel zu viel und das ist unnötig. Schauen Sie sich einmal an, welche Folgen so ein Sitzenbleiben hat. Dazu gibt es schon seit 30 Jahren unzählige Studien, ich habe so viele gelesen. Traumatische Erlebnisse, Diskriminierung, Loser-Image, Langeweile in den Fächern, die man eigentlich schon kann, und völlig aus der Gruppe herausgerissen zu sein sind nur ein paar Beispiele. Wollen wir das Kindern in Hamburg wirklich länger zumuten? Ich glaube, nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz abgesehen davon kostet es Geld, nämlich 6000 Euro pro Jahr. Die kann man wirklich – das hat Herr Lein schon völlig richtig gesagt – besser investieren, und zwar in individuelle Förderung. Dass da einiges noch hakt, wissen wir auch, das weiß mit Sicherheit auch Herr Senator Rabe. Aber das Prinzip ist richtig, und wir sollten auf gar keinen Fall, nur weil es hier und da noch Verbesserungsbedarf gibt, davon abrücken.

Zur Begründung der FDP in ihrem Antrag möchte ich auch etwas sagen. Die Schlussfolgerung, dass nur 37 Prozent aller Schülerinnen und Schüler, die Nachhilfe bekommen haben, im Folgejahr nicht wieder Nachhilfe genommen haben, ist schlicht falsch, weil die Statistik falsch interpretiert wird. In dieser Statistik sind nämlich sehr viele Kinder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Und das sind Kinder, die noch nicht von Klassenwiederholung bedroht sind, sondern die bereits bei einer Vier minus einen Anspruch auf Lernförderung haben, was wir auch alle in diesem Hause begrüßen. Da haben Sie leider, liebe FDP, die Statistiken falsch interpretiert. Die Begründung ist schon einmal nichtig.

(Beifall bei *Katharina Fegebank* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Dann wird weiter gesagt, Sitzenbleiben garantiere eine erfolgreiche Schulkarriere. Alle Studien belegen, dass das falsch ist. Im ersten Jahr ist es noch

erfolgreich, im zweiten Jahr ist es schon verpufft. Wollen wir wirklich so viel Geld investieren, dass es vielleicht ein Jahr mal ein bisschen erfolgreicher ist, mit allen sozialen und emotionalen Nachteilen, die ich schon aufgezählt habe? Meiner und der Auffassung meiner Fraktion nach steckt nur eines dahinter. Es geht eigentlich nur darum, dass die Kinder am Gymnasium bleiben sollen. Es geht nämlich darum, das hört man immer wieder, dass sie die sechste Klasse wiederholen können sollen, damit sie dann das Turbo-Abi schaffen. Das ist dann aber gar kein Turbo-Abi mehr, sondern G9. Das ist eine völlig fadenscheinige Begründung, denn wir haben doch G9, und zwar an der Stadtteilschule. Das ist eine wunderbare Alternative, dazu müssen wir das Sitzenbleiben nicht wieder einführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was bleibt, ist Folgendes: 2010 hat sich die Bürgerschaft den Studien gegenüber offen gezeigt, hat nicht auf Durchzug und auf taub gestellt, sondern gesagt, sie hätte verstanden, sie hätte die Studien richtig ausgewertet, sie ziehe die politische Konsequenz, dass das Sitzenbleiben weitestgehend abgeschafft werde.

Wir werden natürlich die Überweisung ablehnen und auch den Antrag, um nicht wieder zurück in die pädagogische Steinzeit zu kehren. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Dr. von Berg. – Das Wort hat Frau Heyenn.

(*Wolfgang Rose SPD*: Die sieht das auch so!)

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP ist überschrieben mit der Überschrift "Klassenwiederholung unbürokratisch zulassen". Liebe FDP, das ist Praxis an den Hamburger Schulen, das müssen Sie nicht neu erfinden, das machen wir jeden Tag.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was Sie genau wollen, liest man zwischen den Zeilen. Sie wollen wieder einmal das Schulgesetz ändern. Dreimal haben Sie das schon gemacht: einmal mit dem Recht auf Halbtagschule, was ein Zurück in die Steinzeit ist, dann die Abschaffung eines Lernentwicklungsgesprächs pro Schuljahr, was völlig kontraproduktiv ist zu dem Antrag, den Sie jetzt gestellt haben,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Den Antrag haben Sie nie gestellt! Was reden Sie da?)

und dann haben Sie sich auch noch dafür eingesetzt, dass es eine Abschulung vom Gymnasium

**(Dora Heyenn)**

aus der Klasse 10 auf die Stadtteilschulklasse 11 gibt. Alles das, was Sie dort mit angerichtet haben, ist eine Schwächung der Stadtteilschule und eine Verschärfung der sozialen Auslese zwischen den beiden Säulen Stadtteilschule und Gymnasium im Hamburger Schulwesen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Scheuerl?

**Dora Heyenn** DIE LINKE (fortfahrend): – Ich muss mich noch erholen von der Rede von Herrn Scheuerl, das geht leider nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD)

Und nun soll das Sitzenbleiben wieder eingeführt werden. Ich sage ganz bewusst Sitzenbleiben, weil das, was die FDP vorschlägt, mit Klassenwiederholung gar nichts zu tun hat. Der Unterschied ist eindeutig. Im Schulgesetz steht, dass aus besonderem Grund eine Jahrgangsstufe wiederholt werden könne, um eine bessere Förderung der Leistungsentwicklung und die soziale Integration der Schüler zu fördern. Das Letztere haben Sie völlig ausgeklammert, und das ist der große Unterschied. Es ist etwas völlig anderes, als einen Beschluss in der Zeugniskonferenz herbeizuführen, wo man die Noten addiert, den Querschnitt nimmt und dann schaut, wie es in den Hauptfächern aussieht. Dann heißt es, die Noten seien so und so, und dann muss ein Schüler wiederholen. Das ist Sitzenbleiben. Das wollen wir nicht mehr, das ist Steinzeit.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei *Barbara Nittrich* SPD)

Sie haben in Ihrem Antrag Vorschläge gemacht, wie man das anders machen kann. Mir fällt dabei auf, dass das Wort Zeugniskonferenz zweimal auftaucht, dagegen lediglich einmal die bessere Förderung der Leistungsentwicklung. Von sozialer Integration reden Sie überhaupt nicht mehr. Wenn ich mir das genau ansehe, reduzieren Sie alles auf die Zensuren. Und das ist auch zurück in die Steinzeit.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei *Barbara Nittrich* SPD)

Die pädagogische Diskussion um Schulnoten scheint völlig an Ihnen vorbeigegangen zu sein. Erst vor Kurzem hat Horst Hippler, der Vorsitzende der Hochschulrektorenkonferenz, noch einmal deutlich gesagt, dass die Zensuren im deutschen Schulwesen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern völlig überbewertet werden und dass sie weit davon entfernt sind, gerecht zu sein.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* GRÜNE)

Viele sitzen im Plenarsaal, die auch selbst Lehrer sind. Viele sind auch selbst zur Schule gegangen und haben Kinder dort – die meisten sind selbst zur Schule gegangen. Die Erfahrungen, die man mit Klassenwiederholungen hat, sind doch ganz typisch. Die Schüler kommen zurück aus einer anderen Klasse, und nach einem Vierteljahr haben sie genau den gleichen Notendurchschnitt, sie haben genau die gleichen Schwierigkeiten, es ist genau das Gleiche, es wird damit überhaupt nichts gewonnen.

Und wenn Sie sagen, durch das Wiederholen einer Klassenstufe könnten Lernrückstände aufgeholt werden und eine Änderung der Lernbereitschaft bewirkt werden, so ist das völlig falsch.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* GRÜNE)

Wenn jemand zwangsweise wiederholen muss, also sitzenbleibt, dann ist das demotivierend. Das ist eine Negativerfahrung. Die Schüler da wieder herauszuholen, da können Sie gern andere Lehrer fragen, ist sehr, sehr schwer. Dafür braucht man als Lehrkraft ein halbes Jahr.

Wenn Sie schon den Erziehungswissenschaftlern keinen Glauben schenken, dann kann ich mir vorstellen, dass Sie der Bertelsmann Stiftung eher zugehörig sind. Sie hat eine Studie herausgegeben mit dem Titel "Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam". Sie hat alle gängigen Mythen der Klassenwiederholungen zerpfückt.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg* GRÜNE)

Als Erstes kommt bei der Studie der Bertelsmann Stiftung heraus – das sollte Ihnen zu denken geben –,

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Was hat denn die Rosa-Luxemburg-Stiftung dazu gesagt?)

dass Klassenwiederholungen nicht motivierend, sondern demotivierend wirken.

Zweitens: Durch das Aussortieren der Wiederholer werde das Lernen der Übriggebliebenen nicht gefördert.

Und drittens: Bei Sitzenbleibern sei keine nachhaltige Leistungsverbesserung zu beobachten.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Jetzt zu Ihnen, Herr Scheuerl. Ich finde es schon ein Ding, dass Sie Legenden bilden und davon reden, dass wir in unseren sechs Sitzungen à vier Stunden, um das Schulgesetz gemeinsam zu ändern, zusammen mit Schülerkammer, Elternkammer, Lehrerkammer und "WWL", nicht darüber nachgedacht haben sollen, was wir getan haben. Das finde ich unverschämt.

**(Dora Heyenn)**

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie...

**Dora Heyenn** DIE LINKE (fortfahrend): – Nein, das kann er vergessen.

Wenn Sie, Herr Scheuerl, von staatlicher Ersatznachhilfe sprechen, was ist das eigentlich für ein Begriff?

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Ich finde Ihre Begriffe auch nicht gut!)

Wollen Sie lieber eine private Nachhilfe? Wäre es Ihnen lieber, wenn die 7,1 Millionen Schüler in die privaten Nachhilfeorganisationen gesteckt werden? Man kann über die SPD viel meckern, aber dieses Fördern statt Wiederholen in den Schulen ist wirklich großartig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir hätten es zwar an der einen oder anderen Stelle ein bisschen besser und anders gehabt,

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

aber in dieser Breite hat es das in Hamburg noch nie gegeben.

Wenn ich die FDP so höre, dann kann ich nur froh sein, dass ich auf die 70 zugehe und kein Kind und keine Jugendliche mehr bin. Heute wird man nämlich geboren und gefördert, und dann muss man Leistung bringen und dann muss man Kompetenzen zeigen. Mein Gott, das ist doch absolut schrecklich. Und wenn Sie davon sprechen, Herr Scheuerl, dass Klassenwiederholungen als Traumatisierung bezeichnet werden, dann stammt diese Aussage nur von Ihnen. Das ist im Schulgesetz mit traumatischen Erlebnissen nicht gemeint. Wenn Sie in die Schulwirklichkeit hineinsehen und sich anschauen, was mit jungen Menschen heute in dieser Stadt passiert, dann werden Sie bemerken, dass die aus völlig anderen Gründen traumatisiert sind, und das muss man sehr, sehr ernst nehmen. Wenn Kinder längere Zeit krank sind, dann ist es sinnvoll, dass sie wiederholen, dann wollen sie es auch meistens selbst, und das ist auch gut so.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Arroganter geht es ja wohl nicht mehr!)

Es war ein großer Fehler, ein Lernentwicklungsgespräch pro Jahr zu kürzen. Wir sollten die Herausforderung und die Chance, die das Schulgesetz bietet, umsetzen. In Paragraph 17 Absatz 2 Satz 2 steht zum Beispiel zu den Gymnasien:

"Die Schulen ermöglichen individuelles Lernen durch innere und äußere Differenzierung."

Ich habe in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage nachgefragt, wie das an den Gymnasien nun aussieht. Die Antworten waren: Die Fragen werden behandelt, das individuelle Lernen wird diskutiert, darüber werden Vorträge gehalten, es werden Beispiele präsentiert, in bezirklichen AGs gibt es einen Austausch zwischen den Gymnasien, und es gibt sogar zwei Gymnasien, die das Projekt "alles>>können" haben. Außerdem hat der Senat noch geantwortet:

"Grundsätzlich wird an allen Hamburger Gymnasien das individuelle Lernen [...] ermöglicht."

Dazu sage ich Ihnen von der SPD und auch Ihnen, Herr Rabe: Das ist zu wenig, es muss mehr passieren. Wir müssen das viel, viel stärker ausbauen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Unsere Auffassung ist, dass das Schulgesetz nicht geändert werden muss, sondern umgesetzt. Es freut mich, dass Gerhard Lein für die SPD klar gesagt hat, es wird, was Klassenwiederholungen betrifft, nicht zurückgerudert. Ich hoffe, es bleibt dabei.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Frau Heyenn. – Das Wort hat Herr Senator Rabe.

**Senator Ties Rabe**: Meine Damen und Herren! Ich möchte ausdrücklich den Vorrednern von SPD, GRÜNEN und LINKEN zustimmen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Vorrednerinnen!)

– Vorrednerinnen.

Wir haben in Hamburg das Sitzenbleiben abgeschafft. Vielen Dank, Frau von Berg noch einmal für die Klarstellung.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Das Sitzenbleiben wurde von CDU und GRÜNEN abgeschafft, keineswegs in irgendwelchen anderen Gesprächen. Wenn Sie sich nicht mehr daran erinnern, dann kann ich es nicht ändern, aber sehen Sie sich noch einmal die parlamentarischen Beratungen an; dies war schon im ersten Schub der Fall.

Ich hätte mich daher gar nicht zu Wort gemeldet, aber die Rede von Herrn Scheuerl hat mich irritiert. Ich will völlig offen sagen, was mich in dieser Frage seit zwei Jahren zunehmend irritiert. Dabei frage ich vor allem die CDU-Fraktion, Herrn Wersich, Frau Stöver, Herrn Ploog, Herrn Gladiator, Herrn Schira und die anderen Mitglieder. Wir haben von



**(Senator Ties Rabe)**

2008 bis 2011 zusammen Schulpolitik gemacht. Ich kann mich persönlich sehr genau daran erinnern, wer wann wofür gestimmt hat. Ich weiß auch, wer zähneknirschend und wer begeistert wofür gestimmt hat, aber ich merke mittlerweile, dass die Sache für mich als Schulsenator sehr unübersichtlich wird. Denn tatsächlich ist es so, dass man in der Regierung – ich erinnere das aus meiner Zeit in der Opposition und kann Ihnen das heute auch aus der Regierung heraus bestätigen – doch ein Stück darauf hört, was die Opposition kritisiert, was sie fordert und wie sie manchmal im Parlament mit großer Geste darauf eingeht. Frau Heyenn hat genüsslich, wenn auch gegen ihre politische Absicht zitiert, dass wir der FDP einige Male die Hand gereicht haben.

(Zuruf von *Katja Suding* FDP)

Manchmal geht man aber auch auf Anregungen der Opposition ein, ohne es an die große Glocke zu hängen. Deswegen hat die Opposition schon eine gewisse Bedeutung, und deswegen hat dieses Geschäft etwas mit Ernsthaftigkeit zu tun. Es irritiert mich zunehmend, dass ich nicht mehr weiß, wofür diese CDU steht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg* GRÜNE)

Ich nenne ein paar Punkte. Das Sitzenbleiben hat die CDU mit der damaligen GAL zusammen abgeschafft und ich weiß, dass viele in der CDU das richtig fanden. Jetzt erklärt Herr Scheuerl – er leitet seine Rede auch noch ein mit den Worten "Ich spreche hier für die CDU-Fraktion" –, dass er im Großen und Ganzen ein strikter Gegner davon ist, was er übrigens als Nichtsprecher der CDU-Fraktion, aber als Person Walter Scheuerl ohnehin ständig in die Stadt mailt. Er sagt, das sei alles verkehrt und sei von der SPD reingemogelt worden, die CDU wollte das Sitzenbleiben gar nicht abschaffen. Doch, doch, sie wollte es, sie hat das Gesetz verabschiedet, und ich möchte gern wissen, was denn nun der Kurs der CDU ist. Darf ich noch ein paar wenige Fragen dazu ergänzen?

(*Olaf Ohlsen* CDU: Immer gern!)

Ich erinnere an die Diskussion um G8 oder G9.

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse* CDU)

Das war eine Zeit – ich sage es sehr klar –, in der die SPD nicht einmal mit Herrn Scholz die CDU-Politik prägen konnte. Ich erinnere mich sehr genau, dass auch damals die CDU gesagt hat, sie macht G8. Ich weiß aber, dass Herr Scheuerl mit "Wir wollen lernen" alles dafür tut, das wieder abzuwickeln. Ich frage auch, was mit der Stadtteilschule ist. Das war eine kluge Idee, von Herrn Heinemann unter Frau Dinges-Dierig geboren und mit großer Verve von ihm bewegt, und es war etwas, was die CDU bundesweit einmalig nach vorn gebracht und auch als Großstadtpartei profiliert hat.

Das hat die SPD – ich darf es offen sagen – ins Schwitzen gebracht, weil es ein vernünftiger Schritt war, der auch uns ein Bekenntnis abgerungen hat. Jetzt aber wird Herr Scheuerl nicht müde, die Stadtteilschule im Vergleich zur angeblich viel besseren Realschule schlecht zu reden. Das Gleiche passiert bei der Inklusion und vielen anderen Punkten, beim Sitzenbleiben nun auch.

Deswegen sage ich Ihnen ehrlich: Das hier ist ein ernsthaftes Geschäft, es nennt sich politische Auseinandersetzung und Debatte. Es kann nicht schaden, wenn zu solchen wichtigen Debatten die CDU ihre Position einmal klärt. Darum würde ich bitten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg* GRÜNE)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels** FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist unser Antrag, deswegen lassen Sie mich ein kurzes verbindliches Abschlusswort sprechen. Das Thema hat zu einigen Diskussionen geführt, die definitiv überhaupt nicht hätten sein sollen.

(*Lars Holster* SPD: Wir haben das nicht provoziert!)

Ich finde diese Abrechnung mit der CDU erstaunlich. Das können Sie zwar machen, wie Sie wollen, aber es hat mit dem Thema dieser Debatte zum großen Teil nichts zu tun.

Wir wollen nicht zurück in die Steinzeit. Hoffentlich kommt das ins Protokoll. Wir wollen, dass Klassenwiederholungen freiwillig sind;

(Beifall bei der FDP)

wir wollen nicht und noch einmal nicht, dass das unter Zwang geschieht.

(Zurufe aus dem Plenum)

– Ich hätte es sehr gern, wenn Sie mir bis zum Ende zuhören, damit Sie es vielleicht diesmal verstehen. Wahlweise können Sie auch den Antrag lesen.

Wir möchten klarstellen, dass es eine zusätzliche Chance zum Nachhilfesystem – das ausgebaut gehört, wozu wir auch stehen – sein soll. Wir wollen nicht dahin zurück, dass zwei Fünfen zum Sitzenbleiben führen. Das habe ich drei- bis viermal gesagt. Ich bin erstaunt, dass es nicht ankommt. Ich bin vor allem sehr erstaunt, dass diese Diskussion wieder nur zu irgendwelchen Grabenkämpfen führt, anstatt sich den Sachverhalt anzusehen, Verantwortung zu übernehmen und sich etwas zu überlegen. Das Nachhilfesystem, wir wissen es alle, funktioniert nicht. Das kann übrigens auch noch nicht funktionieren, das erwartet auch niemand,

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

und deshalb wollen wir eine kleine, zusätzliche Chance. Alle zitieren so schön das Schulgesetz und sagen, wir hätten etwas ausgelassen und es ginge sehr wohl auch um Leistung. Diese drei besonderen Gründe, die Sitzenbleiben zulassen, sind sehr genau definiert. Diese drei besonderen Gründe sind traumatisierende Erlebnisse oder schwere Krankheit plus Leistungsrückstände. Da es diese besonderen Gründe gibt – das ist eine Verbotsnorm mit Erlaubnisvorbehalt –, bleibe ich genau bei dem, was ich gesagt habe. Sitzenbleiben ist nämlich nicht freiwillig möglich. Ich möchte, dass Sie das verstehen. Wir werden uns sicher wieder sprechen, wenn die Sache schiefgegangen ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Wersich, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der SPD-Fraktion)

**Dietrich Wersich** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ihr Beitrag war sehr interessant, Herr Kollege Rabe. Wenn es ein Beispiel für einen Politiker in diesem Hause gibt, der in der Lage ist, seine grundsätzlichen Positionen zu wichtigen schulpolitischen Fragen zu ändern, dann haben Sie diesen Beweis angetreten. Ich habe noch in den Ohren, wie Sie, Stichwort Primarschulreform, jeden Punkt mit Anfragen bekämpft haben. Am Ende waren Sie natürlich mit Ihrer Partei plötzlich auf der anderen Seite und wollten die Primarschule.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Skandal!)

Wenn man einen solchen Schlingerkurs in seiner eigenen politischen Karriere hingelegt hat, dann sind Sie, glaube ich, wirklich nicht der Richtige, danach zu fragen, ob die CDU Kurs hält.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich darf auch daran erinnern, Herr Rabe, dass der von Ihnen zu verantwortende Schlingerkurs auch der SPD-Fraktion einige ihrer Mitglieder und ehemaligen Mitstreiter gekostet hat.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Mitstreiterinnen!)

– Genau, Mitstreiterinnen. – Einige sind nämlich heute bei der LINKEN zu Spitzenkandidaten gewählt worden; so viel zu dieser Frage.

Ansonsten stelle ich bei Ihnen eine Haltung fest, alles, was Ihrer Meinung nach nicht richtig läuft, als Fehler der Vorregierung zu bezeichnen. Wenn aber Dinge nicht richtig laufen, die Sie zu verantworten haben, dann fordern Sie von uns die Treue zu Punkten, die wir selbst einmal gebracht haben, ein. Es ist aber Ihre Verantwortung. Sie haben die

Ganztagsbetreuung an Schulen überstürzt eingeführt, ohne die Vorbedingungen zu schaffen. Sie sind es,

(Zuruf von *Dirk Kienscherf* SPD)

die mit der Inklusion, so wie sie nun zwei Jahre lang betrieben wurde, die Stadtteilschulen an den Rand der Funktionsfähigkeit gebracht haben. Sie haben die personenbezogene Zumessung von Betreuungskapazitäten für behinderte Schüler zugunsten eines Pauschalsystems abgeschafft.

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Das stimmt!)

Sie müssen uns nicht vorwerfen, wenn wir an dieser Stelle Qualität einfordern.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth* FDP – Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Herr Wersich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Holster?

**Dietrich Wersich** CDU (fortfahrend): Nein, aber er hat von seiner Fraktion das volle Rederecht bekommen, glaube ich.

Nun zum Thema. Es ist richtig, dass wir im Rahmen der Enquete-Kommission gesagt haben, dass wir nach besseren Wegen als dem Sitzenbleiben suchen, weil das nicht in jedem Fall die gewünschten Ergebnisse hat und weil es sehr aufwendig ist. Deswegen haben wir auch die Einführung von individueller Förderung unterstützt. Was wir nun wollen, ist, dass man überprüft, ob das wirkt, denn gut gemeint ist noch nicht gut gemacht. Wenn die Individualförderung nicht wirkt, dann müssen wir neu nachdenken. Mehr wollen wir nicht. Wir wollen Wirkung und Qualität für die Schulen und nicht nur schöne Absichten. Dieser Wirkungsanalyse müssen Sie sich mit Ihrem System stellen, und Sie müssen bereit sein, hier die Ergebnisse einer solchen Wirkungsanalyse kritisch zu diskutieren. Dann sehen wir, ob wir so weitermachen können oder ob wir den Weg modifizieren müssen. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Anna-Elisabeth von Treuenfels* FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Lein, Sie haben das Wort.

**Gerhard Lein** SPD:\* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wersich, ich will nicht auf Ihre ausweichenden Anmerkungen zu der konkreten Frage von Herrn Rabe eingehen.

(Zuruf von *Christoph de Vries* CDU)

Er hat Sie nur um Ihre Position zwischen dem, was Herr Heinemann zum Beispiel am 26. März per Pressemitteilung gesagt hat und dem, was Ihr

**(Gerhard Lein)**

Fraktionskollege Scheuerl heute mittendrin erklärt hat, nämlich seine unverhohlene Sympathie für das alte System des Sitzenbleibens, gebeten.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Das wollen wir einmal festhalten. Dazu haben Sie nichts gesagt. Sie haben alle möglichen Sachen über seine Geschichte gesagt.

(Hans-Detlef Roock CDU: Sie haben nicht richtig zugehört! Sie müssen mal zuhören!)

Ich wollte mich kurz auf Frau von Treuenfels beziehen. Frau von Treuenfels, wenn Sie gesagt hätten, wir wollen als Kontrollinstanz die Schulaufsicht im Boot behalten, damit es vergleichbar zugeht, dann hätte ich sympathischer über Ihre Gedanken nachdenken können. Das wollen Sie eben nicht, und das ist es doch. Sie wollen das individuelle System der einzelnen Schule überlassen. Wir wissen, dass in einzelnen Schulen – ob mit freundlichem Druck, mit nachhaltigem Druck, nach Stil des Hauses oder nach Image des Instituts vom Christianeum bis zum Gymnasium in Billstedt – sehr unterschiedlich Schülern gegenüber agiert wird. Die Schulaufsicht ist daher für uns der Garant einer gewissen Vergleichbarkeit. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7412 in der Neufassung an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte dem Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/7412 in der Neufassung seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf, Drucksache 20/7403, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Fluglärm-schutz durchsetzen – Nachtruhe sichern.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Fluglärm-schutz durchsetzen – Nachtruhe si-  
chern  
– Drs 20/7403 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/7574 ein gemeinsamer Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP:  
Fluglärm-schutz in Hamburg weiter verbessern  
– Drs 20/7574 –]**

Die SPD-Fraktion möchte beide Drucksachen an den Umweltausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Heyenn, Sie haben es.

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Land Rheinland-Pfalz hat einen Antrag in den Bundesrat eingebracht. In diesem Antrag geht es darum, die Bevölkerung vor Fluglärm zu schützen.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Verzeihen Sie bitte, Frau Heyenn. Ich bitte das Plenum um die gebotene Ruhe. Verlassen Sie den Raum, wenn Sie sich unterhalten möchten, ansonsten lauschen Sie der Rednerin. – Fahren Sie bitte fort.

**Dora Heyenn DIE LINKE** (fortfahrend): Die Zielsetzung dieses Antrags ist klar formuliert – ich zitierere –:

"Das Luftverkehrsgesetz verpflichtet die Luftfahrtbehörden und die für die Flugsicherungsorganisation zuständige Stelle auf den Schutz der Bevölkerung vor unzumutbarem Fluglärm hinzuwirken. Diese Vorgabe ist für einen sachgerechten Lärmschutz der Bevölkerung bei wachsenden Flugbewegungszahlen insbesondere in den Nachtstunden zu verstärken."

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Antrag von Rheinland-Pfalz sind als Maßnahmen formuliert, den Paragraphen 10a des Luftverkehrsgesetzes so zu ändern, dass die Festlegung der Flugrouten eine ähnlich anspruchsvolle Abwägung von öffentlichen und privaten Belangen erfährt wie bei Planungen von Straßen und Radfahrwegen, den Paragraphen 29b des Luftverkehrsgesetzes mit dem Ziel zu ändern, dem Lärmschutz bei der Erarbeitung und Festlegung von Flugverfahren insbesondere in den Nachtstunden ein stärkeres Gewicht einzuräumen, und den Paragraphen 32 Absatz 4c zu ändern, um die Belange des Lärmschutzes gegenüber wirtschaftlichen und verkehrlichen Belangen höher zu gewichten. Dieser Antrag wurde eingebracht.

Brandenburg hat zum gleichen Thema einen Antrag eingebracht, um transparente Verfahren und bessere Beteiligung der Bevölkerung bei der Festlegung von Flugrouten herbeizuführen. Die Vertreter des Hamburger Senats haben sich in dieser Bundesratssitzung inhaltlich nicht geäußert, sondern haben zugestimmt, dass diese beiden Anträge an den Umweltausschuss des Bundesrats überwiesen werden. Wir möchten darauf hinweisen, dass der internationale Flughafen Hamburg der

**(Dora Heyenn)**

fünftgrößte Deutschlands ist. Allein im Jahr 2012 sind hier 13,7 Millionen Passagiere gestartet. Die Prognosen gehen von weiter steigenden Zahlen aus.

*(Olaf Ohlsen CDU: 8 Prozent minus!)*

– Das hat aber andere Gründe, in der Breite steigen sie.

Die Flugschneisen des innenstadtnah gelegenen Airports liegen direkt über Wohngebieten, und viele Anwohnerinnen und Anwohner leiden unter dem zunehmenden Lärm. Ein Nachtflugverbot gibt es für Fuhlsbüttel nicht, sondern lediglich eine Nachtflugbeschränkung, und die sieht folgendermaßen aus: Im Jahr 2011, dafür liegen die Zahlen vor, sind zwischen 22 Uhr und 6 Uhr 687 Flugzeuge von Fuhlsbüttel aus gestartet und 4468 Flugzeuge gelandet. Das Interessante dabei ist, dass die meisten Flugbewegungen zwischen 22 Uhr und 23 Uhr stattgefunden haben, nämlich 555 Starts und fast 4000 Landungen. In anderen Städten fängt die Nachtruhe um 22 Uhr an. In Hamburg fängt die Nachtruhe bei Flugbewegungen um 23 Uhr an, aber bei den Einwohnern und Anwohnern nicht. Deshalb gibt es großen Protest von den Bürgerinnen und Bürgern. Es gibt viele Initiativen in den Stadtteilen rund um den Flughafen wie in Quickborn, Norderstedt, Langenhorn und von den Kleingärtnern. Inzwischen gibt es auch eine Initiative in Duvenstedt; das hat die CDU ein bisschen elektrisiert, darauf komme ich gleich noch. Und es gibt eine bundesweite Initiative, die "Bürgerinitiative gegen Fluglärm", die auch in Hamburg sehr aktiv ist. Die haben sich mit ihrem Anliegen an den Senat gewandt und am 30. Januar 2013 Senatorin Jutta Blankau ein Schreiben geschickt, in dem sie sich darüber beschwerten, dass im Lärmaktionsplan der Stadt Hamburg der Fluglärm ungenügend berücksichtigt ist – ich zitiere aus dem Brief –:

"Wir bitten Sie darum, diesbezüglich eine Überarbeitung des Aktionsplans in Erwägung zu ziehen. Wenn Ihnen dies nicht möglich erscheint, gehen wir davon aus, dass Sie uns dafür eine Begründung geben werden."

Der Brief ist vom 30. Januar 2013 und die Initiative hat bis heute keine Antwort erhalten.

Dann hat sich die Initiative am 24. Februar an den Bürgermeister selbst gewandt. Sie haben darauf hingewiesen, wie stark sie unter Fluglärm leiden und dass Gesundheitsschädigungen nicht nur durch Lärm, sondern auch durch die Abgase verursacht werden – ich zitiere wieder –:

"Wir bitten Sie deshalb, die Gesetzgebungsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz durch ein entsprechendes Abstimmungsverhalten zu unterstützen und uns im Falle Ihrer Nichtzustimmung Auskunft über Ihre Beweggründe zu geben. Mit freundlichen Grüßen [...]"

Auch darauf hat die Initiative noch keine Antwort bekommen.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Hört, hört!)*

Das finde ich nicht richtig.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Wir wollen mit unserem Antrag nun auch den Rücken der SPD-Fraktion stärken, damit sie auf den Senat einwirkt. Im Jahr 2010 hat die SPD als Opposition Folgendes formuliert:

"Die Nachtruhe im Bereich des Flughafens wird mit einkalkulierten Verspätungen unterlaufen."

Der Abgeordnete der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Gunnar Eisold, hat damals gesagt: "Die SPD-Bürgerschaftsfraktion warnt vor einer schleichenden Aufweichung des Nachtflugverbots" und darauf hingewiesen, wie viele verspätete Flugverbindungen nach 23 Uhr noch zugelassen wurden und ein sehr hohes Niveau erreichen.

Wir hoffen, dass die Bürgerschaft insgesamt den Senat beauftragt, im Bundesrat den Anträgen von Rheinland-Pfalz und Brandenburg zuzustimmen. Eigentlich haben wir immer gedacht, dass ein Nachtflugverbot ab 22 Uhr eine Selbstverständlichkeit sei, insbesondere natürlich in einer Stadt, in der der Flughafen mitten im Wohngebiet liegt. Deshalb wird es allerhöchste Zeit, dass Hamburg sich hier positioniert.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Auf unseren Antrag hin hat sich auch die CDU heute geäußert, aber ich muss feststellen, dass sie irgendwie nicht weiß, was sie will.

*(Klaus-Peter Hesse CDU: Gestern!)*

– Dadurch wird es auch nicht besser, Herr Hesse.

*(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)*

Sie haben in einer Bürgerschaftsdebatte 2007 gesagt, Herr Hesse, dass Sie sich für ein Nachtflugverbot stark machen wollen. Gestern beziehungsweise heute haben Sie gesagt, dass unser Antrag auf Erstellung eines Nachtflugverbots für Hamburg die Zukunftsfähigkeit des Flughafens massiv gefährde. Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Machen Sie einmal einen Wohnungstausch mit jemandem, der in Langenhorn wohnt. Dann können Sie vielleicht sagen, ob das wirklich eine Schädigung des Flughafens oder eher eine der Anwohner ist.

*(Klaus-Peter Hesse CDU: Schade, ich wohne nämlich schon in Langenhorn! – Glocke)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Frau Heyenn, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

**Dora Heyenn** DIE LINKE (fortfahrend): Nein.

Die Initiative gegen Fluglärm hat sich auf Ihre Pressemeldung hin heute an die Medien gewandt und zu Ihrer Behauptung, dass unser Antrag Panikmache sei und die Funktionsfähigkeit des Flughafens gefährde, gesagt – ich zitiere –:

"Dass [Herr Hesse] damit nun aber selber Panik macht, scheint er nicht zu merken. Ein explizites Nachtflugverbot ab 22 bis 6 Uhr wäre für die betroffene Wohnbevölkerung ein Gewinn, keinesfalls aber eine Gefährdung des Flughafens."

Vielleicht reden Sie einmal mit der Initiative.

(Beifall bei der LINKEN – *Klaus-Peter Hesse* CDU: Na, die Ini wird's ja wissen!)

Nun gibt es noch eine andere Initiative, und die ist in Duvenstedt, also mehr oder minder in einer Hochburg der CDU. Dort hat der Abgeordnete Dennis Thering sich bemüht gefühlt, sich mit dieser Initiative einmal zusammzusetzen. Es gibt dazu eine große Pressemeldung vom 21. März, und dort heißt dann plötzlich die Überschrift:

"Die CDU will den Fluglärm reduzieren"

Lang und breit wird dann erklärt, wie schwierig das sei. Die Ursache für diese Pressemeldung ist, dass eine Bürgerinitiative im Alstertal der CDU zu Leibe gerückt ist. Wenn ich mir nun aber den Antrag der CDU ansehe, dann kann ich an keinem Punkt feststellen, dass Sie den Fluglärm wirklich reduzieren wollen. Von einem Nachtflugverbot will ich gar nicht reden.

Nun komme ich zu den GRÜNEN. Die Landesvorsitzende der GRÜNEN, Katharina Fegebank, hat im Juni 2012 eine Veranstaltung gemacht und darüber gab es einen Zeitungsartikel – ich zitiere –:

"Zumindest ein Schluss liegt nach einer Gesprächsveranstaltung zum Thema Flughafen, zu der GRÜNEN-Vorsitzende Katharina Fegebank eingeladen hatte, nahe: Die Flughafenanlieger im Norden der Hansestadt haben gelernt, mit dem Flughafen zu leben."

– Zitatende.

Das Fazit dieser Veranstaltung war:

"Fluglärm nur noch ein Randthema."

Liebe GRÜNE, das ist falsch.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch* und *Christiane Schneider*, beide DIE LINKE)

Das zeigen die vielen Initiativen, und DIE LINKE unterstützt die berechtigten Forderungen der Bürgerinnen und Bürger. Die Gesundheit geht vor; der Lärmschutz muss verbessert werden. Deshalb muss das Luftverkehrsgesetz des Bundes geändert werden. Wir möchten mit unserem Antrag erreichen, dass der Senat im Bundesrat diese bei-

den Anträge unterstützt und hoffen, dass wir das nach der Überweisung an den Ausschuss mit der Diskussion hinbekommen und für das Thema die Mehrheit dieser Bürgerschaft gewinnen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Dr. Schaal, Sie haben das Wort.

**Dr. Monika Schaal** SPD:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Flughafen ist leiser geworden, das kann man merken und das kann man hören, das kann man aber auch in den Statistiken der Fluglärmenschutzstelle nachlesen. Darum, Frau Heyenn, muss man mit der Kritik am Flughafen momentan auf dem Teppich bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass Fluglärm eine starke Belastung ist, auch eine gesundheitliche Belastung, aber man kann auch nicht so tun, als ob am Flughafen Hamburg der Lärmschutz außen vor gelassen würde; das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn* DIE LINKE: Nur kein Nachtflugverbot!)

Wir können aus den Daten von 2012 sehen, dass die Zahl der Flugbewegungen über Hamburg weiter abgenommen hat. Diese Entwicklung besteht seit 2007. Dass es steigende Passagierzahlen gibt, liegt an immer größeren Fliegern, die besser ausgelastet werden und dadurch auch mehr Menschen transportieren können. Die Flugzeuge werden auch leiser. Das lärmabhängige Landeentgelt in Hamburg und der Lärmdeckel, der in der Betriebsgenehmigung des Flughafens festgeschrieben sind, wirken. Sie haben in der Tat eine Steuerungsfunktion. Die Airlines beschaffen tatsächlich leisere Flugzeuge. Die Zahl der Nachtflüge, Frau Heyenn, ist seit 2008 rückläufig, auch ab 22 Uhr; das können Sie in den Statistiken nachlesen. Die zweite Postmaschine, die nun wirklich ein Ärgernis war, weil sie nachts um 2 Uhr oder 3 Uhr ankam, wurde bereits vor fünf Jahren eingestellt. Aber auch der Druck der Hamburger Politik – Herr Hesse, hier haben wir sehr gut zusammengearbeitet –

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Jetzt kommt Klaus-Peter!)

hat dazu geführt, dass die überbordenden Verspätungen zwischen 23 Uhr und 24 Uhr deutlich rückläufig sind; sie haben sich nämlich gegenüber 2008 halbiert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Den Erfolg können wir uns wirklich gemeinsam an den Hut heften. Wir müssen das aber weiter im Blick behalten, denn es kann eben nicht sein, dass Airlines ihre Umläufe derart eng kalkulieren, dass

**(Dr. Monika Schaal)**

kleinste Verspätungen tagsüber sich dann zu Verspätungen bis nach 23, 24 Uhr anhäufen.

Meine Damen und Herren! Die Hamburger SPD und von ihr geführte Senate haben immer Wert darauf gelegt, dass für unseren innerstädtischen Flughafen schärfere Lärm- und Umweltstandards gelten als anderswo. Bei Rheinland-Pfalz und Brandenburg, Frau Heyenn, muss man auch einmal die spezifische Situation betrachten. Wir reden dort nicht nur über Passagierflughäfen, sondern zumindest in Rheinland-Pfalz reden wir auch über Militärflughäfen. Was in Brandenburg ansteht, muss ich Ihnen nicht weiter erläutern. Das heißt, wir müssen auch in Hamburg weiter darüber wachen, dass der Lärmdeckel eingehalten wird, das ist ein wichtiges Thema. Und wir müssen wie bisher darauf achten, dass das Nachtflugverbot nicht ausgehöhlt wird.

(Beifall bei der SPD)

Intensive Diskussionen und Proteste gegen Fluglärm gibt es zurzeit vor allen Dingen aus dem Einzugsbereich Wandsbek. Die Bürgerinitiative Walddörfer hat 2012 über 1200 Unterschriften gegen Fluglärm gesammelt. Aber hier muss man sich kritisch anschauen, wie sich die Flüge, die Starts und Landungen tatsächlich auf die vier Landebahnen verteilen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zwei Landebahnen!)

Es ist richtig, dass sich gegenüber 2012 die Zahl der Flugbewegungen Richtung Alsterdorf, Winterhude, Barmbek und Hamm von 4300 auf fast 9000 verdoppelt hat. Aber das sind nicht die Walddörfer, das muss ich auch in Richtung Herrn Thering sagen, sondern es ist die Innenstadt. Die Bewohner an der Start- und Landebahn Richtung Niendorf, Stellingen und Blankenese mussten 2012 34 000, in Richtung Langenhorn sogar 41 000 und über Norderstedt 66 000 An- und Abflüge aushalten.

Als Grund für die Verschiebung bei den Flugbewegungen zulasten der Innenstadt nennt der Flughafen selbst eine Bahnsperre der Richtung 0523, sodass verstärkt über der Innenstadt geflogen werden musste, was sonst in der Regel vermieden wird. Die Beschwerdeführer aus den Walddörfern mutmaßen, dass mehr auf Sicht statt instrumentengesteuert geflogen wurde und verkürzte An- und Abflugrouten gewählt wurden. In der Fluglärm-schutzkommission der Hansestadt hat die Flugsicherung dieser Auffassung widersprochen und darauf hingewiesen, dass nur 1 Prozent der Anflüge auf Sicht erfolgen, 99 Prozent sind nach wie vor instrumentengesteuert.

Hier wird es in der Tat sehr technisch. Da wir alle keine Flugsicherheitsexperten sind, auch keinen Pilotenschein haben und vor allen Dingen keine Karten vor Augen,

(Hansjörg Schmidt SPD: Einige fliegen auch blind hier!)

auf denen wir uns die Flugbewegungen ansehen könnten, sollten wir das Thema mit den Experten der Flugsicherheit und der Lärmschutzkommission im Ausschuss weiter diskutieren. Darum wollen wir die vorliegenden Anträge der LINKEN, der CDU und der FDP an den Umweltausschuss überweisen und auch die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu der Diskussion einladen. Dort können dann die Forderungen aus den Anträgen und auch die verlangten Berichte gegeben und erörtert werden. Das sorgt dann auch für mehr Transparenz, Frau Heyenn, das ist richtig. Der Umweltausschuss ist nämlich bekanntlich öffentlich, während die Fluglärm-schutzkommission nicht öffentlich tagt. In der entsprechenden Sitzung des Umweltausschusses werden wir dann sicher auch die neue Fluglärm-schutzbeauftragte kennenlernen, Frau Dr. Gudrun Pieroh-Joußen. Wir kennen sie alle noch nicht, und ich freue mich auf eine Diskussion im Umweltausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Thering, Sie haben das Wort.

Ich bitte noch einmal um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit und Ruhe.

**Dennis Thering CDU:** – Jetzt ist die Aufmerksamkeit da.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Flughafen in Hamburg-Fuhlsbüttel ist von herausragender Bedeutung für Hamburg und die gesamte norddeutsche Metropolregion.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Hamburg braucht diesen leistungsstarken Flughafen, um als Wirtschafts-, Logistik- und Tourismusstandort auch in Zukunft attraktiv zu sein. Tausende Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Flughafen Hamburg ab. 1 Million zusätzliche Passagiere bedeuten 1000 neue Arbeitsplätze am Flughafen. Damit trägt der Flughafen Hamburg entscheidend zum Wohlstand aller Hamburgerinnen und Hamburger bei.

Umso wichtiger ist es, dass der Flughafen auch bei den Anwohnerinnen und Anwohnern eine hohe Akzeptanz besitzt. Fluglärm-schutz ist dabei die zentrale Herausforderung. Wie kann ein möglichst guter Fluglärm-schutz der Hamburger Bevölkerung gewährleistet werden? Wie können wir als Politik die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner noch besser schützen?

(Beifall bei der CDU)

**(Dennis Thering)**

Wie können wir die Akzeptanz des Flughafens Hamburg bei uns vor Ort sicherstellen? Der Flughafen Hamburg selbst hat in den letzten Jahren wichtige Schritte auf diesem Weg geleistet. Zahlreiche Lärmschutzprogramme wurden bereits erfolgreich umgesetzt. Der Flughafen Hamburg ist dabei nicht nur einfach seiner Pflicht nachgekommen, sondern hat freiwillige Leistungen zum Lärmschutz der Anwohnerinnen und Anwohner beige-steuert.

Daran möchten wir als CDU-Fraktion auch gar keinen Zweifel lassen. Wir wollen in dieser Diskussion überlegen, ob und inwieweit der Fluglärmschutz in Hamburg weiter verbessert werden kann, denn – das gehört auch zur Wahrheit – die Beschwerden aus der Bevölkerung sind leider nicht weniger geworden. Wir fordern den Senat auf, sich mit dem Flughafen Hamburg und der Deutschen Flugsicherung an einen Tisch zu setzen und Konzepte anderer Flughäfen in Deutschland zum Lärmschutz der Bevölkerung zu analysieren und deren Tauglichkeit für Hamburg zu prüfen.

(Beifall bei der CDU)

Hier lohnt sich beispielhaft ein Blick ins CDU-regierte Hessen. Die hessische Landesregierung hat gemeinsam mit der Luftverkehrsbranche ein Maßnahmenpaket vereinbart. Dort ist in 19 Punkten dezidiert geregelt, wie die Lärmbelastung für die Region Hessen deutlich reduziert werden kann. Aus diesem Maßnahmenpaket können auch für Hamburg weitere Verbesserungen im Kampf gegen den Fluglärm gezogen werden.

Optimierte An- und Abflugrouten können auch bei uns in Hamburg ein probates Mittel sein. Es liegt nun am Senat, zu handeln und weitere Vorschläge zu unterbreiten. An dem vorliegenden Antrag und unserem Zusatzantrag lässt sich schnell erkennen, dass auch zahlreiche Fragen zum Fluglärmschutz offen sind. Eine Überweisung an den Umweltausschuss scheint mir ein guter Weg, um eine für alle befriedigende Lösung zu finden. Dort haben wir auch die Möglichkeit, uns noch weiter in die Thematik einzuarbeiten. Und gerade nach Ihrer Rede, Frau Heyenn, scheint mir das auch dringend notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Ausschuss zudem die Möglichkeit, wichtige Akteure zu Wort kommen zu lassen. Die Chance sollten wir unbedingt nutzen.

Meine Damen und Herren! Lärmschutz ist wichtig, darin herrscht hier größtenteils Einigkeit. Wir als CDU-Fraktion setzen uns klar für einen stärkeren Lärmschutz der Bevölkerung ein. Ich sage sehr deutlich, dass es bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung wirtschaftspolitischer Vernunft stattfinden muss. Der Flughafen soll nicht behindert, sondern in seiner wichtigen Leistung für unsere Region durch noch stärkere Akzeptanz in der Bevölkerung

gestärkt werden. Ich freue mich auf die weitere Diskussion im Umweltausschuss und bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Dr. Tjarks, Sie haben das Wort.

**Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fluglärm macht krank. Die Menschen in Fuhlsbüttel, Langenhorn und den Walddörfern tragen zum Teil enorme Belastungen; darauf haben viele meiner Vorredner hingewiesen – auch die Rednerinnen, Frau Sudmann. Das ist natürlich in gewisser Weise der Preis, den man für einen Stadtflughafen zahlen muss. Wir müssen aber auch so ehrlich sein zuzugeben, dass wir keine echte Alternative zu diesem Flughafen sehen. Ich will gar nicht nach Berlin zeigen. Ich bin aber sehr froh, dass der Senat ein klares Bekenntnis zu diesem Flughafen und nicht zu Kaltenkirchen gemacht hat. Und ich bin sehr froh, dass der Flughafen in Kaltenkirchen nicht gebaut werden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Gleichzeitig zwingt uns natürlich ein Stadtflughafen, dem Schutz von Menschen einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Das macht Hamburg schon lange. Wir müssen feststellen – das haben wohl die meisten meiner Vorredner auch getan –, dass der grundsätzliche Schutz vor Fluglärm in Hamburg besser als im Bundesgebiet ist. Gleichzeitig haben wir eine Situation, in der der Flughafen ein größeres Eigeninteresse daran entwickelt hat, die Menschen vor Fluglärm zu schützen. Die vom Fluglärm betroffene Fläche ist deutlich rückläufig, und auch hier begrüßen wir die Entwicklung.

Im Bundesrat liegen drei Initiativen vor, aus Hessen, aus Brandenburg und aus Rheinland-Pfalz aus sehr unterschiedlichen Koalitionen und mit dem gleichen Ziel, nämlich den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm zu verbessern und dem Schutz vor Fluglärm Vorrang vor wirtschaftlichen Belangen zu geben. Und für die GRÜNEN ist klar, dass die Wirtschaft dem Menschen dienen soll und die Menschen nicht der Wirtschaft geopfert werden sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn der Flughafen, was er durchaus auch macht, Rücksicht auf die Menschen in unserer Stadt nimmt und Akzeptanz generieren möchte, dann gehört dazu, dass man die Flugrouten möglichst eng hält, dass nicht so große Flächen verlärm werden. Vor diesem Hintergrund finden wir die Überlegungen, die im Senat zum Teil angestellt werden, extrem fraglich, nämlich mit dem Wohnungsbau dichter an den Flughafen heranzurücken. Das ist genau das, was die Probleme potenziere-

**(Dr. Anjes Tjarks)**

ren würde. Wenn man die Menschen jetzt noch dichter an den Flughafen heranlässt, dann hat man beim Stadtflughafen ein richtiges Problem. Insofern wären wir froh, wenn Sie von diesen Überlegungen wieder Abstand nehmen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man sich die einzelnen Initiativen anschaut, dann muss man schon sagen, wenn die Festlegung von Flugrouten weniger Abwägung erfordert als der Bau von Radwegen, dann gibt es da ein Problem. Deswegen finden wir es richtig, dass das Land Rheinland-Pfalz genau das ändern würde, denn wir wollen nicht weiter in Absurdistan leben, indem Flugrouten einfach so festgelegt werden, Radwege aber einer großen Abwägungsentscheidung bedürfen. Das passt nicht zusammen, wenn man Fluglärmschutz ernst nehmen möchte. Und deswegen sollte man dieser Initiative von Rheinland-Pfalz zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade weil wir in Hamburg ganz gut dastehen, sollten wir hier nicht zurückstehen. Hessen hat auch einen großen Flughafen, Berlin-Brandenburg möchte gern einen großen Flughafen haben, Rheinland-Pfalz hat durchaus auch seine Probleme; Sie sprachen den Bereich der Militärflughäfen an. Ich glaube, wir sollten uns die Argumente dieser Länder, die von Fluglärm betroffen sind, ernsthaft anhören und schauen, ob wir nicht etwas besser machen wollen. Insofern werden wir dem Antrag der LINKEN zustimmen und auch dem Antrag auf Überweisung. Wir hoffen nur, dass das am Ende, weil es keine konkreten Maßnahmen sind, nicht nur die Beruhigungstablette für alle Anwohner ist, sondern dass man aus der Diskussion auch konkrete Maßnahmen ableitet, denn der Kampf gegen Fluglärm ist leider bei einem Großstadtflughafen nie zu Ende. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

**Dr. Kurt Duwe** FDP:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde gerade gesagt, dass niemand hier einen Pilotenschein hätte. Den habe ich auch nicht, aber ich habe mehrere Jahre in der Flugsicherung gearbeitet und weiß einiges über die Hintergründe. Ich kann Ihnen sagen, warum der Hamburger Senat diese Bundesratsinitiative nicht gerade hellauf begeistert unterstützt, denn das hat seine Gründe. Es ist wichtig, einmal klarzustellen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Routen von Fahrrädern und Routen von Flugzeugen. Routen von Flugzeugen sind nämlich dadurch bestimmt, dass die Sicherheit der Passagiere das oberste Gebot ist und leider eben nicht die Lärmschutzinteressen der Anwohner.

(Zuruf von *Dr. Monika Schaal* SPD)

Die Ausrichtung der Landebahnen hängt zum Beispiel nicht davon ab, wie die Bebauungen um die Flughäfen herum sind, sondern von den normalen Windrichtungen. Das ist eine ganz einfache Sache. Dadurch ergeben sich auch die Anflugrouten der Flugzeuge. Die kann man nicht einfach ändern. Wenn man die Korridore verringern und schmälern will, bedeutet das, Einfluss auf die Geschwindigkeit, die Anflughöhe und den Winkel der Flugzeuge zu nehmen. Dann hat man als Flugsicherungsmensch die Entscheidung zu treffen, ob man die sicherere Variante nimmt oder die Variante, die unter Umständen durch irgendwelche bürokratischen Regelungen des Lärmschutzes vorgeschrieben ist. Die Sicherheit der Passagiere ist aber wichtiger als das, was wir hier bürokratisch vorschreiben wollen durch Lärmschutzregulierungen. Diese drei Initiativen sind so überflüssig wie ein Kropf und sollten gar nicht erst angegangen werden.

(Beifall bei der FDP)

Wichtig ist natürlich, dass Hamburg einen Stadtflughafen hat. Man muss sehen, dass man die Gefährdung der Menschen verringert und auch den Lärmschutz optimiert. Deshalb haben wir auch zusammen mit der CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht. Man muss immer sehen, dass man optimieren kann. Die Flugzeuge sind schon sehr viel leiser geworden, aber sie werden wohl nie so leise sein, dass sich niemand mehr daran stören kann. Aber wir sollten die Kirche im Dorf lassen. Ich kenne eine Menge Menschen, die sich darüber beschweren, dass in Langenhorn Flugzeuge fliegen. Aber sie wohnen schon seit 30 Jahren dort und wussten es.

(Beifall bei *Klaus-Peter Hesse* CDU)

Also lassen wir die Kirche im Dorf. Ich freue mich auf die Diskussion im Umweltausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn** DIE LINKE:\* Was wir angemeldet haben, ist eine Diskussion über das Nachtflugverbot. Daraus zu schließen, DIE LINKE hätte etwas gegen den Flughafen, ist Unfug.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun hat Frau Dr. Schaal gesagt, der Flughafen sei leiser geworden; statistisch gesehen mag das stimmen. Ich habe letzte Woche eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt, und vor einer Viertelstunde habe ich die Antwort bekommen. Darin kann ich zum Beispiel sehen, dass in Langenhorn im letzten Jahr insgesamt 423 Landungen zwischen 23 und



**(Dora Heyenn)**

24 Uhr stattgefunden haben. Das heißt, häufiger als einmal pro Nacht geht dort ein Flugzeug herunter.

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Ich möchte da nicht wohnen. Es kommt nicht auf die Menge an, sondern es kommt darauf an, dass die Menschen, die dort wohnen, so sehr von Fluglärm belastet sind, dass man ein Nachtflugverbot braucht. Das ist alles, was wir wollen. Und da nützt es nichts, wenn man sagt, insgesamt sei es ruhiger geworden. Es ist nach wie vor eine große Belastung.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann haben Sie gesagt, die Flüge seien weniger geworden. Das mag auch stimmen. Aber ich habe eben gerade die Antwort bekommen, dass die Starts und Landungen zwischen 23 und 24 Uhr in 2011 und 2012 leicht angestiegen sind, es ist nicht weniger geworden.

Und wenn Sie, Herr Duwe, sagen, Sie wüssten schon, warum der Senat diese Anträge nicht unterstütze, dann muss ich Ihnen sagen, dass alles noch viel schlimmer ist. Ich habe die Frage gestellt, welche Position der Hamburger Senat bezüglich der in den Bundesrat eingebrachten Bundesratsinitiativen von Rheinland-Pfalz, Hessen und Brandenburg vertritt. Wissen Sie, was der Senat geantwortet hat, obwohl die Bundesratssitzung schon stattgefunden hatte und sie offenkundig wohl auch dabei waren? Die Beratungen der genannten Drucksachen seien noch nicht abgeschlossen, der Senat habe sich nicht mit diesen Drucksachen befasst. Es wird aber allerhöchste Zeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/7403 an den Umweltausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung angenommen.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 20/7574 an den Umweltausschuss seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisung angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 40 und 44 auf, die Drucksachen 20/7397 und 20/7401. Antrag der CDU-Fraktion: Unterrichtsausfall systematisch erfassen, analysieren und vermeiden, sowie Antrag der CDU-Fraktion: Nachhilfe an Schulen evaluieren.

**[Antrag der CDU-Fraktion:**

**Unterrichtsausfall systematisch erfassen, analysieren und vermeiden**  
– Drs 20/7397 –]

**[Antrag der CDU-Fraktion:**  
**Nachhilfe an Schulen evaluieren!**  
– Drs 20/7401 –]

Beide Drucksachen möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Scheuerl, Sie haben es.

**Dr. Walter Scheuerl CDU:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen in dieser Doppeldebatte über zwei Anträge der CDU-Fraktion, die Herr Senator Rabe bei der qualitativen Umsetzung von zwei Aufgaben, die er bisher hat brachliegen lassen, helfen sollen. Es geht darum, den Unterrichtsausfall an Hamburger Schulen, der erschreckend hoch ist, systematisch zu erfassen, zu analysieren und dann auch zu vermeiden, was unser aller Ziel sein muss.

Bei dem zweiten Antrag geht es darum, das von Senator Rabe 2011 mit einer Verordnung umgesetzte Konzept von Förderkursen am Nachmittag für Schüler, die vormittags in ihren Klassenverbänden oder Jahrgangsstufen auf eine Fünf oder schlechtere Noten abgerutscht sind, zu evaluieren. Wir müssen nämlich schauen, dass die Kinder in diesem System möglichst effektiv gefördert werden.

Kommen wir zum ersten Antrag: Unterrichtsausfall systematisch erfassen. Bei dem Problem des Unterrichtsausfalls an Hamburger Schulen ist Senator Rabe seit seinem Amtsantritt weitgehend untätig geblieben und musste faktisch, das sieht man am Verlauf der Schriftlichen Kleinen Anfragen, zum Ja-gen getragen werden. Bei Beginn seiner Amtszeit sagte die Behörde auf eine Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn Heinemann hin, dass man eine Erhebung des Unterrichtsausfalls zum Schuljahr 2011/2012 plane. Ein Jahr später, Anfang 2012, teilten die Behörde und Herr Rabe mit, dass das Erfassen des Unterrichtsausfalls zentral in die Behörde verschoben werden solle. Und erst im November 2012, also fast zwei Jahre nach Beginn der Amtszeit von Herrn Rabe, begann eine elektronische Erhebung. Wir wissen aber auch durch eine Schriftliche Kleine Anfrage des schulpolitischen Sprechers der SPD zu den Zahlen von November und Dezember, dass der Vertretungsbedarf in den letzten Jahren in den Hamburger Schulen von 2006, als es nur 4,8 Prozent der erteilten Stunden waren, auf rund 10 Prozent gestiegen ist. Und das heißt, wir müssen dringend handeln.

Die Behörde hat mitgeteilt, dass eine Software eingeführt werden solle. Versprochen ist das bisher, wenn keine weitere Verschiebung kommt, für den Herbst 2013. Unser Antrag – und deswegen hoffen wir auf Ihre Zustimmung zur Überweisung an den

**(Dr. Walter Scheuerl)**

Schulausschuss, damit wir uns dort als Schulpolitiker und Fachleute gemeinsam mit dem Thema befassen können – geht dahin, im Rahmen dieser Software bei der Erfassung des Unterrichtsausfalls beispielsweise Klassenzusammenlegungen, Förder- und Teilungsstunden oder die sonderpädagogische Förderung in den Schulen tatsächlich transparent zu erfassen. Nach der Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn Holster ist auch klar, dass die Erhebung bisher diese Punkte nicht erfasst. Damit ist die Befürchtung gerechtfertigt, dass die Schulen mit der bisherigen Mittelzuweisung den Vertretungsunterricht auf Kosten insbesondere von Förderstunden geben. Gleichzeitig geht es auch auf Kosten des Inklusionsförderbedarfs für Kinder mit Behinderung im Bereich Lernen, Sprache oder emotionale und soziale Entwicklung, bei der wir nur diese Gießkannen-Ressourcenzuweisungen durch Herrn Rabe in den Schulen bekommen haben.

Der Antrag geht also dahin – und wir hoffen auf Ihre Zustimmung zur Überweisung an den Schulausschuss –, diese Unterrichtsausfälle systematisch zu erfassen und zu analysieren mit den Punkten, die wir im Antrag herausgearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Antrag, der noch zur Abstimmung steht, ist der Wunsch, die Nachhilfe an Schulen zu evaluieren. Schule ist nämlich nur dann gut, wenn sie die Schülerinnen und Schüler auch fachlich gut vorbereitet. Wir wissen, dass die Verordnung, die Herr Rabe im Herbst 2011 erlassen hat, nicht ausreichend greift. Die Förderung ab Note Fünf und schlechter kommt zu spät, und es ist wichtig, dass wir uns darum kümmern, wie diese Förderung besser werden kann. Wir haben in dem Antrag eine Reihe von Punkten, auf die es ankommen wird, abzuprüfen. Deswegen bitten wir Sie auch in diesem Punkt um die Überweisung an den Schulausschuss. Wir können uns dort im Interesse der Schülerinnen und Schüler sachgerecht mit den Fragen befassen und sollten das auch tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Holster, Sie haben das Wort.

**Lars Holster SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss es ganz deutlich sagen: Von beiden Sachverhalten, Herr Dr. Scheuerl, haben Sie keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Es geht, wie immer bei der CDU, wenn sie diese Anträge stellt, darum, dass es schneller gehen muss, hübscher gehen muss und noch viel besser gehen muss.

*(Birgit Stöver CDU: Das ist Aufgabe der Opposition!)*

Wenn Sie einmal genauer hingeschaut hätten, dann hat es schon seine Gründe, warum es in der Regierungszeit von Schwarz-Grün und der CDU-Alleinregierung nicht so war. Es ist eben nicht auf Knopfdruck möglich, den Unterrichtsausfall in Hamburg zu ermitteln. Das ist hochkompliziert, und dafür müsste man erst einmal ein System finden, wie man das ermitteln kann. Und das hat erstmalig Senator Rabe in Hamburg eingeführt.

Man muss einmal die Wahrheit aussprechen, wie das Ganze denn entstanden ist. Als ich nämlich im Januar dieses Jahres dazu eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt habe, hatte ich eher den Eindruck, dass die CDU-Fraktion da erst gemerkt hat, dass es überhaupt eine systematische elektronische Erfassung von Unterrichtsausfall gibt. Oder wussten Sie das vorher, Herr Dr. Scheuerl? Haben Sie gewusst, dass es so etwas gibt?

*(Dr. Walter Scheuerl CDU: Ich habe zweimal nachgefragt! – Birgit Stöver CDU: Da können Sie doch die Anfrage nachlesen!)*

Meines Erachtens kann das gar nicht sein. Sie waren völlig überrascht, dass es jetzt so etwas überhaupt gibt.

Sicherlich könnte man nun sehr viele Kategorien einführen und erarbeiten, die diese Erfassung endlos ausweiten. Man kann die Anzahl der Förderstunden aufnehmen, die Anzahl der Mathematikstunden, die ausfallen, der Teilungsstunden und so weiter. Aber wir müssen uns ehrlich fragen, ob das denn sinnvoll ist. Es ist wichtig, dass wir überhaupt einmal wissen, wie viel Unterricht in Hamburg ausfällt, das wusste vorher niemand.

Mit der eigentlichen Software von Stundenplanern haben Sie sich doch noch nicht so richtig auseinandergesetzt, das müssen Sie auch einmal zugeben. Denn all diese Einzelheiten muss man auch in Zukunft weiterhin händisch eingeben, beispielsweise welche konkrete Unterrichtsstunde es ist. Dafür wird es auch in Zukunft kein Computerprogramm mal eben per Knopfdruck geben. Das ist vollkommen unrealistisch.

Sie sagen, dass danach dann entsprechende Maßnahmen ergriffen werden müssten. Herr Dr. Scheuerl, es lohnt sich, einmal in die Vergangenheit zu schauen. Man kann gern einmal in die Drucksache 18/3780 vom 21. Februar 2006 schauen, Punkt 4.2: Maßnahmen im Bereich des Schulmanagements. Da hat damals die CDU-Alleinregierung etwas sehr Kluges getan. Sie hat nämlich den Schulen selbstverantwortet ein Vertretungsbudget an die Hand gegeben und gesagt, jetzt sollten die Schulen auch einmal ein Vertretungskonzept erstellen. Und dieses Vertretungskonzept liegt allen Schulen vor. Die Selbstverwaltung für die Schulen und ihr Vertretungskonzept wollen wir

**(Lars Holster)**

nicht strittig machen, denn das haben wir bereits vorliegen.

Zum zweiten Punkt: Nachhilfe an Schulen evaluieren. Das haben wir heute schon einmal gehört, ich glaube, Herr Heintze wollte auch etwas evaluieren. Und jetzt soll auch die Nachhilfe evaluiert werden. Herr Scheuerl, wenn Sie Ihre Tochter zum Mathematik-Nachhilfeunterricht schicken, was erwarten Sie dann? Wahrscheinlich, dass sie die nächste Mathearbeit besser schreibt als die Mathearbeit, die sie davor geschrieben hat. Für genau so etwas haben wir in Hamburg Lernstandserhebungen. Wir ermitteln regelmäßig die Kompetenzen. Der Name heißt KERMIT, wer das noch nicht genau wusste. Daran lässt sich genau ablesen, ob die Lernförderung erfolgreich war.

*(Dr. Walter Scheuerl CDU: Nicht für das einzelne Kind!)*

Schauen wir einmal genauer in Ihren Antrag, ich greife den Punkt c) heraus. Hier wollen Sie wissen, wie viele der Schülerinnen und Schüler, die im Sommer 2013 das Gymnasium in Richtung Stadtteilschule verlassen müssen, im Halbjahr zuvor ergänzende Lernförderung erhalten hätten. Für solche Fragen soll jetzt laut CDU-Antrag das Institut für Bildungsmonitoring beauftragt werden, eine umfassende Untersuchung vorzunehmen. Einmal ganz abgesehen davon, dass solche Angaben von den Schulen sowieso abgefragt werden, empfehle ich das Instrument der Großen Anfrage in einem Jahr.

Beide gestellten Anträge sind überflüssig, und wir lehnen sie daher ab. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Dr. von Berg, Sie haben das Wort.

**Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ein bisschen mühsam, bei diesem Tagesordnungspunkt zu zwei völlig unterschiedlichen Themen zu sprechen. Da merkt man schon, dass die CDU ein wenig Probleme hatte, ihre Themen unterzubringen. Wir tun aber unser Bestes, wir bemühen uns redlich.

Ich möchte zunächst kurz auf das Thema Nachhilfe eingehen. Wir hatten es schon lang und breit in der vorletzten Debatte diskutiert. Wir sehen es ein bisschen anders als die SPD. Wir sehen es durchaus als sinnvoll an, das tatsächlich zu evaluieren, weil "Fördern statt Wiederholen" ein bundesweites, neues Konzept ist und alle Bundesländer auch gespannt nach Hamburg schauen. Wir müssen wirklich wissen, welche Ergebnisse wir hier erzielen, welche Erkenntnisse wir daraus ableiten können und was wir besser machen können. Von daher werden wir der Überweisung und auch dem

Antrag zustimmen, obwohl wir natürlich hier und da die Schwächen sehen.

Ich komme zum Thema Unterrichtsausfall. Herr Holster hat ganz richtig ausgeführt, dass es eigentlich ein Rollback hinter die Position der CDU von 2006 war, also sechs Jahre zurück und dann noch einmal davor, um alle diese Sachen aufzuführen. Da sagen wir ganz deutlich, dass das keinen Sinn macht. Es widerspricht auch dem Prinzip der selbstverantworteten Schule.

Dennoch ist die Überweisung sinnvoll, weil es wichtig ist, im Schulausschuss einmal über das Thema Unterrichtsausfall zu sprechen. Den Antrag in der Sache lehnen wir ab, denn Herr Holster hat gerade ausgeführt, was das schließlich bedeuten würde. Ich kann mir schon lebhaft vorstellen, wer dort wieder sitzt und händisch eingibt. Das sind nämlich die Schulsekretärinnen und Schulsekretäre, und die sind weiß Gott mehr als belastet durch das, was zurzeit in Hamburg in den Schulen geschieht.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Uns ist es viel wichtiger – und deswegen würden wir diesen Antrag gern an den Schulausschuss überweisen –, über die Ursachen von Unterrichtsausfall zu sprechen.

Ich habe Ihren Personalstrukturbericht von 2012 angeschaut. Wir alle betrachten den hohen Krankenstand der Lehrerinnen und Lehrer mit großer Sorge, mit Sicherheit auch Herr Senator Rabe. Wer sich die Mühe gemacht hat, hinzuschauen, der sieht, dass der Krankenstand von 5,1 auf 5,8 Prozent gestiegen ist. Das ist sehr viel, und es ist Aufgabe der Politik, sich darum zu kümmern und auf Ursachensuche zu gehen. 150 811 Arbeitstage sind dadurch ausgefallen. Das ist eine ganze Menge, und wir müssen wissen, woher das kommt.

Ich habe mir schon meine Gedanken gemacht, was wahrscheinlich die Ursachen sein werden, denn natürlich sind wir in Kontakt mit Lehrerinnen und Lehrern. Es wird immer wieder gesagt, dass sich die Arbeitsbedingungen extrem verschlechtert haben; an erster Stelle steht dabei das Lehrerarbeitszeitmodell. Wir haben gefordert, dass das überarbeitet werden soll, aber eine Aufgabenkritik ist nicht erfolgt. Dass die Inklusion unzureichend ausgestattet ist, wird immer wieder genannt und führt zu enormem Druck bei den Kolleginnen und Kollegen. Es gibt keine Entlastung bei der Verwaltung, und von der Überlastung der Schulsekretariate habe ich eben schon gesprochen. Auch dort ist der Krankenstand hoch, und die Kolleginnen und Kollegen klagen. Außerdem ist zum Beispiel im SPD-Senat die ganze Infrastruktur des Schulabsentismus abgebaut worden. Wir haben gerade in der "Hamburger Morgenpost" lesen können, dass die Schulschwänzerbestrafungen und das Wandern der Schulschwänzerinnen und Schulschwän-

**(Dr. Stefanie von Berg)**

zer in den Jugendarrest extrem gestiegen ist. Das liegt natürlich auch daran, dass die Infrastruktur durch die Asklepios-Rückkehrerinnen und -Rückkehrer abgebaut wurde. Das gehört zur Wahrheit. Darüber hinaus steht die Riesenreform Ganztagschule an. Aktuell gibt es zwei enorme Verschlechterungen bei zwei Gruppen, einmal bei den Referendarinnen und Referendaren, die seit dem 1. Februar von Anfang an unterrichten müssen. Um 55 Stellen zu sparen, werden diese jungen Kolleginnen und Kollegen extrem belastet. Ich habe erste Erfahrungsberichte gelesen, die mich erschüttert haben. Und nicht zuletzt die allerjüngste Nachricht: Bei den Stadtteilschulen werden durch das neue Konzept für die Berufs- und Studienorientierung 55 versprochene Stellen aus der letzten Wahlperiode wegfallen. Das ist ein bildungspolitischer Skandal, und ich wundere mich, dass niemand in dieser Stadt richtig aufschreit. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:** Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt habe ich noch so viel Redezeit übrig und werde sie doch nicht ausschöpfen, weil schon fast alles gesagt ist.

Ein paar Bemerkungen zu beiden Anträgen in Kürze, ich beginne mit der Evaluation der Nachhilfeförderung. Was ich vom Konzept der Nachhilfeförderung halte, habe ich bereits gesagt. Die Qualität lässt noch zu wünschen übrig, darüber sind wir uns alle im Klaren. Senator Rabe hat selbst gesagt, dass er das noch evaluieren will, deswegen halte ich es bestenfalls eine Große Anfrage wert, aber keinesfalls einen Antrag. Über die Möglichkeit einer Klassenwiederholung nachzudenken, wenn die Evaluation abgeholt wird, ist eine mutlose Positionierung; im Grunde ist es gar keine oder zumindest keine klare Positionierung. Wir sind dafür, den Antrag an den Schulausschuss zu überweisen, zustimmen werden wir dem Antrag aber nicht.

Was das Zählen des Unterrichtsausfalls betrifft, würden wir das ebenfalls gern an den Schulausschuss überweisen, auch wenn Sie unsere Stimme vielleicht nicht überzeugen kann. Sie können vielleicht noch einmal darüber nachdenken, weil der Unterrichtsausfall und die Vertretungsstunden Themen sind, die in dieser Stadt wirklich wichtig sind und die besprochen werden müssen. Dass dieser Antrag dazu dient, den Unterrichtsausfall zu beheben, wage ich zu bezweifeln. Wir werden uns deswegen enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Unterrichtsausfall ist immer ein unangenehmes Thema. Jede Unterrichtsstunde, die ausfällt, ist eine zu viel; da sind wir uns alle einig. Die Frage ist, warum immer mehr Unterricht ausfällt.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Das liegt nicht an den Lehrern!)

Darauf ist hingewiesen worden, und ich frage mich, was wir eigentlich davon haben, wenn wir wissen, dass in Hamburg jedes Jahr so und so viele Stunden ausfallen. Was hilft uns das eigentlich? Es hilft gar nichts, und wir müssen über die Ursachen für den Unterrichtsausfall nachdenken. Dann kommen wir auf genau den Punkt, den Frau von Berg angesprochen hat: Der Unterrichtsausfall an den Schulen beruht auf Erkrankungen von Lehrkräften. Konferenzen finden seit Jahren nur noch in sehr wenigen Ausnahmefällen während der Unterrichtszeit statt. Also geht es um die Erkrankung der Lehrkräfte, und man muss sich fragen, wie es sein kann, dass immer mehr Lehrkräfte häufig erkranken und keinen Unterricht erteilen können. Das liegt selbstverständlich an den Arbeitsbedingungen, an der Inklusion und an den Arbeitsbelastungen. Wenn wir wollen, dass weniger Unterricht ausfällt, dann ist eines klar: Mit dem Arbeitszeitmodell bekommen wir es nicht hin, das muss abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt der zweite Punkt. Ich habe hier den Antrag der CDU zur Nachhilfe. Irgendjemand hatte vorhin gesagt, dass wir nicht darüber nachdenken würden, was wir tun.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Da kann ich euch zustimmen, ganz bestimmt!)

Ich erinnere mich dunkel, dass dazu etwas von der CDU-Fraktion kam.

Ich lese den ersten Punkt aus dem CDU-Antrag vor, was Sie also gern wissen möchten, um herauszufinden, ob die Nachhilfe erfolgreich war oder nicht.

"a) Wie viele Schülerinnen und Schüler hätten nach früher geltenden Versetzungsregelungen zum Schuljahr 2012/2013 sitzen bleiben müssen? In wie vielen und welchen Fächern haben diese Schülerinnen und Schüler das Klassenziel nicht erreicht? Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler haben im Schuljahr 2012/2103 an Förderkursen teilgenommen? In wie vielen und welchen Fächern?"

Von dieser Art von Modellen, wie das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung ar-

**(Dora Heyenn)**

beiten soll, gibt es noch mehr. Das ist ein gewaltiger bürokratischer Aufwand, sonst sind Sie doch immer gegen Bürokratie. Wenn Sie das wollen, müssen Sie unten bitte noch angeben, wie viele Stellen Sie zusätzlich für das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung einplanen wollen. Mit 30 kommen Sie nicht aus, das ist Blödsinn.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur letzten Abstimmung des Tages.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/7397 und 20/7401 an den Schulausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte zunächst den Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/7397 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag nicht angenommen.

Wer möchte nun dem CDU-Antrag aus Drucksache 20/7401 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit hat auch dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

Wir sind am Ende des ersten Sitzungstages angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

**Ende: 21.08 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Robert Heinemann, Dorothee Martin, Kai Voet van Vormizeele und Mehmet Yildiz